

## Editorial

---

Wieso können die Völkischen so modern sein? Das war schon die Frage, die man angesichts der Nazis formulieren musste. Goebbels war den Weimarer Demokraten in der Wirksamkeit seiner einsinnigen Publizistik haushoch überlegen. Inzwischen gelingt es auch den organisatorisch vielfach gespaltenen Rechtsextremen der Bundesrepublik, eine ihr enges Spektrum überschreitende »Gegenöffentlichkeit« zu etablieren. Sie publizieren Blätter mit einer Jahresgesamtauflage von 6,5 Millionen Exemplaren. 44 Verlage bedienen die rechte Klientel. Die elektronische Vernetzung der europäischen Nationalisten gelingt immer besser. Sie bedienen sich des Internets weit souveräner als die großen Parteien. Auf einer Milliarde Internetseiten sind inzwischen 50.000 Hakenkreuze zu finden; 85% der Internetangebote mit illegalen Insignien befinden sich auf amerikanischen Servern. Der Rechtsextremismus globalisiert sich; und er modernisiert seine Persuasion. Was setzen die Demokraten dagegen? Das ist das wichtigste Thema dieses April-Heftes.

---

Gelegentlich grassiert die stieselige Ausgrenzung im Sinne der deutschen Publizisten-Ideologie. Viele Journalisten sehen sich nicht als Gesprächsanwälte, sondern als Publizisten, oft sogar als Politiker. »Wir entscheiden«, denken sie sich, »wem wir ein Podium bieten«. Selbst die Rechtspopulisten (Haider, Schönhuber) werden mundtot gemacht statt widerlegt. Wohin das im Fall Haider geführt hat, kann man in Österreich besichtigen. Harald Bergsdorf, der die journalistische Auseinandersetzung mit der extremen Rechten analysiert, zitiert Voltaire: »Ich hasse Ihre Ideen, aber ich ließe mich töten, damit Sie das Recht haben, sie auszudrücken«. Aber die Voltaires sind rar in Deutschland.

---

Im großen Interview dieses Heftes kommt der Berliner Philosoph Wolfgang Fritz Haug zu Wort. Er ist der Gründer und langjährige Herausgeber der einflussreichen marxistischen Zeitschrift DAS ARGUMENT. Seine Berufung an die Freie Universität Berlin in den späten 70er Jahren löste einen Skandal aus, war er doch über Jahre der Mentor von Marxismus-Kursen gewesen, in denen die Adepten der APO in Textexegese geschult wurden. Gerade ist er emeritiert worden. Der Berliner Philosophie hat sein an Gramsci und der Kulturkritik von Lukács und der Frankfurter Schule orientierter Marxismus nicht geschadet. Seine »Warenästhetik« ist unstreitbar ein Standardwerk.

---

Seine gramscianischen Bemerkungen zu Gerhard Schröders Denkanstößen zur Zivilgesellschaft haben etwas erfrischend Realistisches. Die Zivilgesellschaft ist Kampfplatz, nicht Mädchenpensionat. Wie wahr. Schröders Berufung auf die »Teilnahme am Haben und Sagen« missversteht Haug allerdings. Das ist ein Zitat von Philip Rosenthal, der in seinem ganzen Leben Mitbesitz so wichtig nahm wie Mitbestimmung. Rosenthal hat nie gemeint, die Reichen gäben freiwillig etwas ab. Er war für Tarifverträge und Gesetze. Gelegentlich sollten auch Marxisten in die SPD hinein-hören.

---

Im letzten Heft veröffentlichten wir in unserem Debattenteil eine Kurzfassung der Vorlesung Michael Naumanns »Zur Theorie der Bürgergesellschaft«. Der Vortrag an der Viadrina ist inzwischen in voller Länge in einem Sammelband bei Siedler erschienen. Titel: »Die schönste Form der Freiheit.«

PETER GLOTZ

## Editorial

## Aktuelles

- 197 UDO SCHEER  
**Das Thierse-Papier  
und die Chefsache Ost**
- 200 KLAUS HARPPRECHT  
**Die Glosse:  
Mit der Geschichte leben**
- 201 VOLKER KRÖNING  
**Wehrpflicht und Zeitgeist**

## Debatten

- 204 DIERK SPREEN  
**Netzwerkpartei und Zivilgesellschaft**
- 207 OLAF SCHOLZ  
**Themeninitiativen  
in der Netzwerkpartei**

## Das Thema: Das Mediennetz der Rechtsextremen

- 209 JOACHIM RIECKER  
**Ein Pausenfüller zwischen  
Kampfhunden und BSE?**
- 212 THOMAS PFEIFFER  
**Zum Medienkonzept der  
»Nationalen Gegenöffentlichkeit«**
- 216 WILLIAM TOTOK  
**Das Internet als virtuelle Internationale**
- 220 THOMAS GRUMKE  
**Globalisierter Rechtsextremismus**
- 223 HARALD BERGSDORF  
**Wie sich rechtsextreme Politiker  
im Fernsehen präsentieren**



Foto: Dietmar Gust

**Rechte Gewalttäter –  
ein Objekt der  
Medienbegierde?**

## Berliner Facetten

### Lokalitäten

- 229 KERSTIN SCHNEIDER  
**Radio MultiKulti**

### Gespräch

- 232 WOLFGANG FRITZ HAUG  
**»Zivilgesellschaft bildet sich,  
indem wir uns einmischen.«**

### Berlin-Bücher

- 235 CLAUDIA ALDENHOVEN  
**Wunderkammern des Wissens**

## Kritik

### *a. Politisches Buch*

- 237 OLAV MÜNZBERG  
**Literatur zum Preußenjahr**
- 239 INGEBORG HECHT  
**Das Geschehene ist nicht abwesend**
- 242 JOHANO STRASSER  
**Jeremy Rifkins Kritik  
des digitalen Paradigmas**
- 247 MICHAEL BRÖNING  
**Chomsky und der Neoliberalismus**

### *b. Literatur*

- 248 WIELAND FREUND  
**Literaturforum:  
Tschechows Ring an Sebalds Finger**
- 250 TILMAN FICHTER  
**Eine hoffnungslose Liebe  
am Vorabend der Freiheit**
- 251 STEPHAN KRASS  
**In den Abgründen der Ideale**
- 253 SØREN HARMS  
**Alexander Osangs erster Roman**
- 255 ZU DEN AUTORINNEN UND AUTOREN
- 256 IMPRESSUM

Titelfoto: Dietmar Gust, Berlin



Foto: privat

Wird achtzig. Ingeborg Hecht rezensiert seit Jahren Literatur zur NS-Zeit.



Foto: Stefan Boness/l'pon

Am 9. November 2000 demonstrierten Tausende vor der Berliner Synagoge in der Oranienburger Straße gegen die xenophoben Exzesse in Ostdeutschland.

## Aktuelles

UDO SCHEER

### Das Thierse-Papier und die Chefsache Ost

Als Bundestagspräsident Wolfgang Thierse Anfang Januar seine Analyse der Wirtschaftssituation in den neuen Ländern auf den dramatischen Punkt brachte, der Osten stehe auf der Kippe, war der Applaus der PDS vorherrschbar, der vehemente Widerspruch aus nahezu allen Lagern von Sachsens Wirtschaftsminister Schommer (CDU) bis Staatsminister Schwanitz (SPD) sollte dagegen schon etwas überraschen. Das Spektrum der Stimmen reichte vom Offenen Brief des ehemaligen Bürgerrechtlers Edelbert Richter »Thierse hat Recht«, unterzeichnet u.a. von Egon Bahr, Daniela Dahn, Günter Grass, bis zu einem »Brandbrief«.

In eben diesen Tagen war Wolfgang Thierse vor Ort zum Thema »Rechte Gewalt«. Eingeladen in das Gymnasium des kleinen, vom Aufschwung Ost weitgehend unberührt gebliebenen Thüringer Städtchens Neustadt an der Orla, hatte sich zu seinem Vortrag auch eine ansehnliche Gruppe Glatzen eingefunden. Die interessierten sich dafür, wie der zweite Mann im Staat ihre Situation sah. Thierse bat alle Erwachsenen für eine Stunde aus dem Saal, er wolle ein Gespräch mit den Jugendlichen führen – auch mit den Glatzen, die bereit waren, ihre Springerstiefel draußen abzulegen. Einige gingen auf sein Angebot ein.

In der Bundestagsdebatte am 28. September 2000 hatte Wolfgang Thierse eindringlich auf die Bedeutung von Bildung und Aufklärung angesichts der Brandanschläge und Menschenjagden auf Ausländer hingewiesen. 93 von Rechtsextremisten begangene Morde und über 1000 Schändungen jüdischer Friedhöfe in 10 Jahren seien kein Randproblem mehr. Die Gefährdung der »Wertegrundlage unserer Demokratie« reiche »bis

weit in die Mitte der Gesellschaft hinein«. Es hat Ursachen, wenn sich die neuen rechten Eliten im Osten wie im Westen Deutschlands vielfach aus dem intellektuellen Mittelsstandsmilieu rekrutiert. Diese Oberschüler, Studenten, Jungakademiker verstehen sich als Vorhut einer »nationalen Neuordnung« der »Volksgemeinschaft«, durchaus mit erzieherischer Funktion gegenüber den Glatzen, den Krawallmachern, ihren potenziellen Schlägertrupps.

Nicht nur Wolfgang Thierse attestiert diesen Jugendlichen »Überforderungsängste« und »Vereinfachungsbedürfnis«, die Sehnsucht nach Ordnungsstaat samt »Beheimatung«, eine Sehnsucht, an die Rechte ebenso wie PDS-Ideologen geschickt anzuknüpfen verstehen. »Ich hatte mir nicht vorstellen können, dass es eine neuerliche Kombination von Sozialismus und Nationalismus gibt«, so der Bundestagspräsident nach dem Besuch mehrerer Orte in Ostdeutschland, die als rechte Hochburgen gelten.

Was diese Stimmungslage mit seinem angemahnten »Aktionsprogramm für Ostdeutschland« zu tun hat, wird deutlich, liest man das Buch *Der Preis der Einheit* (HANSER 2000) von Klaus Schroeder, einem Wissenschaftler im Forschungsverbund SED-Staat an der FU Berlin. In seiner ost- wie westkritischen Bestandsaufnahme zieht Schroeder u.a. statistische Erhebungen heran, wonach sich 70 % der ostdeutschen Bevölkerung noch immer als Menschen zweiter Klasse fühlten, aber auch die Hälfte der Westdeutschen noch nicht in der deutschen Einheit angekommen sei, sich für die innerdeutsche Entwicklung nicht interessiere. Während 69 % der Westdeutschen bereit seien, die Demokratie zu verteidigen, seien es nur 35 % der Ostdeutschen.

Dazu komme bei Dreiviertel der Ostdeutschen eine hochgradige Zukunftsangst. Nach Klaus Schroeders Überzeugung durchlaufen die neuen Bundesländer eine ähnliche Phase, wie die Bundesrepublik in den fünfziger Jahren. Damals fanden die Bundesbür-

ger über die Vorzüge von Erhards Sozialer Marktwirtschaft und über materielle Werte allmählich zur Demokratie. Gemessen an der einmaligen Entwicklung der Infrastruktur innerhalb von zehn Jahren und eines durchschnittlichen Lebensstandards in den neuen Ländern wie 1992 in Westdeutschland, lautet Schroeders Bilanz: »Lage gut, Stimmung schlecht.«

Diese schlechte Stimmung nimmt Thierse auf und konfrontiert die Bundesregierung mit bekannten aber unangenehmen Fakten: Anstieg der Arbeitslosenrate in den neuen Ländern zwischen 1998 und 2000 vom 1,8- auf den 2,3-fachen Wert des bundesdeutschen Durchschnitts, Steigerung der Langzeitarbeitslosen um 10 %, der Jugendarbeitslosigkeit um 15 %. Aufschlussreich sind in diesem Zusammenhang besonders von Claus Noé, dem Ex-Staatssekretär in Lafontaines Bundesfinanzministerium, ins Feld geführte Fakten, wonach der wirtschaftliche Aufholprozess trotz jährlicher Transfers von rund 170 Mrd. DM für Sozialleistungen und Infrastruktur seit 1996 stagniere.

### **Forderung nach Aktionsprogramm ist kein Kassandra-ruf**

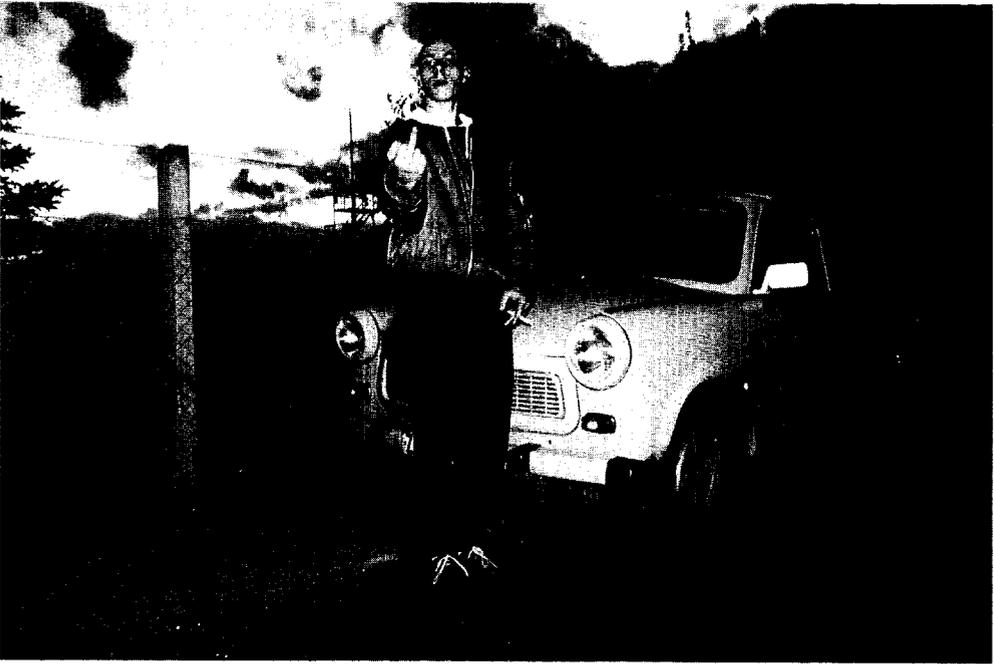
Mit dem Fauxpas: »Der Markt wird's schon richten« und der von der Bundesregierung unter Helmut Kohl vorgeschalteten Treuhand als Puffer bei der Liquidierung statt Sanierung ostdeutscher Großbetriebe sowie dem Verkauf ihrer Filetstücke an überwiegend bundesdeutsche Unternehmen – vielfach als verlängerte Werkbank, d.h. ohne Gewinnbeteiligung, oder einzig um in den Besitz der internationalen Kundenkarteien zu gelangen – wurde die Möglichkeit der Eigenerwirtschaftung der Mittel in den neuen Ländern nachhaltig gestört. Mit 41 von 1000 Erwerbstätigen sind heute im Vergleich zu den alten Ländern weniger als 50 Prozent in der Industrie beschäftigt. Der Ausrüstungsgrad erreicht 75 Prozent des westdeutschen Niveaus. Beispiele, wie Kräfte des freien Marktes wirken, finden sich im Umgang der Vulkan

Werft mit den Fördermitteln für ostdeutsche Werften oder der hessischen KALI-SALZ AG mit dem ostdeutschen Konkurrenten KALI MERKERS. Bereits zuvor hatte der treuhandgesteuerte Zusammenbruch der – vielfach uneffektiven, zum Teil aber auch Konkurrenz bedeutenden – Betriebe vom Waggonbau Görlitz, über das Büromaschinenwerk Sömmerda, das Schwermaschinenkombinat Magdeburg, bis hin zu großen Teilen der Braunkohleindustrie nicht selten Zehntausende Arbeitsplätze in einer Region industrieller Monokultur gekostet.

Vorzeigemodelle wie Silicon-Valley Dresden, die Autoproduktion in Zwickau und Eisenach, Bayer in Bitterfeld oder Jenoptik – als einziges eigenständiges Ostunternehmen mit einem Jahresumsatz von über einer Milliarde D-Mark – oder Boom-Zentren wie Halle-Leipzig und Berlin täuschen darüber hinweg, dass die ostdeutsche Industrie fast ausschließlich von Klein- und Mittelstandsbetrieben mit einer sehr geringen Kapitaldecke getragen wird und ganze Regionen heute industrielles Brachland sind.

Wenn der Bundestagspräsident den Bundeskanzler angesichts der ostdeutschen Wirtschaftsdaten an seine Erklärung erinnert, wonach der den »Aufbau Ost« zur Chefsache machen würde, ist seine Forderung nach einem »Aktionsprogramm für Ostdeutschland« alles andere als ein Kassandra-ruf, wie von den Thierse-Kritikern meist behauptet. Selbst wenn die vds-Vorsitzende Gabriele Zimmer für ihre Fraktion ebenfalls auf das Pferd aufzuspringen versucht und ein fantastisches »Zukunftsinvestitionsprogramm« einer regionalen Vernetzung und Schaffung »regionaler Innovations- und Kompetenzzentren« zur Erlangung internationaler Marktanteile (nach dem Gießkannenprinzip) vorschlägt, schadet das wenig, auch wenn die Remeduren von nur geringer ökonomischer Kompetenz zeugen.

Im Gegensatz zur ostdeutschen Abgrenzung und nationalistischen Tendenzen bietet die stärkere Kopplung des Geldtransfers



**Überforderungsängste, Sehnsucht nach Ordnungsstaat und Beheimatung sowie Vereinfachungsbedürfnisse werden als dominante Motive für rechte Gewalt im Osten genannt.**

an ein Investitionsprogramm für die Industrie, wie es Claus Noé nach seiner Situationsanalyse vorschlägt, essenzielle Ansätze. Nur wenn es gelingt, die ostdeutsche Wirtschaft aus ihrem Rollstuhldasein mit Hilfe wirksamer Gehhilfen auf einem soliden Fundament wieder auf die eigenen Beine zu stellen, erübrigt sich mittelfristig der Transfer tropf.

### **Neuausrichtung der Sozialen Marktwirtschaft**

Wie ein Programm zur Schaffung des Industriestandortes Ostdeutschland aussehen kann – besonders angesichts der bevorstehenden Osterweiterung der EU und möglichst in geringer Konkurrenz zur Interessenlage westdeutscher Unternehmen –, wäre durch einen Sachverständigenstab umgehend zu entwickeln. Thierses Impulsschub geht in diese Richtung und liegt, sollte man meinen, im Interesse der gesamtdeutschen Gesellschaft.

Insofern macht es stutzig, wenn Sabine Kaspereit, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD im Bundestag und zuständig

für die neuen Länder, pariert: »eine zweite Investitionsoffensive anstoßen und einleiten ... geht an der Realität einer marktwirtschaftlichen Ordnung vorbei«. Dabei wäre der SPD mit der Neuausrichtung einer »Sozialen Marktwirtschaft« ihr Platz im Buch der Geschichte sicher. Für die neuen Länder jedenfalls besitzt ein solches Programm höchste Priorität.

Es geht um Arbeitsplätze, um Perspektiven, die auch die derzeit mit 44.000 seit 1992 höchste Abwanderungsrate junger Leute stoppt, es geht um soziale Sicherheit und das Hineinwachsen breiter Bevölkerungskreise in ein demokratisches Werteverständnis. Allerdings – auch anderes ist möglich. Im Haushalt der wie viele ostdeutschen Städte hoch verschuldeten Stadt Gera sind in diesem Jahr beispielsweise keine kommunalen Mittel für Jugendarbeit enthalten. In Mühlhausen ritzte Mitte Januar ein Vierzehnjähriger ein Hakenkreuz in das jüdische Gemeindezentrum, einfach so, nicht aus rechter Gesinnung, erklärte er nach seiner Festnahme, sondern um Freunden zu imponieren.

**Die Glosse:****Mit der Geschichte leben**

Nein, eine Liebesese aus dem Bilderbuch war die deutsch-französische Partnerschaft vermutlich nie – obschon es Augenblicke gab, die unser Gemüt bewegten: als Charles de Gaulle und Konrad Adenauer Seit' an Seite in der Kathedrale von Reims zum Gebet in die Knie sanken, als Helmut Kohl und François Mitterrand – ein beinahe groteskes Paar – auf dem Schlachtfeld von Verdun die Hände ineinander legten, als schließlich eine Träne über die Wange des konservativen deutschen Kanzlers rollte, während er der Totenmesse lauschte, die für seinen sozialistischen Freund in Notre Dame gelesen wurde.

Gerhard Schröder war nicht gut beraten, als er zu Anfang seiner Kanzlerschaft Jacques Chiracs Einladung ausschlug, gemeinsam der achtzigsten Wiederkehr des Waffenstillstands von 1918 zu gedenken: ein – nicht nur für sensible Franzosen – schockierender Hinweis auf den deprimierenden Mangel an Geschichtsgefühl, mit dem der *homo novus* der Nachkriegsgeneration seinen Weg als der Verwalter des Erbes von Konrad Adenauer und Willy Brandt, von Helmut Schmidt und Helmut Kohl begann. Mit Sentimentalitäten und Mythen wollte er sich nicht lange aufhalten. Unterdessen dürfte er kaum mehr geneigt sein, die Kraft der Symbole zu unterschätzen. Aus ihnen nähren sich, ob positiv oder negativ, politische Energien, die man nicht ungestraft missachtet. Dies hätte man im Kanzleramt (und im Auswärtigen Amt) bedenken müssen, ehe Schröder die alten, nur mühsam gezähmten Ängste unserer Nachbarn mit der unseligen Forderung aufgescheucht hat, die Stimmen in den europäischen Institutionen nach den Weisungen des demographischen (Über-)Gewichts des vereinten Deutschlands neu zu ordnen, mit anderen Worten: das Prinzip des gleichen Ranges zwischen Frankreich und der Bundesrepublik in Frage zu stellen. Damit hat er,

noch immer allzu geschichtsfern, für einen Augenblick das Fundament der Europäischen Union erschüttert. Seine Absicht war dies gewiss nicht. Doch es wird lange Jahre der Mühe kosten, das wieder erwachte Misstrauen zu beschwichtigen.

Zuletzt zählen – Bismarck hin oder her – eben doch nicht nur die nackten Interessen: das ist die bittere Lektion von Nizza, auch für Chirac und seinen Konkurrenten Jospin, die bei der Vorbereitung der Konferenz (samt den zuständigen Ministern) keine glückliche Hand bewiesen. Joschka Fischer demonstrierte – wenigstens hernach – das genauere Gespür, als er mit Thomas Manns klassischer Formel beschwor, dass auch die Berliner Republik ein europäisches Deutschland und kein deutsches Europa will: erst recht im Zeichen der EU-Osterweiterung, die mehr denn je die engste deutsch-französische Kooperation verlangt. Der Rückfall in eine konkurrierende Politik wäre der Anfang vom Ende der Union. Was dies angeht, scheint den Partnern – spät, doch nicht zu spät – ein Licht aufgegangen zu sein. Sie besannen sich noch rechtzeitig genug auf die Chancen des »Weimarer Dreiecks«, und nahmen das Gespräch mit dem polnischen Staatschef in dem pfälzischen Städtchen Neustadt endlich wieder auf.

Der Kanzler wird sich an die Notwendigkeit einer täglichen Verständigung mit Frankreich gewöhnen. Sie entspricht gleichsam einem Naturgesetz, dem sich Europa nach den beiden Katastrophen des zwanzigsten Jahrhunderts nicht länger entziehen konnte. Jeder der deutschen Kanzler – Ludwig Erhard ausgenommen – beugte sich dem Gebot, das besagt, dass Deutschlands langfristige und wahre Interessen mit den Weisungen des europäischen Fortschritts, aber damit auch mit den Grundinteressen Frankreichs identisch sind. Es versteht sich, dass dies umgekehrt für die Franzosen nicht weniger gilt: eine Lektion, die am Ende noch jeder der Hausherrn im Palais d'Élysée und im Hotel Matignon (dem Sitz des Premierminis-

ters) gelernt hat, Jacques Chirac, kaum ein geborener Europäer, nicht ausgenommen. Auch er spricht nun von der Europäischen Föderation der Nationalstaaten: ein Begriff, der für die Mehrheit der französischen Politiker noch tabu zu sein schien, als ihn Joscha Fischer mit seiner großen Humboldt-Rede in die Debatte warf. Es scheint – eine tröstliche Einsicht – denn doch eine Logik der Geschichte zu geben: für den, der mit der Geschichte lebt.

---

VOLKER KRÖNING

## Wehrpflicht und Zeitgeist

Das große Thema verschwindet nicht von der Tagesordnung. Die Diskussion über Sinn und Unsinn der Allgemeinen Wehrpflicht lässt sich nicht amtlich kontrollieren. Sie dürfte bald wieder in das Zentrum rücken – spätestens dann, wenn sich zeigt, dass die amtliche Planung mit dem stark reduzierten Bedarf an Grundwehrdienstleistenden angesichts der demographisch »fetten« Jahre um die Mitte dieser Dekade mit dem Prinzip der Wehrgerechtigkeit kollidieren wird.

Dann könnte jene Kritik wieder auf den Tisch kommen, die mit ihrem eingängigen Fortschrittsgehabe manchen in traditionalistischen Bahnen denkenden Befürworter der Wehrpflicht mittlerweile die Segel hat streichen lassen. Die Bemerkungen des Wehrbeauftragten waren ein Wetterleuchten. Die argumentativen Anforderungen, die zum Beispiel der Bundespräsident gestellt hat, sind allzu berechtigt.

Vieles von dem, was gegen die Allgemeine Wehrpflicht eingewendet wird, riecht allzu sehr nach Zeitgeist: nach modischem Schnickschnack ohne viel Substanz. Die folgenden Beispiele zeigen die argumentativen Schwächen der Kritik. Da wird zum einen behauptet, dass Zwangsdienste jeglicher Art prinzipiell nicht zu einer freiheitlichen

Demokratie passten. Die Wehrpflicht sei nur dann zu legitimieren, wenn es eine fundamentale Bedrohung gebe, die das Rekrutieren einer Massenarmee erforderlich mache. Diese Zeit aber sei vorüber.

Doch selbst in einer historischen Phase, die eine unmittelbare territoriale Bedrohung als gestrig erscheinen lässt, gibt es Länder, die unbeirrt am Prinzip der Allgemeinen Wehrpflicht festhalten. Fasst man etwa die skandinavischen Länder – oder auch die Schweiz – ins Auge, fällt auf, dass die Pflicht, der Gemeinschaft zu dienen, als staatsbürgerlich ehrenvoll aufgefasst wird, weil es mit einer freiheitlichen Demokratie nicht nur vereinbar, sondern für sie geradezu konstitutiv ist. Dahinter steht auch die Vorstellung, dass sich in einem modernen Gemeinwesen Freiheit nur dann wirklich entfalten kann, wenn es starke öffentliche Institutionen gibt, die für Gleichheit der Lebenschancen sorgen. Der »Staat« erscheint in diesem Kontext zwar als der Kontrolle bedürftig, aber nicht *a priori* als Feind – wie es bei unseren Liberalen und Grünen offenbar der Fall ist. Er kann und darf etwas verlangen.

Den Gegenpol bilden vor allem die Vereinigten Staaten, wo sich konservativ-archaische Staatsfeindlichkeit mit einer ungebrochenen Prävalenz des Ellbogenkapitalismus verbindet. Leider haben die USA, obwohl ihr politisches Herrschaftsmuster sich schwerlich auf europäische Verhältnisse übertragen lässt, als Trendsetter in Sachen Abschaffung der Wehrpflicht fungiert.

Doch lässt sich für die Länder Mittel-Ost-Europas feststellen, dass nach anfänglichem Liebäugeln mit einer reinen Freiwilligenarmee – um den USA zu folgen und weil die Behandlung der Wehrpflichtigen zur Schande des Warschauer Paktes geworden war – die Mehrheit doch für ein Mischsystem aus Freiwilligkeit und Wehrpflicht votiert hat. Sicherlich zunächst aus fiskalischen Gründen: Jene Mindestumfänge der Streitkräfte, die man aus sicherheitspolitischen und anderen Gründen nicht glaubt unterschreiten zu

können, sind eben nur mit einer Wehrpflicht-Komponente finanzierbar.

Es entwickelt sich in diesen Ländern aber auch das Argument einer Bürgerarmee und gesamtgesellschaftlicher Verpflichtung. Vor diesem Hintergrund werden nicht nur die skandinavischen Länder, sondern auch Deutschland als Modell geachtet.

### **Sind Freiwillige bessere Soldaten?**

Alles in allem seien Freiwillige bessere Soldaten als Wehrdienstleistende. Insbesondere weil man sie länger ausbilden könne, seien sie eher geeignet, sowohl anspruchsvolle Technik als auch komplexe Aufgaben zu meistern. Kurz: man bekomme »mehr für's Geld«. So einfach ist das nicht. Es muss differenziert werden: Sowohl in Freiwilligenarmeen als auch in Streitkräften mit Wehrpflicht-Komponente werden besonders anspruchsvolle Aufgaben – vor allem solche, bei denen es (auch) um die Bedienung modernster Technik geht – in der Regel von relativ gut bezahlten Karrieresoldaten wahrgenommen. Man denke etwa an Luftwaffenpiloten. Geht es also um Elitepersonal in technologischen Kernbereichen, gibt es offenbar kaum einen Grund anzunehmen, dass sich Freiwilligenarmeen von solchen mit Wehrpflicht-Komponente wesentlich und notwendig unterscheiden (müssen).

Ganz anders sieht es jedoch aus, wenn der Blick auf die Masse der Soldaten fällt. In diesem Zusammenhang erweist ein internationaler Überblick, dass tendenziell alle Armeen in der NATO, die das reine Freiwilligkeitsprinzip eingeführt haben bzw. gerade dazu übergehen, unter mehr oder minder dramatischen Rekrutierungsproblemen leiden. So etwa kann die vergleichsweise »reiche« us-Army beinahe 10 % ihrer Stellen nicht besetzen. Ebenfalls mit beträchtlichen Problemen der Personalgewinnung zu kämpfen hatten in jüngster Zeit auch die Streitkräfte der Niederlande, Belgiens und Frankreichs.

Es scheint überall ein ähnliches Phänomen zu herrschen: Die »zivilistischen« Ten-

denzen westlicher Kultur bewirken, dass nur ein kleiner – und abnehmender – Teil gerade auch der leistungsfähigen und leistungsbereiten jungen Leute weiterhin bereit ist, freiwillig zu der jeweiligen Fahne zu eilen. Streitkräfte ohne Wehrpflicht stehen zunehmend vor dem Problem, ihren Personalbedarf durch erhöhte materielle Anreize bzw. durch Senkung der intellektuellen und körperlichen Standards zu decken.

Materielle Anreize haben sicherlich ihre Grenzen: nicht nur in der langfristigen Verteidigungsplanung, die in Frankreich auf diesem Wege beinahe aus dem Tritt kam, sondern auch in der mangelnden Reaktionsbereitschaft der leistungsfähigen, zivile Karrieren anstrebenden Jugend. So ist die drastische Senkung der Standards eher die Regel als die Ausnahme – wobei einem in diesem Kontext die gefestigte britische Tradition in den Sinn kommt, insbesondere Arbeitslose und (unter bestimmten Bedingungen) sogar Ex-Sträflinge für die Streitkräfte zu motivieren.

Die Frage ist also, ob die längere »Stehzeit« der Freiwilligen in den unteren Rängen – typischerweise zwei bis vier Jahre – hinreicht, um die vorhandenen Defizite an Intelligenz, körperlicher Fitness und persönlichem Ehrgeiz durch eine entsprechende Sozialisation und Ausbildung zu kompensieren. Wer solches vermutet, muss von überbordendem Glauben an die Reformpädagogik beflügelt sein – oder ignoriert, dass Streitkräfte in vielen Fällen nicht jenes Ambiente bieten, welches der vollen Entfaltung aller Talente dienlich ist.

Schließlich sollte ein Aspekt nicht übersehen werden, der für einen Vergleich der Personalqualität der unterschiedlichen Wehrstrukturen relevant ist: Die Freiwilligenarmee muss auch ihr längerdienendes Führungspersonal – mit den genannten Handikaps – auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt anwerben. Gibt es aber eine Wehrpflicht-Komponente, kann zu einem guten Teil aus dem Kreis der Gezogenen rekrutiert werden: mit dem besonderen Vorteil, gezielt jene

ansprechen zu können, die sich bereits als besonders geeignet erwiesen haben.

### **Blamable Freiwilligenarmeen in Krisenzeiten**

In der NATO und der EU wird das Militär immer weniger zum territorialen Eigenschutz benötigt, stattdessen aber immer mehr als Mittel der Krisenbewältigung. Es habe sich erwiesen, dass Freiwilligenstreitkräfte besser für diese neue Aufgabe geeignet sind als solche mit Wehrpflicht.

Das quantitative Kalkül führt zu einem trivialen Ergebnis: Eine Freiwilligenarmee kann, im Vergleich zu einer Streitmacht mit Wehrpflicht und gleichem Präsenzumfang, signifikant mehr Truppen für Krisenpräventionszwecke »ausschwitzten«. Der wesentliche Grund dafür liegt einfach darin, dass mit durchschnittlich längerem Dienst des Personals pro Kopf mehr Zeit für Einsatzzwecke anfällt bzw. nicht so häufig neu ausgebildet und »rotiert« werden muss.

Dieser Zusammenhang reicht jedoch keineswegs hin, um die Aufgabe militärischer Krisenreaktion in erster Linie Freiwilligenstreitkräften anzuvertrauen. Neben den quantitativen Aspekten gibt es nämlich auch schwer wiegende qualitative, die eine solche Präferenz mit einem große Fragezeichen versehen:

Die Erfahrungen aus den letzten Jahren militärischer Krisenreaktion zeigen, dass sich Kontingente von Freiwilligenarmeen im Einsatz eher der Situation unangemessen erweisen und blamieren, als dies für Streitkräfte mit Wehrpflicht gilt. Es war ein »Profi«-Truppenteil eines nicht zu nennenden bedeutenden Verbündeten, der im Kosovo auf seine Fahrzeuge pinselte: *We are here to kill*. Und es waren ebenfalls Profis, allerdings eines anderen Verbündeten, die in Somalia das Malträtiertieren von Zivilisten zu ihrem Lieblingszeitvertreib erkoren. Ähnliche Beispiele – praktisch alle zu Lasten der reinen Freiwilligenkontingente – ließen sich in noch größerer Zahl auflisten.

Um es genereller und positiv gewendet zu sagen: Hohe Militärs und andere Beobachter haben Recht, wenn sie feststellen, dass die Soldaten der Bundeswehr sich etwa beim Kosovo-Einsatz vergleichsweise gut bewährt haben. Wobei in diesem Kontext taktvollerweise unausgesprochen bleibt, dass sich dieser Vergleich insbesondere auf Verbündete bezieht, die Berufsmilitärs betreiben. Es stellt sich also die Frage, warum die Kontingente reiner Freiwilligenarmeen eher als solche mit Wehrpflicht-Komponente versagen, wenn es darum geht, in einer krisengeschüttelten Region situationsangemessen, nicht provozierend und entschlossen den Friedensprozess zu unterstützen. Eine Antwort könnte sein:

In Armeen reiner Freiwilligkeit, die sich strukturbedingt in besonderem Maße gegenüber der übrigen Gesellschaft abdichten, bilden sich leider nur allzu oft Züge einer militaristischen Subkultur, die ein angemessen-interaktives Verhalten »vor Ort« erschweren. Streitkräfte mit einer Wehrpflicht-Komponente hingegen sind gesellschaftlicher Komplexität gegenüber offen. Ihre Führer und Unterführer, die sich tagtäglich der Herausforderung stellen müssen, die von immer neuen Kohorten junger Leute ausgeht, erwerben ein hohes Maß an zivilorientierter Flexibilität. Dies kommt ihnen dann auch beim Einsatz zu Gute. Sie verhalten sich dort weniger »kommissig« als ihre Kameraden aus den reinen Profi-Armeen: selbst dann, wenn ihr jeweiliger Truppenteil relativ wenig Wehrdienstleistende (auf freiwilliger Basis) mit in das Krisengebiet nimmt.

### **Brücke zwischen Bürgergesellschaft und Streitkräften**

Die Diskussion ist an dem Punkt angelangt, an dem deutlich wird, dass sich mit dem Einsatz militärischer Krisenreaktionsmittel weit reichende Fragen nach den Folgen und deren ethischer Bewertung stellen. Soll der Aufbau von Präventions- und Interventionskräften *qua* Masse die internationale Statuskonkur-

renz unter den Bündnispartnern bedienen – oder kommt es nicht doch eher auf qualitative Aspekte an, darauf nämlich, ob es gelingt, den Menschen im Sinne eines Beitrages zu dauerhaftem Frieden nach schlimmen Konflikten zu helfen?

Die Allgemeine Wehrpflicht ist als Brücke zwischen »Bürgergesellschaft« und Streitkräften der wesentliche Grund dafür, dass der Sinn von Sicherheits- und Verteidigungspolitik überhaupt noch Gegenstand des öffentlichen Diskurses ist. Dieser Diskurs wird hierzulande auf allzu kleiner Flamme geführt.

Er läuft Gefahr zu erlöschen, wenn es zu einer erneuten, erhitzten Debatte um die Wehrpflicht kommt. Der Streit um die Personalstruktur – also die Mittel – würde die notwendige Auseinandersetzung über die Ziele militärischen Engagements ersetzen.

Dass es zu einer solchen Debatte mit »falscher Front« kommt, ist allerdings nicht gottgegeben. Die mit der amtlichen Verteidigungsplanung mittelfristig zu befürchtende Wehrungerechtigkeit ließe sich vermeiden: nämlich durch ein weniger rapides Runterfahren der Wehrdiener-Komponente in den Streitkräften. Eine solche – leichte – Kursänderung der Planung könnte sich lohnen: Langfristig ist ein erneutes Auftreten von Wehrungerechtigkeit selbst bei einem noch kleineren Umfang der Bundeswehr praktisch auszuschließen.

Denn nach 2010 gibt es viel weniger junge Männer, die in den Streitkräften untergebracht werden müssen, als um die Mitte dieser Dekade.

## Debatten

### DIERK SPREEN Netzwerkpartei und Zivilgesellschaft

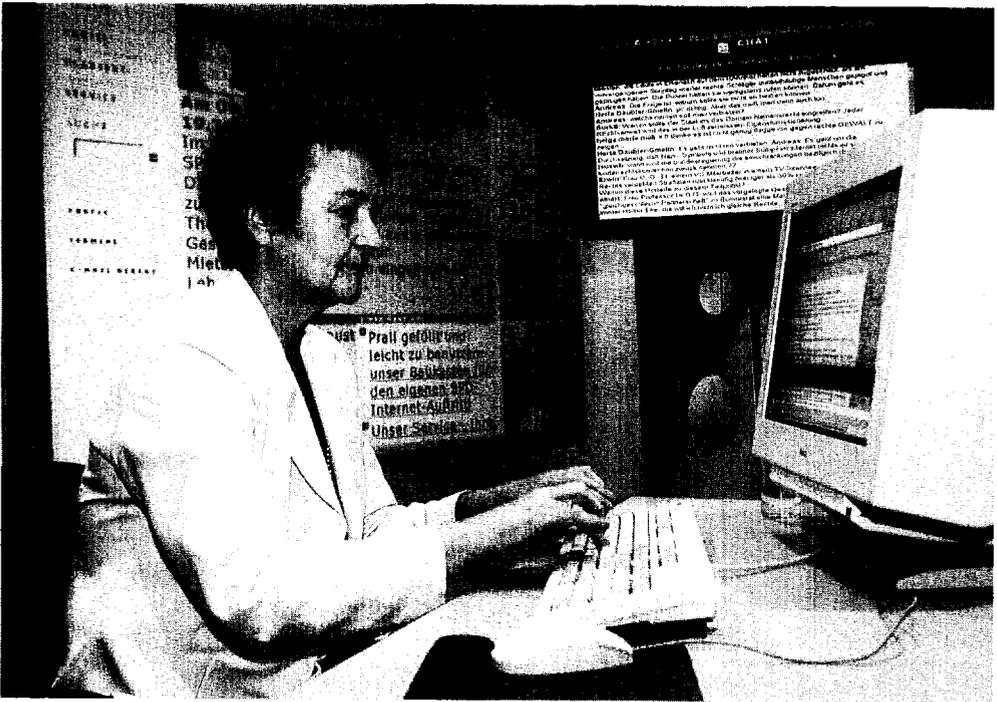
Wenn man das Machnig-Papier liest, das der SPD empfiehlt, sich den Realitäten der digitalen Gesellschaft und postmodernen Kulturen zu stellen, dann fragt man sich: Warum kommt das erst jetzt? Ist das nicht schon lange überfällig? Umso erstaunlicher erscheint daher der Widerspruch, den es hervorruft. Tobias Dürr schreckt in seiner Antwort (NG/FH 1-2/2001) nicht davor zurück, mittels absurder Zitatkompilation das Netzwerkkonzept als eine Variante des Leninismus zu denunzieren. Warum schlagen die Wogen so hoch?

#### »Verein oder Netzwerk« als Parteimodell?

Um einen Generationenkonflikt kann es kaum gehen. Machnig, geb. 1960, und Dürr, geb. 1965, gehören so ziemlich der gleichen Generation an. Auch in der Bestimmung der Lage stimmt man im Wesentlichen überein: Überalterung der Partei, Abkopplung ihrer Kultur von gesellschaftlichen Trends, reflexive Bürgergesellschaft statt Staat, Entideologisierung und Pragmatismus, digitaler Kapitalismus und Wissensgesellschaft. Radikal verschieden sind jedoch die Schlussfolgerungen, die aus der Lagebestimmung gezogen werden.

Dürr hält die offensive Strategie, die Partei mit der Gesellschaft zu vernetzen, für einen einzigen großen Fehler; die ganze Richtung stimme nicht. Das Konzept der Netzwerkpartei sei nicht nur »begrifflich ein Bluff und ein sprachliches Wischiwaschi«, die Umstrukturierung könne auch »verheerende« organisationspolitische Folgen haben. Vom durchschnittlichen Parteimitglied könne nicht verlangt werden, dass es permanent seinen Lebensstil neu strukturiere, um am Ball der Mediengesellschaft zu bleiben. Wei-

Leben ist schön.  
Termine und Infos 0800 - 11 949 11  
www.DRK.de  
**SPENDE  
BLUT**  
beim Roten Kreuz



**Justizministerin Däubler-Gmelin diskutiert beim Internet-Chat die aktuelle Situation zum Rechtsextremismus.**

terhin wird beklagt, dass das Konzept der Netzwerkpartei auf eine Stärkung der Parteiführung hinauslaufe. Schließlich wird noch das altbekannte Schreckensbild der Zweidrittel-Gesellschaft heraufbeschworen.

Dürs Diskurs klingt zwar laut, aber wie steht es um die Gründe, auf denen er ruht?

*Erstens:* Welches organisationspolitische Fiasko könnte die Netzwerkpartei verursachen? Dass die Parteimitglieder über den Tellerrand ihres Ortsvereins schauen müssten? Wenn die Ortsvereine zum Hort altmodischer Politriten und zum Schutzwall gegen die Gesellschaft »draußen« werden, dann ist das Fiasko da. Die Ortsvereine müssen den Kontakt zu den *grassroots* wiederfinden. Sie müssen Portale sein, in denen auch Menschen zu Wort kommen, die sich nicht den langwierigen Initiationsriten der Vereinskultur aussetzen wollen.

*Zweitens:* Meint Machnigs Verweis auf die Dialogkompetenz der Partei, dass das einzelne Mitglied zum Wendehals im Strudel

der Trends werden soll? Meint es nicht vielmehr, dass sowohl die Mitglieder an der Basis wie die Funktionäre sich bemühen sollten, die Gesellschaft auch dann noch zu verstehen, wenn sie nicht mehr der Gesellschaft entspricht, in der man aufgewachsen ist. Was kann so schlimm daran sein, festzustellen, dass die 60er und 70er Jahre vorbei sind?

*Drittens:* An dem Untergang des Grundsatzzprogramms von 1989 kann man sehen, dass lange, großflächig-demokratische Diskussionsprozesse in der Partei – bei aller Bedeutung für den internen Willensbildungs- und Kommunikationsprozess – politisch und gesellschaftlich zur fast völligen Bedeutungslosigkeit verurteilt sind. Es gibt darauf praktisch keine andere strategische Antwort, als die Stärkung der Führung im Zusammenspiel mit *grassroot*-Kommunikation. Das Internet stellt dazu ein fast ideales Medium bereit. Neben technischem *knowhow* und einer gewissen Aufgeschlossenheit für Neues setzt das jedoch auch Kommunikations-

kompetenzen voraus, welche die dem virtuellen Volke abgelauschten Auffassungen aufnimmt, auswertet, verarbeitet und beantwortet. Dabei kommt den Ortsvereinen eine wichtige, neue Rolle zu.

*Viertens:* Die Angstvision der 40 % »Zurückgekommenen«, die nach Ralf Dahrendorfs kürzlich erschienenem MERKUR-Artikel heraufbeschworen wird, ist nun wahrlich nicht neu. Seit den 80er Jahren erwartet man die Zweidrittel-Gesellschaft. Sehen wir sie irgendwo? Vielmehr ist so mancher »Entschleuniger« technisch auf dem neuesten Stand. Gerade die Netzwerkpartei ist daher in der Lage, nicht nur mit der »globalen Elite« (*Dahrendorf*), sondern mit dem gesellschaftskritischen Lager zu kommunizieren. Sie wird in der Lage sein, Probleme, Missstände und Konflikte wahrzunehmen, Anregungen aufzunehmen und ihre politischen Konzepte darauf abzustimmen.

Bei Lichte betrachtet, liefert Dürrs Polemik keine Gründe, die gegen die Netzwerkpartei sprächen. Vielmehr setzt seine Diskursstrategie auf die Aktivierung mehr oder weniger diffuser Ängste, die im Vorfeld eines jeden tiefgreifenden Modernisierungsschubs natürlicherweise auftauchen. Die Befürchtungen, die Dürr dazu treiben, eine konservative Strategie zu empfehlen und auf die »Organisationstradition« zu setzen, kann man insofern verstehen. Ihnen nachzugeben, führt in die falsche Richtung.

Eine Volkspartei kann kein Hort geistiger Erstarrung sein. Sie muss vielmehr ständig bilanzieren: Was muss restrukturiert werden? Welche sozialen Institutionen müssen gestärkt werden? Welche sind nur noch Geld verschlingende Apparate? Wie können demokratische Grundwerte, wie Entscheidungsfreiheit, Chancengleichheit und die Entfaltung des Individuums weiterhin garantiert werden? Eine wichtige Bedingung für eine solche politische Bilanz ist die Offenheit der eigenen Partei für die Gesellschaft, die sich wandelt. Eine Partei, die sich prinzipiell stellt, begibt sich aufs Abstellgleis. Das Kon-

zept der Netzwerkpartei lässt dagegen den klaren politischen Willen erkennen, den Wandel der Gesellschaft aufzugreifen und mit zu lenken.

### Ökonomie der Netzwerke

Die klassenpolitischen Konfliktlinien, in denen die »alte« SPD wurzelte und denen so mancher Genosse vielleicht insgeheim noch nachtrauert, gibt es nicht mehr. Es waren die Verteidigungslinien in der Gesellschaft, entlang den Klassen- und Schichtstrukturen, die Menschen dazu bewegt haben, Sozialdemokraten zu sein, in Sozialvereinen mitzuarbeiten, einer Gewerkschaft beizutreten etc. Was könnte sie heute dazu bewegen, sich zu engagieren? Auch das Bedrohungsszenario der 80er Jahre (Ökokollaps + Pershing II), das noch einmal ein solches gesellschaftliches *Movens* zur Politik bereitstellte, ist nach 1989 fast schlagartig verschwunden. Womit wir es heute zu tun haben, ist eine verstreute Gesellschaft, der die »großen Fragen« abhanden gekommen sind.

Vor diesem Hintergrund erscheint in den Analysen der »Zivilgesellschaft« ein abstraktes soziales Prinzip der »Selbstorganisation«. Von dieser Kraft hofft man nun schöpfen zu können und setzt auf »gemeinnützige, ehrenamtliche Tätigkeit« (*Giddens*). Ob das genügt, Gesellschaft im Sinne einer sozialen Demokratie zu gestalten?

Eine Ehrenamt-Gesellschaft allein ist eine zu schwache Basis für soziales und politisches Engagement. Im Sozialen arbeitende Vereine und Initiativen brauchen Geld, Umweltschutz braucht Zivildienstleistende, die anstrengende Arbeit mit auffälligen Jugendlichen können nur Profis leisten usw. Die Netzwerke der Zivilgesellschaft sind nicht billig. Ohne gezielt und offensiv eingesetzte finanzielle Ressourcen für das Soziale kann sich die »Zivilgesellschaft« schnell als eine »Freiwilligengesellschaft« ohne Freiwillige herausstellen.

Was also erstens Not tut, ist ein Politikkonzept, dass in der Lage ist, die SPD mit

den vielen, filigranen und schnell flottierenden Konfliktlinien in der Gesellschaft zu verbinden. Eine Netzwerkpartei wird dies eher können als die klassische Mitgliederpartei. Diese setzt große, klar erkennbare und dauernde Konflikte voraus. Zweitens muss an der Vision der »Zivilgesellschaft« weitergedacht werden. Hier wird es vor allem darum gehen, jenseits netter Ideen, realistische Finanzierungs- und Verteilungskonzepte auszuarbeiten.

---

## OLAF SCHOLZ Themeninitiativen in der Netzwerkpartei

Die Parteien in der Bundesrepublik waren in den vergangenen Jahren bei Wahlen in wachsendem Maße Wechselbädern ausgesetzt. Großen Wahlerfolgen folgte die eiskalte Dusche einer Wahlniederlage. Der SPD geht es da nicht anders als ihren Konkurrenten. Dem großartigen Wahlerfolg bei der Bundestagswahl 1998 folgten enttäuschende Ergebnisse bei der Europawahl und schlimme Ergebnisse bei den Landtagswahlen im Jahre 1999. Jetzt ist wieder alles anders. Es wäre ein großer Fehler, die großen Stimmungsschwankungen der letzten Jahre alleine und ausschließlich mit tagespolitischen Ereignissen erklären zu wollen.

Die Parteien finden gänzlich veränderte Bedingungen vor, als sie noch vor 10, 20 oder gar 50 Jahren gegolten haben. Vor allem aber die großen Volksparteien müssen feststellen, dass traditionelle Bindungen, milieubezogene Loyalitäten immer weniger selbstverständlich sind und dass die Zahl der Wählerinnen und Wähler, die einen ohne weiteres unterstützen – egal was man anstellt – immer geringer wird, die Zahl der Wählerinnen und Wähler aber, die jedes mal neu für die eigene Politik gewonnen werden müssen, größer wird. Das ist keineswegs ein beklagenswerter Zustand, sondern hat auch mit wachsender

Informiertheit und mit der Demokratisierung in unserer Gesellschaft zu tun. Auch die bei allen Parteien festzustellende Zahl sinkender Parteimitgliedschaften gehört in den großen Trend. Aber auch dieser Trend muss noch nicht wirklich ängstigen.

Immer mehr wird das Handeln der Parteien von den Anforderungen der Mediendemokratie bestimmt. Das hat Folgen für Geschlossenheit, das hat Folgen für die mediengerechte überraschende Präsentation von Entscheidungen. Die SPD ist in dieser Hinsicht noch nicht einmal erfolglos. Schon Willy Brandt führte moderne mediengerechte Wahlkämpfe. Ebenso ist der Schröder-Wahlkampf '98 dafür auch ein Beispiel. Trotzdem: Die SPD darf in der Mediendemokratie ihre innerparteiliche Demokratie und die Mitwirkungsmöglichkeiten der Mitglieder nicht vernachlässigen. Eine Partei mit 750.000 Mitgliedern darf nicht nach den Kriterien einer Werbeagentur geführt werden, denn Mitglieder haben das Bedürfnis, mit zu reden und mit zu entscheiden. Das geht aber nicht, wenn sie aus Presse, Funk und Fernsehen bzw. per Brief erfahren, was sie als nächstes zu tun haben. Deshalb muss man sich Gedanken machen über die Beteiligungsmöglichkeiten von Parteimitgliedern.

Klassische Formen wie die Ortsvereine, die Parteitage der Unterbezirke, Bezirke und der Landesparteien, der Bundesparteitag können die intensiven Beteiligungsbedürfnisse nur unbefriedigend abdecken. Ganz oft stehen sie auch viel zu sehr im Blickpunkt der Öffentlichkeit, um eine faire und ausführliche Debatte zu ermöglichen. Außerdem: Bis in die 70er Jahre war es noch so, dass viele Informationen auf Parteiveranstaltungen vermittelt wurden. Aber als Konkurrenz zu Fernsehen, Radio und Printmedien sind die Parteien inzwischen nur noch begrenzt geeignet. Wie bei vielen Internetangeboten, stellt sich auch für Parteiveranstaltungen die Frage nach dem »Mehrwert« für die Teilnehmer.

Die SPD muss deshalb neue und für jedermann zugängliche Foren für Diskussion und

Meinungsbildung bieten. Die SPD muss die Mitglieder und die Öffentlichkeit an den Diskussionen beteiligen. Das kommt nicht von ungefähr. Es ist daher erforderlich, öffentlich wahrnehmbare Diskussionsprozesse zu organisieren, an denen sich Mitglieder und interessierte Nichtmitglieder beteiligen können. Der bloße Beschluss, auch Nichtmitglieder an Versammlungen zu beteiligen, genügt nicht. Niemand erfährt von den Versammlungen. Und nicht jeder ist an einer Ortsvereinsversammlung interessiert.

Das Konzept der Netzwerkpartei greift diese Erkenntnis auf und entwickelt neue Wege der politischen Kommunikation. Wegen der neuen Möglichkeiten interaktiver Kommunikation und tendenziell flächendeckender Verbreitung wird das Internet dabei eine große Rolle spielen. Viele Menschen werden sich über Parteien, über das, was sie denken, in Zukunft über das Internet informieren oder an deren Diskussionsforen im Internet teilnehmen. Natürlich ist es richtig, dass die SPD bei diesem wachsenden Medium von Anfang an dabei sein sollte.

Ein weiterer neuer Weg, politische Kommunikation zu initiieren, können Themeninitiativen sein, die sich an Mitglieder und Nichtmitglieder richten. Als Initiativen sind diese neuen Orte der Diskussion und der Beteiligung nicht auf Vorstände, Wahlen und Delegierte angewiesen. Sie können daher von den daraus sich ergebenden Erfordernissen auch nicht erschlagen werden. Diskussionen werden nicht bestimmt von den Erfordernissen innerparteilicher Mehrheitsbildungsprozesse. Weil thematisch ausgerichtete Initiativen auch keine Beschlüsse fassen müssen, sind die Diskussionen freier zu führen, als wenn mit jeder Meinungsäußerung die Frage nach der Regierungsfähigkeit in der Kommune, im Land oder im Bund angesprochen ist.

Die Themeninitiativen müssen öffentlich und innerparteilich bekannt gemacht werden. Jeder und jede Interessierte sollte sich melden und mitmachen können. Des-

halb muss eine Themeninitiative – und es können nur wenige sein – durch starke Öffentlichkeitsarbeit begleitet werden. Personen, die für eine Mitarbeit infrage kommen und alle die sich melden oder an einer Veranstaltung teilgenommen haben, sind immer wieder zu den Veranstaltungen der Themeninitiative einzuladen.

Die Hamburger SPD, der ich vorstehe, hat drei Themeninitiativen gestartet – zu den Themen »Kinder und Familie«, »Arbeitswelten« und »Gerechtigkeit«. Für jede der drei Themeninitiativen soll die Werbeagentur der Landesorganisation ein Konzept entwickeln. Ziel sind zwei bis drei Veranstaltungen jeder Themeninitiative im Jahr, zu denen der stets wachsende Kreis der Interessierten eingeladen, mit dem Werbekonzept geworben und Öffentlichkeitsarbeit gemacht wird. Ziel ist nicht jedes Mal ein Kongress. Das ließe sich schon organisatorisch nicht bewältigen. Bedeutende Referenten und eine anschließende Diskussion genügen auch. Wichtig ist, dass über mehrere Jahre hinweg die Themeninitiative Interessierte einlädt und öffentlich wahrgenommen wird. Zur Vorbereitung sind in einem »Brainstorming – Arbeitsgruppen« des Hamburger Landesvorstandes mögliche Veranstaltungsthemen und ReferentInnen ausgewählt worden. Im Jahre 2001 soll für die genannten Themen der Startschuss fallen.

Durch die Themeninitiativen werden die vielen anderen Sektoren der SPD nicht überflüssig, die Ortsvereine, die Parteitage, die Arbeitsgemeinschaften. Aber sie werden ergänzt. Sorgen, dass solche neuen Formen der Parteiarbeit an die Stelle der traditionellen treten, sind unberechtigt. Gerade die Ortsvereine werden auch in Zukunft eine wichtige Rolle in einer moderneren Partei spielen. Denn wo sonst als gerade an dieser Stelle in unserer Gesellschaft kommen Menschen mit ganz unterschiedlichen beruflichen, wirtschaftlichen und bildungsmäßigen Hintergründen an einem Ort noch zusammen?

## Das Thema: Das Mediennetz der Rechtsextremen

JOACHIM RIECKER

### Pausenfüller zwischen Kampfhunden und BSE?

Rechte Gewalt im Fernsehen

Am Donnerstag, 27. Juli 2000, 15.05 Uhr explodierte am S-Bahnhof Düsseldorf-Wehrhahn eine Bombe. Ihre Druckwelle erfasste die ganze Bundesrepublik. Denn es gab nun für Monate ein beherrschendes Thema im Land: die rechtsradikale Gefahr.

Zehn Menschen wurden an dem Sommernachmittag zum Teil schwer verletzt. Besonders hart traf es eine 26jährige Frau, die durch herumfliegende Splitter ein Bein verlor und deren ungeborenes Baby im Mutterleib getötet wurde. Sie und die übrigen Opfer waren allesamt jüdische Emigranten aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, die eine nahe gelegene Sprachschule besuchten. Um 15 Uhr hatten dort die Kurse geendet.

Bis heute – Ende Februar 2001 – ist das Verbrechen nicht aufgeklärt. Eine private Rache oder die Russenmafia, die Tat eines Verrückten oder eben doch von Neonazis: Alles scheint der Polizei auch mehr als ein halbes Jahr nach der Explosion am S-Bahnhof möglich zu sein. Doch aus Gründen, die auch mit mehrmonatigem Abstand nicht ganz nachzuvollziehen sind, wurde das Attentat von Düsseldorf zum Fanal für den Kampf gegen Rechts.

Hatte es nicht in den Jahren zuvor noch schrecklichere Verbrechen gegeben, bei denen die Täter sicher oder vermutlich aus der Neonazi-Szene stammten: Mölln 1992, Solingen 1993, Lübeck 1996. Oder die tödliche Hetzjagd auf einen Algerier in Guben 1999 und der Mord an einem Mozambikaner in Dessau im Sommer 2000? Nach Angaben des Verfassungsschutzes starben 28 Menschen zwischen 1991 und dem Sommer 1999

durch rechtsextremistische Gewalt. Doch keine dieser Taten löste ähnliche Reaktionen aus wie die Bombe von Düsseldorf.

Den Anfang machte erstaunlicherweise Bayerns Innenminister Günther Beckstein, der eine knappe Woche nach der Explosion ein Verbot der rechtsradikalen NPD forderte – einer Partei, die vor allem durch martialische Aufzüge von sich reden macht und bei Wahlen regelmäßig desaströse Ergebnisse einfährt. Dass von ihr irgendeine Verbindung zu dem Attentat von Düsseldorf führt, hat schon der Hardliner Beckstein nicht behauptet, und so erntete er für seinen Vorschlag zunächst nur Ablehnung oder ratloses Schweigen.

Doch schließlich befand die Bundesregierung in Person ihres Sprechers Uwe-Karsten Heye, dass man die Idee ja einmal unverbindlich prüfen könne. Daraus entwickelte sich bald eine Dynamik, die am Ende zu dem in der bundesdeutschen Geschichte einzigartigen gemeinsamen Verbotsantrag von Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat beim Bundesverfassungsgericht führte. Die Masse soll es in diesem Fall offenbar tatsächlich machen. Politiker wie Renate Künast, die den Beckstein-Vorschlag zunächst noch als »absoluten Quatsch« bezeichnet hatte, entschlossen sich, nun doch besser zu schweigen. Und auch die Bundesjustizministerin, die in abgewogeneren Worten ebenfalls beträchtliche Zweifel an den Erfolgsaussichten und der Sinnhaftigkeit eines solchen Verbotsantrags geäußert hatte, schwenkte um.

Doch nicht nur die Politik, auch die Medien gingen nun in die Offensive gegen Rechts: Über ausländerfeindliche Vorfälle wurde nun plötzlich fast täglich und in großer Aufmerksamkeit berichtet – der Rechtsextremismus war unvermutet zum Mega-Thema mutiert. Einige Regionalzeitungen hatten allerdings

auch einen gewissen Nachholbedarf, war doch manchen von ihnen, speziell im Osten des Landes, die Haltung nicht immer ganz fremd gewesen, über rechtsradikale Gewalt im eigenen Verbreitungsgebiet nicht zu ausführlich zu berichten, da sich die Leser dann persönlich angegriffen fühlen könnten. Dieser publizistische Grundsatz ließ sich im Herbst 2000 allerdings kaum noch durchhalten, war das Thema doch omnipräsent. Die Erwähnung von rechtsradikalen Vorfällen nur in der Meldungsspalte hätte da doch rasch als Verletzung der Chronistenpflicht interpretiert werden können.

### **Prominentenbesuche und der »Aufstand der Anständigen«**

Am 3. Oktober, dem zehnten Jahrestag der Wiedervereinigung, schockierte erneut eine Nachricht aus Düsseldorf die mittlerweile hinreichend sensibilisierte Öffentlichkeit. Unbekannte hatten in der Nacht zuvor einen Brandsatz gegen die dortige Synagoge geworfen; eine beherzte junge Frau hatte ihn kurzerhand ausgetreten, bevor er größeren Schaden anrichten konnte. Harsch war die Kritik an Bundespräsident Johannes Rau und Sachsens Ministerpräsident Kurt Biedenkopf, dass sie bei der Dresdner Einheits-Feier in der Semperoper den Anschlag nicht öffentlich verdammt. Dafür jedoch eilte Bundeskanzler Gerhard Schröder am nächsten Tag zum Tatort und proklamierte dort einen »Aufstand der Anständigen« gegen die offenbar überall grassierende rechtsradikale Gewalt.

Zwei Monate später stellte sich allerdings heraus, dass die Tat von einem 19-jährigen staatenlosen Jordanier und einem 20-jährigen Marokkaner verübt worden war, die damit einen ganz anderen Aufstand unterstützen wollten: den der Palästinenser gegen Israel. Auch wenn die Polizei in der Wohnung eines der Täter ein Hitler-Bild und rechtsradikale Schriften fand, schien das Motiv der beiden gebürtigen Araber offenbar eindeutig im Bereich des Nahost-Konflikts zu liegen.

Doch die Empörung über den Anschlag auf die Synagoge von Düsseldorf war nichts gegen die Nachricht, die am 23. November 2000 die Republik erschütterte: »Neonazis ertränken Kind – und eine ganze Stadt hat es totgeschwiegen«, meldete die BILD-ZEITUNG auf ihrer ersten Seite in großen Lettern. Im sächsischen Sebnitz, so die darunter stehende Nachricht, hätten im Sommer 1997 Skinheads den siebenjährigen Joseph Kattelberg-Abdullah vor den Augen aller Badegäste in einem Freibad ertränkt, weil sein Vater aus dem Irak stammte. Zahllose Medien im In- und Ausland verbreiteten die Nachricht, und nur die wenigsten stützten sich dabei auf eigene Recherchen. Den Ostdeutschen, so der stets mitschwingende Unterton, ist offenbar alles zuzutrauen. Sogar, dass vor ihren Augen kleine Ausländer-Kinder ermordet werden und sie dabei im Freibad ungerührt ihr Eis schlecken.

Tagelang stand der unerhörte Verdacht im Raum. Drei verdächtige Jugendliche saßen wegen Mordverdachts in Untersuchungshaft, und Bundeskanzler Gerhard Schröder empfing Josephs Mutter, die in akribischer Arbeit die angeblichen Beweise in Form von eidesstattlichen Versicherungen zusammengetragen hatte. Ganz wohl in seiner Haut war Schröder bei dem Empfang allerdings offenbar schon nicht mehr, denn der Termin wurde kurzfristig vom Kanzleramt in das Willy-Brandt-Haus verlegt und auch Kameras waren entgegen sonstiger Gepflogenheiten nicht zugelassen.

Zwei Tage später stellte sich schließlich heraus, dass Renate Kattelberg-Abdullahs Anschuldigungen unzutreffend waren. Ein medizinisches Gutachten kam schließlich zu dem Ergebnis, dass der kleine Joseph im Sommer 1997 an einem Herzversagen gestorben war und es mit hoher Wahrscheinlichkeit auszuschließen ist, dass sein Tod auf Gewaltanwendung zurückzuführen ist.

Als Bundespräsident Johannes Rau kurz vor Weihnachten Sebnitz besuchte, um der



Naziparolen in Bayreuth. Demonstration am Todestag von Hitlers Stellvertreter, Rudolf Hess.

10.000-Einwohner-Stadt an der tschechischen Grenze seine Solidarität zu zeigen, empfing er neben den drei zu Unrecht verdächtigten Jugendlichen auch die Familie Kantelberg und sagte, dass ihn der Schmerz der Eltern über den Verlust ihres Kindes tief bewege. Eine menschliche, eine verständliche Reaktion des Staatsoberhauptes. Doch was ist mit anderen Eltern, die ebenfalls damit fertig werden müssen, dass ihr Kind tot ist, die sich aber dennoch nicht in einen Verfolgungswahn gegenüber ihrer ganzen Umgebung hineinsteigern? Hätten sie nicht auch Anspruch darauf, dass die höchsten Repräsentanten des Staates ihre Trauer teilen?

Drängte sich schon vor Sebnitz der Eindruck auf, dass die öffentliche Aufregung über den Rechtsextremismus nur in Ausnahmefällen zu einem vertieften Nachdenken über dessen Ursachen und Symptome führte, so schien sich die Diskussion nun für manche endgültig als Medien-Hysterie zu entpuppen. Schlimmer noch: Sebnitz wurde vor allem für viele Ostdeutsche der Beweis dafür, dass die rechtsradikale Gefahr in den

neuen Ländern vor allem eine Erfindung missgünstiger Westdeutscher ist.

War nun alles nur Hysterie? Nur ein neues »Aufreger-Thema«, eine Art medialer Pausenfüller zwischen Kampfhunden und BSE? Niemand kann dies ernsthaft behaupten: Auch wenn das Bombenattentat in Düsseldorf unaufgeklärt ist, der Brandanschlag auf die dortige Synagoge wegen des Nahost-Konflikts verübt wurde, und sich der angebliche Mord von Sebnitz als Hirngespinnst entpuppte, gibt es zur Entwarnung keinen Anlass. Gerade die alltägliche, oft unspektakuläre rechte Gewalt ist auf Deutschlands Straßen noch immer eine reale Gefahr, in den neuen Bundesländern mehr als in der alten Bundesrepublik, aber dort ebenfalls.

Es gibt Stadtteile in Deutschland, in denen sich eine rechtsradikale Subkultur fest etabliert hat und man als dunkelhäutiger Mensch nachts besser zu Hause bleibt, schlimmer noch: wo die Parolen oder Gewalttaten der Neonazis auf die nicht nur klammerheimliche Freude mancher Normalbürger treffen.

Doch die große öffentliche Aufmerksamkeit, die die Neonazis in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres fanden, scheint gelegentlich auch kontraproduktiv zu wirken. Fühlt sich nicht mancher pubertierende Rechtsradikale erst durch die große Resonanz aufgewertet, die sein wirres Treiben auslöst? Gibt es ihm nicht doch eine gewisse Befriedigung, dass seine aggressiven Tabubrüche solchen Widerhall finden?

Die angemessenste Reaktion auf die Neonazis bestünde wohl in einer Mischung aus Gelassenheit dem Gesamtphänomen gegenüber und Härte im konkreten Fall. Doch sie ist schwer zu finden in einem Land, in dessen Unterbewusstsein noch immer die tiefe Wunde des Nationalsozialismus klafft. Es scheint den Deutschen wegen ihrer Vergangenheit noch immer unendlich schwer zu fallen, zwischen Überreaktion einerseits und Verdrängung andererseits den richtigen Mittelweg zu finden. Und ob führende Politiker, denen aus verständlichen Gründen auch ihre kurzfristige Wirkung in den Medien wichtig ist, dabei immer die richtigen Signale aussenden, erscheint nach dem vergangenen Herbst als zumindest zweifelhaft.

---

THOMAS PFEIFFER

### **»Die Lügen der Systempresse zurückdrängen«**

Zum Medienkonzept der  
**»Nationalen Gegenöffentlichkeit«**

Deutsche Rechtsextremisten haben einen Begriff ausgegraben. Einen, dem sich schon die Bewegung von '68 verschrieben hatte und ihn irgendwann auf dem Marsch durch die Institutionen zu den Akten legte: die »Gegenöffentlichkeit«. Unter seiner Ägide blühte in den 70er Jahren die Alternativpresse, sprossen linke Videoprojekte und »freie Radios« aus dem Boden. Das war einmal. Wenn heute Rechtsextremisten die »nationale Gegenöffentlichkeit« beschwören, dann

meinen sie ihr eigenes Mediennetz, das vom Flugblatt bis zur Homepage reicht, die Szene mit Informationen versorgt und sie so von demokratischen Massenmedien – der verhassten »Systempresse« – unabhängig machen soll.

Einem Leserbriefschreiber des NPD-Organs DEUTSCHE STIMME (DS) steht sogar die BILD-Zeitung von rechts außen vor Augen: Ein Massenblatt brauche die Partei, meint er, eines, das nicht ausschließlich die eigenen Mitglieder und Sympathisanten bediene, sondern eine breite Öffentlichkeit erreiche. Nur so sei man in der Lage, »der Bevölkerung langfristig ein authentisches Bild der nationalen Opposition zu vermitteln und die Lügen und Halbwahrheiten der Systempresse zurückzudrängen«.

So weit ist es längst nicht, auch wenn die DEUTSCHE STIMME mit einer monatlichen Auflage von rund 10.000 Exemplaren plus bis zu 80.000 des zeitweise erscheinenden DS EXTRA zu den Marktführern im rechtsextremistischen Blätterwald zählt. Inzwischen arbeitet die Zeitung, die auch an manchen Kiosken zu haben ist, kostendeckend und hat damit vielen Konkurrenzprodukten etwas voraus. Häufig tragen sich die rechten Blätter nur durch angegliederte Versandhandlungen, die das Minus ausgleichen. Wie die NPD hat sich die DEUTSCHE STIMME gewandelt. Seitdem die Partei Skinheads und Funktionäre verbotener neonazistischer Kadergruppen systematisch einbindet, hat sich das Parteiblatt neuen Themen geöffnet: Mit Plattenkritiken und Konzertberichten will es für Leser unter 30 attraktiv werden. Skinhead-Rock steht in der Zeitung hoch im Kurs, aber auch rechte Ableger des düsteren Gothic-Kults finden Anklang. So versucht die DEUTSCHE STIMME denselben schwierigen Spagat, an dem sich auch die Partei übt: Junge gewinnen und Alte nicht vergrätzen.

Andere rechte Publikationen haben ihre Zielgruppe genauer definiert. So fischt die Berliner Wochenzeitung JUNGE FREIHEIT (JF) seit Jahren am Zusammenfluss von Rechts-



**Springerstiefel sind nicht die ganze Wirklichkeit der Rechtsextremen.**

extremismus und Wertkonservatismus nach akademisch gebildeten Rezipienten in der ersten Lebenshälfte. Sie ist das Flaggschiff einer Neuen Rechten, die sich bedächtiger im Ton gibt und das Image der Ewiggestrigen loswerden will. Wiederum brachte ein Leserbriefschreiber den gewünschten Platz des Blattes auf den Punkt: Die Zeitung sei ein Ansatz, »um die gewaltige Marktlücke zwischen BAYERNKURIER/RHEINISCHER MERKUR einerseits und Frey-Presse andererseits zu füllen«. Von den Auflagen der NATIONAL-ZEITUNG von DVU-Chef Gerhard Frey, die Mitte der 60er Jahre zu den größten deutschen Wochenzeitungen zählte und heute nach einer Schätzung des Bundesamtes für Verfassungsschutz noch knapp 50.000 Exemplare absetzen kann, trennen die JF allerdings Welten. Der Verfassungsschutz NRW beziffert deren Auflage auf rund 10.000. Daher steckt die Zeitung in der finanziellen Dauermisere.

Wirtschaftlich wohl auf und traditionsreich ist das Coburger Monatsblatt NATION & EUROPA (NE) – 1951 gegründet und damit eine der ältesten rechtsextremistischen Zeit-

schriften –, das eine Leser-Blatt-Bindung verwirklicht hat, von der viele demokratische Hefte nur träumen können. NE-Leser sind mitunter in der dritten Generation bei der Stange, in ihren Kellern stapeln sich fein säuberlich gesammelte Jahrgangsbände der Zeitschrift, den langjährigen Herausgeber Peter Dehoust kennen viele persönlich. Ziel des Blattes, für das der 1994 geschasste REP-Vorsitzende Franz Schönhuber als Starautor schreibt, ist die Einheit der Rechten im Allgemeinen und der deutschen Rechten im Besonderen. Fast die gesamte Redaktion war 1991 federführend an der Gründung der Sammlungspartei deutsche LIGA FÜR VOLK UND HEIMAT beteiligt, die inzwischen gescheitert ist.

Insgesamt buhlten 1999 laut Bundesamt für Verfassungsschutz 116 rechtsextremistische Periodika um Leser. Die Zahl der Blätter hat sich in den vergangenen Jahren kontinuierlich erhöht. Ihre Jahresgesamtauflage schwankt auf hohem Niveau und lag 1999 bei 6,5 Millionen Exemplaren. Die rechten Publikationen konkurrieren um Prestige, Einfluss

und Rezipienten, daher haben sie individuelle Profile entwickelt: Mal geben sie sich bieder wie die JF, mal martialisch und provokant wie die rund 50 Periodika der Skinhead-Szene. Als professionellstes Magazin für diese Zielgruppe gilt die Zeitschrift »RockNORD«, die Rechtsaußen-Yuppie Torsten Lemmer im rheinischen Langenfeld verlegt.

#### 44 Kleinverlage bedienen die rechte Klientel

Häufig erscheinen rechtsextremistische Zeitungen und Zeitschriften in Verlagen, die auch Bücher produzieren und vertreiben. Hausverlag der NPD ist der DEUTSCHE STIMME-Verlag im sächsischen Riesa. Leiter ist Holger Apfel, zugleich stellvertretender Bundesvorsitzender der Partei und ehemals Chef der Nachwuchsorganisation JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN). Unter seiner Regie hat der DS-Verlag jetzt ein umfangreiches Sortiment vorzuweisen, darunter Bücher des letzten Goebbels-Adjutanten Wilfred von Oven (*Mit ruhig festem Schritt – Aus der Geschichte der SA*) sowie der Holocaustleugner David Irving (*Göring*) und Udo Walendy (*Wahrheit für Deutschland*). Darüber hinaus vertreibt das Unternehmen CDs, die den Skinhead- und Neonazi-Geschmack treffen wie die Alben der englischen Nazi-Skin-Band *Skrewdriver*, die in Szenekreisen als legendär gilt.

Neben solchen Partei-Unternehmen bedienen 44 organisationsunabhängige Verlage und Vertriebe die rechte Klientel. Einer der größten und auf geschichtsklitternde Literatur spezialisiert ist der Tübinger GRABERT-Verlag, der neben einer breiten Buchpalette die Zeitschrift DEUTSCHLAND IN GESCHICHTE UND GEGENWART herausgibt. Für Aufsehen hat der GRABERT-Verlag jüngst gesorgt, weil er eine ganzseitige Anzeige im Programmheft des 43. Deutschen Historikertages unterbringen konnte, der im September vergangenen Jahres in Aachen stattgefunden hat. Der Historikerverband sprach von einer »Panne« und distanzierte sich von dem Inserat. Autoren, die nicht auf den ersten Blick

mit dem Namen Grabert identifiziert werden möchten, versammelt das Tübinger Haus im Tochterunternehmen HOHENRAIN-Verlag. Dort hat etwa der ehemalige Berliner Innenminister Heinrich Lummer sein Buch *Deutschland soll deutsch bleiben* veröffentlicht.

Nahezu alles, was rechts ist, präsentiert sich inzwischen im Internet. In Computerdingen gehörte die NPD stets zu den Vorreitern der deutschen Szene. Sie experimentierte in den frühen 90er Jahren bereits mit eigenen Seiten im BITX-System der Bundespost, als in Deutschland noch kaum jemand an Internet dachte. 1993 waren Aktivisten der JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN federführend am Neonazi-Mailbox-Verbund »Thule-Netz« beteiligt, der sich zwar inzwischen aufgelöst, dem deutschen Rechtsextremismus aber den Weg auf den Daten-Highway gewiesen hat. Im März 1996 speiste die hiesige Szene ihre erste Seite ins World Wide Web ein (*Der Aufbruch*): Sie stammte wiederum aus der NPD, nämlich vom Kreisverband Augsburg. In dieser Zeit propagierte der frisch gewählte neue Bundesvorsitzende Udo Voigt die »elektronische Vernetzung der europäischen Nationalisten« und die Partei trommelte ihre jüngere Klientel zu Computer-Seminaren zusammen, die sie großspurig »Nationale Internet-Kongresse« nannte. Auch in technischer Hinsicht marschierte die NPD voran: Im Februar 1997 erhielt sie eine eigene Domain, seit April des Jahres tritt sie als Provider auf und macht sich somit von externen Unternehmen unabhängig. Beide Schritte haben Nachahmer in der Szene gefunden. Viele Untergliederungen der Partei sind inzwischen allerdings auf Internet-Dienstleister im Ausland umgestiegen, um dem möglichen NPD-Verbot vorzubeugen.

#### Ein publizistisches Kapillarsystem

Die Zahl der Internet-Seiten deutscher Rechtsextremisten steigt seit fünf Jahren rasant. Bis Mitte vergangenen Jahres war sie laut Verfassungsschutz auf 530 Homepages geklettert, die alle Flügel dieses Lagers wider-

spiegeln. So präsentieren sich Skinhead-Gruppen in digitalen Welten, der Neonazi-Barde Frank Rennicke und krude Runen-Zirkel ebenso wie der intellektuell ummante Nationalist Alfred Mechtersheimer. Strafbare Inhalte finden sich häufig auf anonym und über ausländische Provider eingespeisten Seiten wie der Domain des Thule-Netzes, deren Betreiber unter dem Pseudonym »Garfield« auftritt. Der weltweite Computerverbund ist somit auch zum Schaufenster des deutschen Rechtsextremismus geworden. Besonderen Reiz vor allem für die rechte Jugend haben Homepages, die MP3-Dateien kostenlos anbieten. Das sind Datenbündel, in denen ganze Musik-CDs so eng verpackt sind, dass sie problemlos auf den eigenen Computer kopiert werden können. Auf Seiten wie der Homepage »White Power MP3« stehen Hunderte solcher CD-Dateien zur Verfügung. Meist sind dies Alben, die in Deutschland verboten sind, etwa die aggressiv-rassistischen Songs der »Zillertaler Türkenjäger«.

Andere Szene-Medien hat das Internet nicht überflüssig gemacht. Schließlich sind bislang nicht einmal alle Kreisbüros der NPD online. Schon jetzt marschiert aber keine NPD- oder Neonazi-Demonstration durch deutsche Straßen, ohne dass die Partei zuvor auch per Internet mobilisiert hätte. Von laufenden Veranstaltungen speist sie mitunter im Halbstundentakt aktuelle Bilder ein – für »Systempresse« und Daheimgebliebene. Verbote von Kundgebungen gibt das »Amt für Öffentlichkeitsarbeit« der NPD kurzfristig im Internet bekannt. Auch der Homepage des »Nationalen Aktionsbündnisses Norddeutschland« um den Hamburger Neonazi Christian Worch sind ständig aktuelle Veranstaltungshinweise zu entnehmen. Worch organisiert die so genannten FREIEN KAMERADSCHAFTEN, locker strukturierte, dezentrale, aber überregional eng vernetzte Neonazi-Zusammenschlüsse, die sich zum aktivsten Teil des deutschen Rechtsextremismus aufgeschwungen haben.

Aber auch Aktivisten, die nicht online sind, sollen auf dem Laufenden bleiben. Aktuelle Nachrichten und Service für die Szene verbreiten 16 »Nationale Infotelefone« (NIT): Anrufbeantworter, deren Ansagetexte unter anderem auf geplante Aktionen hinweisen. Sie sind vernetzt und verfügen somit über einen gemeinsamen Nachrichtenbestand. Die Infotelefone geben noch in der Nacht vor Demonstrationen den aktuellen Sach- und Planungsstand weiter, die engen informellen Kontakte unter Rechtsextremisten ersetzen allerdings auch sie nicht. Mitunter machen die NIT nur vage Angaben und weisen darauf hin, Details teilten »die bekannten Führungskameraden« mit. Insider wissen, an wen sie sich in solchen Fällen zu wenden haben.

So unterschiedlich die rechten Medien sind, so deutlich sind ihre Gemeinsamkeiten. Die Publizistik des deutschen Rechtsextremismus ist das Kapillarsystem, über das einende Kampagnenthemen – in zielgruppenspezifischer Aufbereitung – in die Verästelungen der Szene gelangen. Geht es beispielsweise gegen die Ausstellung zu den Verbrechen der Wehrmacht, so ziehen rechte Blätter und Homepages an einem Strang. Auch auf die Behauptung, in Deutschland lebten zu viele Ausländer und die drastische Warnung vor weiterem Zuzug (»Überfremdung«) können sich alle verständigen. Bei der Wehklage, rechtsgerichtete Positionen würden in Deutschland mit unlauteren oder gar diktatorischen Mitteln zu Gunsten der *political correctness* unterdrückt, gibt es keinen Dissens. Dem Nationalsozialismus sind nicht alle Publikationen gewogen, zumindest aber ein apologetisches Bild taucht quer durch den rechten Medienwald auf: Das Spektrum reicht von der plumpen Holocaust-Leugnung auf Internet-Homepages wie der »Zündelsite« bis hin zu subtilen sprachlichen Relativierungsstrategien der JUNGEN FREIHEIT. Ein völkischer deutscher Nationalismus ist die Basis aller Publikationen. Als Nation gilt demnach die Gemeinschaft der ethnisch

Deutschen. Deutschland taucht als ein Mythos auf, der über konkret fassbare staatliche und geographische Einheiten hinaus reicht.

Auf diese Weise tragen Publikationen, die sich spinnefeind geben, gemeinsam zur rechten Vernetzung bei. Ganz einig waren sich die Blätter beispielsweise, als es vor gut vier Jahren galt, den Realnamen des linksorientierten Journalisten zu enttarnen, der unter dem Pseudonym Anton Maegerle seit langem kenntnisreich über die rechte Szene berichtet: Ausgelöst durch die Alfred-Mechtersheimer-Connection, fand das hasserfüllte Outing in Zeitungen mit rechtsintellektuellem Anspruch ebenso statt wie in kruden Neonazi-Heften.

Auch personelle Beziehungen rechtsextremistischer Medien sind deutlich: Wenn Publikationen in Strömungen eingebunden sind, die sich verbal voneinander abgrenzen, können sich ihre Autorenschaften gleichwohl überschneiden. Ein eindrucksvolles Beispiel gibt der Münchner Publizist Rolf-Josef Eibicht ab. Der ehemalige NPD-, REP- und DVU-Mann greift für neurechte Organe zu Feder und Computer, aber auch für neonazistische und holocaustleugnende Schriften. Seine Texte erscheinen auf den Internet-Homepages der neurechten »Deutschland-Bewegung« ebenso wie auf der des aggressiv antisemitischen »Störtebeker-Netzes«. In seinen Sammelbänden hat Eibicht vielfach Vertreter unterschiedlicher Flügel der deutschen Rechten vereint: von Heinrich Lummer, dem *Law-and-Order*-Mann der Union, bis zum Rassisten Jürgen Rieger.

WILLIAM TOTOK

## Das Internet als virtuelle Internationale

Am Anfang war ein Text. Unter dem Titel »Schafft befreite Zonen!«, veröffentlichte 1993 der für das fränkische Regionalorgan der Jungen Nationaldemokraten und des Nationaldemokratischen Hochschulbundes (NHB) DIE SAUFEDER presserechtlich verantwortliche Thomas Hetzer (alias Alfred Tetzlaff) ein programmatisches Dokument, in dem erstmals auf die Bedeutung der elektronischen Vernetzung hingewiesen wurde. Bereits 1992 hatte der Informatik-Student Hetzer ein Mailbox-System aufgebaut, aus dem ein Jahr später das Thule-Netz hervorging. Die inhaltliche Überschneidung mit dem von Pierre Krebs gegründeten neokonservativen und rechtsradikalen Thule-Seminar war augenscheinlich. In der ersten Hälfte der 90er Jahre entwickelte sich das Thule-Netz zum wichtigsten ultrarechten deutschen Netzwerk, das die informellen, kommunikativen und propagandistischen Möglichkeiten des damals noch in den Kinderschuhen steckenden weltumspannenden Internets vollauf nutzte.

### Die Internetseite des rechtsradikalen Thule-Netzwerks

Hetzer, dem die Prägung des Begriffs »befreite Zonen« zugeschrieben wird, erweist sich in seinem theoretischen Aufsatz als wenig originell. Im Grunde beinhaltet sein Text eine pathetische Verschmelzung rechtsradikaler Parolen und Auffassungen, die aus dem Arsenal der Neuen Rechten, der Neonazis und verschiedener europäischer Faschisten und Postfaschisten stammen.

Das Thule-Netz selber sollte zu einer organisatorischen Plattform der zersplitterten rechten Szene ausgebaut werden und alle sogenannten nationalrevolutionären Kräfte zusammenführen. Im letzten Jahrzehnt ist es tatsächlich zu einem effizienten virtuellen Tummelplatz rechtsradikaler Aktivisten

### Was ist Ihr größter Wunsch?

Betroffene von Krieg,  
Naturkatastrophen und  
anderen Krisen wollen  
nur überleben.

Wir helfen den Notleidenden  
unabhängig von Rasse,  
Religion und politischer  
Zugehörigkeit.



Caritas  
international  
*Für Menschen in Not*  
[www.caritas-international.de](http://www.caritas-international.de)

Diakonie  
Katastrophenhilfe

[www.diakonie-katastrophenhilfe.de](http://www.diakonie-katastrophenhilfe.de)

geworden. Die Kommunikationsstränge wurden ausgebaut und die systematische Vernetzung durch Links (Querverweise auf andere Internetseiten) hat zur Schaffung einer virtuellen rechtsradikalen Internationale beigetragen.

Das hatte Hetzer zuvor auch in seinem Artikel angestrebt, in dem er von der Notwendigkeit der Etablierung einer Gegenmacht innerhalb von »befreiten Zonen« schrieb.

### **Cyberspace-Legionäre auf dem Vormarsch**

Im Frühjahr 1990 besetzten Bukarester Studenten den Universitätsplatz und bezeichneten das Areal als eine »vom Neokommunismus befreite Zone«. Die von einem charismatischen Studentenführer organisierte Marathonkundgebung wurde im Juni von Bergarbeitern niedergeknüppelt. Die Bilder dieser Prügelorgie gingen damals um die Welt. Kurz danach gründete der Anführer der Demonstranten eine rechtsradikale Partei, die sich auf die Tradition der in der Zwischenkriegszeit aktiven antisemitischen Faschistenpartei »Legion des Erzengels Michael« stützte.

Ob Hetzer den Begriff »befreite Zone« von seinen Bukarester Kommilitonen abgekupfert hat, sei dahingestellt. In seinem Strategiepapier beruft er sich jedenfalls ausdrücklich auf die 1927 von Corneliu Zelea Codreanu gegründete »Legion des Erzengels Michael« und die von ihr »aufgebaute enorme Gegenmacht« der rumänischen Nationalisten, in der er ein nachahmenswertes historisches Beispiel für eine »befreite Zone« erblickte.

Auf den Vorbildcharakter der rumänischen Faschisten wiesen in den 90er Jahren immer wieder verschiedene rechtsextreme europäische Gruppierungen hin. Das Organ der NPD DEUTSCHE STIMME schwärmte vom »unsterblichen Geist Codreanus« und von der »alle europäischen Erneuerungsbewegungen beeseelende Organisationsethik der Legionäre«.

### **Evola als Integrationsfigur**

Auf der Suche nach neuen Meisterdenkern entdeckten einschlägige Publikationen von Moskau bis Budapest, von London bis Warschau und von Wien bis Bukarest nicht nur Codreanu als neues Politidol aus der zweiten Reihe, sondern auch dessen Bewunderer, Julius Evola (1898-1974). Dieser war einer der Vordenker des italienischen Faschismus. Zum unaufhaltsamen Popularitätsanstieg des zum ideologischen Vorläufer hoch gejubelten italienischen Faschisten trug nicht zuletzt auch das Internet bei.

Die Webseite des österreichischen Evola-Jüngers Martin Schwarz enthält Hinweise auf ungarische, russische, spanische, mexikanische, polnische, italienische, argentinische, britische und jugoslawische Internetseiten, die sich alle dem postumen Gedankengut des Italieners verschrieben haben. Schwarz würdigte den Verfasser des Geleitwortes zur italienischen Ausgabe der antisemitischen Hetzschrift DIE PROTOKOLLE DER WEISEN ZIONS in Dutzenden von Aufsätzen, die nicht nur im Internet stehen, sondern auch in deutschen Publikationen, wie NATION & EUROPA, die offiziell als rechtsextrem eingestuft sind.

Der Geschichtspessimist Evola, der die Rassengesetze Mussolinis philosophisch unterfüttert hatte, plädierte in seinen Schriften für eine aristokratisch geprägte Ordnung. Das entspricht ganz dem Geschmack seiner heutigen Gefolgschaft, die ihn all zu gerne als einen im esoterisch-philosophischen Gewande daher kommenden harmlosen Guru darstellt.

Evola, der für die orthodox-fundamentalistische Doktrin der rumänischen Legionäre schwärmte und in Codreanu, dem Führer der gewaltbereiten, für zahlreiche Terroranschläge und Morde verantwortliche Faschistenorganisation »eine der reinsten, gerechtesten und edelsten Gestalten« zu erkennen glaubte, inspirierte sogar die groß-russischen Projekte der braunen Nationalbolschewisten um Alexander Dugin. In dem von ihm ent-

worfenen Modell eines »totalen Staates« schimmern die geopolitischen Vorstellungen Evolas durch. Der von einer Führerpersönlichkeit dominierte Staat, in dem die »Menschenrechte durch das Recht der Nation« ersetzt werden, sollte alle eurasischen Völker von Dublin bis Wladiwostok umfassen.

Ein ähnliches großwahnwitziges Projekt hat auch der ungarische Evola-Apologet László András entworfen. Er und sein »Schwert-Kreuz-Krone Bund« versprechen, die von der französischen und russischen Revolution hervorgerufenen »sozialen Anomalien« durch »die Errichtung einer traditionellen Herrschaft – in Ungarn, in Europa und in der ganzen Welt« zu korrigieren. Um der Kampfansage an den Kosmopolitismus und Internationalismus, die amerikanischen Freimaurer und den materialistischen Atheismus Nachdruck zu verleihen, beruft sich László auf den ungarischen Hitlerverbündeten, Ferenc Szálasi. Den an der Vernichtung der ungarischen Juden mitverantwortlichen, 1946 als Kriegsverbrecher hingerichteten Politiker bezeichnet er als den »letzten legitimen Vertreter des Ungarischen Staates« und »Retter der nationalen Ehre«.

### **Konkurrenten auf dem braunen Markt**

Selbstverständlich verfügt András László auch über eine eigene Homepage, auf der er seine Ansichten weltweit verbreitet. Querverweise auf seine Internetseite finden sich auf den Websites der internationalen Evola-Fangemeinde, die sich in fast allen europäischen Ländern zu einem intellektuell agierenden ultrarechten Sammelbecken entwickelt hat.

In Deutschland hat Evola einen besonderen Einfluss auf das von Pierre Krebs geleitete Thule-Seminar.

Auch die vom irischen Rechtsextremisten Derek Holland geführte Gruppe »The International Third Position« (ITP) fördert gezielt die Verbreitung der Schriften Evolas. Seit ungefähr zehn Jahren stellt die ITP auch

zahlreichen – vor allem osteuropäischen – rechtsextremistischen Gruppen ihre Internetseite zum Aufbau eigener Homepages zur Verfügung. Für die nach der Wende entstandene osteuropäische rechte Szene war das ITP-Angebot mehr als nur eine einfache logistische Unterstützung.

Die westliche extreme Rechte versprach sich nach dem Untergang des Kommunismus, das in Osteuropa entstandene Vakuum ideologisch auszufüllen und sozusagen als »befreite Zone« zu einem grenzüberschreitenden Propagandaraum umzufunktionieren. ITP strebte in diesem Kontext eine Führungsrolle an und provozierte dadurch innerhalb der uneinheitlichen Szene zusätzliche Meinungsverschiedenheiten und Eifersüchteleien. Letztendlich versuchten sich auch die JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN (JN) als einigende Führungskraft zu etablieren und die Aktivitäten der westeuropäischen und jungen osteuropäischen Gruppierungen zu koordinieren. Gerade wegen anhaltender Streitigkeiten und Unstimmigkeiten unter den zahlenmäßig schwachen rechtsradikalen Organisationen ist ein Zusammenschluss aller europäischen Rechten nicht in Sicht.

### **»Deutsche Stimme«**

Das gilt auch für etliche europäische rechtsextremistische Parteien, die den Sprung ins Parlament geschafft haben und deren Zusammenarbeit kaum über das Stadium bloßer Absichtserklärungen hinausgeht. In diesem Zusammenhang sei nur an den Flirt der DEUTSCHEN VOLKSUNION (DVU) mit den russischen Liberaldemokraten Wladimir Shirinowskis erinnert oder an die Verbindungen der neofaschistischen Partei »Groß-Rumänien« mit der französischen FRONT NATIONALE eines Jean-Marie Le Pen. Die österreichische FPÖ, die ungarische »Partei der Gerechtigkeit und des Lebens« eines István Csurka, die »Serbische Radikale Partei« des Vojeslav Seselj, der belgische VIAAMS BLOK oder die italienische NATIONALE ALIANZ eines Gianfranco Fini –



Das Internet wird als Plattform einer zersplitterten Szene genutzt.

um nur einige der im letzten Jahrzehnt bekanntesten, parlamentarisch »geadelten« europäischen Rechtsgruppierungen zu nennen – bevorzugen den nationalen Alleingang und hintertreiben dadurch die Forderungen zur Gründung einer europäischen Aktionsfront mit einer gemeinsamen politischen Plattform, einer losen organisatorischen Kommunikationsstruktur und aufeinander abgestimmten Informationslogistik.

#### **Erfolge durch elektronische Vernetzung**

Beachtliche Erfolge in ihrer Annäherungspolitik verzeichneten gerade die außerparlamentarischen Formationen, die europaweit verstreuten Debattierklubs, sektiererischen Kaderngemeinden und vor allem die in den sogenannten »Europäischen Synergien« zusammengeschlossenen ultrakonservativen Intellektuellen der »Neuen Rechten«. Alle benutzen das Internet als wirksames Propa-

ganda- und Kommunikationsinstrument. Eine vorbildliche Rolle spielt das deutsche Thule-Netz, über das inzwischen durch Querverbindungen (links) praktisch zahlreiche Organisationen – direkt oder indirekt – verknüpft und somit erreichbar sind.

Links führen den Internetsurfer auf die Seiten von Holocaustleugnern, Bombenbastlern, Revisionisten, rechten Esoterikern, Neonazis, Rassisten, antisemitischen Fundamental-Islamisten, Skinheads, fremdenfeindlichen Musikern, gewaltbereiten Fußballrowdys oder radikalen Gegnern der multikulturellen, demokratisch-liberalen westlichen Gesellschaft. Die Vernetzung ermöglicht nicht nur den Gedanken- und Informationsaustausch unter Gleichgesinnten, sondern erzeugt auch jene gefährliche Anziehungskraft für potenzielle Sympathisanten, die auf der Suche nach einer rechten politischen Heimat sind.

## Propagandaplakate der polnischen NOP

Die Rivalitäten bezüglich der angestrebten Meinungsführerschaft innerhalb der rechtsradikalen europäischen Szene schwelen indessen weiter. Aufgrund der anstrengenden Bemühungen »mit einer politischen Stimme zu sprechen«, wie es der irische ITP-Führer Derek Holland in einem Gespräch mit dem NPD-Organ DEUTSCHE STIMME formuliert, hat die »Zusammenarbeit auf europäischer Ebene« konkrete Formen angenommen. Die »aktiven Kämpfer in den nationalen Organisationen« beteiligten sich in den letzten Jahren an mehreren internationalen Veranstaltungen, an deren Organisierung maßgeblich die JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN und die ITP mitgewirkt hatten. Gleichgesinnte aus Dänemark, Deutschland, Irland, Frankreich, Italien, Griechenland, Litauen, Schweden, Österreich, Rumänien, Ungarn und den USA berieten im Herbst 1999 auf dem von den JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN organisierten »6. Europäischen Kongress der Jugend«, in Falkenberg, die Möglichkeiten zur Ausweitung und Vertiefung der Kooperation sowie die Schaffung einer Internationale der Nationalisten.

Der Kongress sollte allerdings auch die Profilierung der von den JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN beanspruchten Führungsrolle innerhalb der europäischen nationalistischen Bewegungen fördern. Ähnliche Profilierungsversuche hatte auch die rrp (International Third Position) 1999 in Polen unternommen, wo sich anlässlich eines von der »Nationalen Wiedergeburt Polens« (NOP) organisierten Sommercamps Vertreter aus 8 Ländern trafen. Eine zentrale Rolle bei dieser Zusammenkunft spielte eine Feier, die dem von Hitler als »Vater aller europäischen Nationalisten« bezeichneten Codreanu gewidmet war. Im Sommer 2000 hatte die polnische NOP erneut ein internationales »Sommerlager« organisiert und bei dieser Gelegenheit den Hitler-Stellvertreter Rudolf Hess gewürdigt.

THOMAS GRUMKE

## Globalisierter Rechtsextremismus

Die Bedeutung des Internets für den internationalen Rechtsextremismus kann nur unterschätzt werden. Allein in den USA und Kanada haben mindestens 37 Millionen Menschen, oder 17% der Bevölkerung von 16 Jahren oder älter, Internetzugang. In Deutschland ist heute ein ähnlicher Prozentsatz »drin«. Das Internet bietet einen perfekten Bewegungsraum für Rechtsextremisten aus verschiedenen Gründen. Zum einen ist es ein ausgezeichnetes Rekrutierungsinstrument, wo mit minimalen Kosten eine maximale Anzahl an Personen auf globaler Ebene angesprochen werden kann. Kommunikation ist sehr leicht, schnell und preisgünstig. Zum anderen ist Anonymität gewährleistet und Propaganda kann über nationale Grenzen hinweg verbreitet werden. Nationales Recht wird praktisch obsolet, jede staatliche Zensur ist bisher vollkommen fehlgeschlagen. Zu der vergleichsweise billigen Erzeugung eines öffentlichen Forums tritt die Möglichkeit, seine Botschaften so ungefiltert wie bei keinem anderen Medium verbreiten zu können, denn anders als z.B. beim Fernsehen, entgeht man im Internet den staatlichen Reglementierungen ebenso wie dem Einfluss von Redaktionen oder Lektoren.

Dass Rechtsextremisten längst weltweit vernetzt sind, bestätigt jetzt wiederum eine Untersuchung des Kasseler Softwareunternehmens ONLY SOLUTIONS. In einem Zeitraum von drei Wochen hat die Firma mit einer selbstentwickelten Software nach verfassungswidrigen Symbolen im Internet gesucht. Mit dem Ergebnis, dass auf den weltweit etwa eine Milliarde Internetseiten ca. 50.000 Hakenkreuze zu finden sind. Allein unter den deutschen (.de) Homepages wurden 2.000 Websites mit Nazisymbolen und rechte Insignien gefunden. Rund 85 Prozent der Internet-Angebote mit in Deutschland illegalen Insignien befinden sich aber auf amerikanischen Servern. Darüber hinaus



### Wegen Gewaltverherrlichung indiziertes Computerspiel.

wandern täglich rechtsextreme Webseiten von deutschen Servern vor allem auf amerikanische ab.

Diese Vorkommnisse sind für Beobachter der Szene keine Überraschung. Im Allgemeinen genießen Rechtsextremisten in den USA einen erheblich größeren juristischen als auch gesellschaftlichen Freiraum als in Deutschland. Dies ist vor allem der im *I. Amendment* der US-amerikanischen Verfassung festgeschriebenen Freiheit der Religion, der Rede, der Presse und der Versammlung geschuldet, als auch der historischen Nichtbelastung mit dem Nationalsozialismus. Während deutsche Rechtsextremisten ständig mit Strafverfolgung rechnen müssen, können sich ihre amerikanischen »Kameraden« von jeher voll entfalten. Über das Medium Internet ist die Kommunikation zwischen beiden Ländern einfacher denn je und kaum von Behörden in Deutschland zu unterbinden. Jederzeit können Ideen, Konzepte und Strategien transatlantisch ausgetauscht werden, wie es

vorher wesentlich mühevoller mit Zeitungen und Flugblättern geschehen ist.

Schon seit Jahren haben neben Don Blacks großem Internetportal *STORMFRONT* z.B. auch rechtsextreme Schwergewichte wie *ARYAN NATIONS*, *NATIONAL ALLIANCE* und Ernst Zündels deutsche Beiträge bzw. Übersetzungen auf ihren Homepages. Mittlerweile sind digitalisierte Radioprogramme dabei ebenso Standard wie Nazi-Devotionalien und -Propaganda zum herunterladen oder bestellen.

Den zurzeit umfassendsten rechtsextremen Service weltweit bietet jedoch *THE NATIONALIST OBSERVER* des Alex Curtis unter [www.whiteracist.com](http://www.whiteracist.com). Curtis, 24 Jahre jung, verschickt von seinem Haus in San Diego aus mindestens einmal in der Woche nicht nur per e-mail das *RACIAL READER'S FORUM*, sondern auch, wie eine wachsende Zahl anderer Rechtsextremisten, die schriftliche Version seiner Telefon-hotline (»Weekly Racist Broadcast«) sowie eine große Anzahl an Kommentaren und anderen Texten.

Mit gegenwärtig über 800 festen Empfängern, hat sich das »Forum« weit über die USA hinaus etabliert und dient als bevorzugte Plattform auch für die Führungsriege der internationalen extremen Rechten. So werden im »Forum« nicht nur Anfragen, Informationen, Texte, Propaganda und Kommentare von Rechtsextremisten aus aller Welt publiziert, sondern auch richtungsweisende Beiträge von Personen wie Matt Hale, Tom Metzger oder sogar des britischen Revisonisten David Irving. Auch Beiträge von deutschen Aktivisten, wie z.B. des mit den USA bestens vertrauten Manfred Roeder, sind keine Seltenheit. Im Zusammenhang mit der NPD-Verbotdiskussion rät Curtis den deutschen »Kameraden«: »Wer dem weißen Mann die Freiheit der Rede nimmt, der rechtfertigt meiner Meinung nach Mord und massenhafte Zerstörung als denjenigen Weg, mit dem wir dem Genozid an unserer Rasse begegnen können«. (WEEKLY RACIST BROADCAST vom 31.8.2000, Übersetzung vom *Autoren*, T.G.).

Ständig herrscht sowohl im »Forum«, in den *Hotline*-Texten, als auch in Curtis' Kommentaren ein äußerst aggressiver, Gewalt verherrlichender Ton. Antisemitismus, Rassismus und Aufrufe zur »arischen Revolution« sind an der Tagesordnung. Direkte Aufrufe zum Mord an »Nicht-Weißen« in sog. *lone wolf*-Aktionen können als typisch für die Beiträge von Curtis gelten. Und von Amerika lernen heißt für deutsche Neo-Nazis inzwischen »siegen lernen«.

Ein sehr wichtiges Konzept, das einen gefährlichen Trend in der deutschen »Szene« setzen könnte, ist der des führerlosen Widerstandes (*leaderless resistance*). Führerloser Widerstand ist eine Strategie, die auf autonomen Aktionen geheimer Widerstandszellen fußt, die sich wiederum um eine Ideologie und nicht um eine Führung gruppieren. Im Gegensatz zu öffentlich sichtbaren Gruppen oder gar Mitgliederorganisationen, die typischerweise hierarchisch wie eine Pyramide geformt sind, kommt das autonome

Zellensystem ohne jegliche Hierarchie und ohne Befehlsstruktur aus.

Der Kampf soll in sogenannten Phantomzellen geführt werden, die nicht wie die herkömmliche organisatorische Struktur von der Regierung infiltriert und damit unschädlich gemacht werden kann. Im Sinne des führerlosen Widerstandes operieren alle Individuen und Gruppen unabhängig voneinander und erstatten niemals Bericht an ein zentrales Hauptquartier oder einen einzelnen Führer. Eine denkbare Alternative für deutsche Rechtsextremisten, ein Alptraum für Polizei und Justiz.

Immer mehr von Strafverfolgung bedrängte deutsche Rechtsextremisten wissen die USA auf Grund ihrer traditionell äußerst freizügigen Auslegung der Redefreiheit zu schätzen und verlegen nicht nur massenhaft Internetseiten in das Land der unbegrenzten Möglichkeiten. Der Fall des Deutschen Hendrik Möbus, der kürzlich in den USA verhaftet wurde nachdem er monatelang Unterschlupf bei der NATIONAL ALLIANCE gefunden hatte, ist ein weiterer Beleg für die Internationalisierung der extremen Rechten, bei der Rassismus, Antisemitismus und die Feindschaft gegen die als »jüdisch dominiert« und kontrolliert angesehenen Regierungen der westlichen Industriestaaten als globale ideologische Bindeglieder dienen. Auf den sogenannten »Kriegsgefangenen«-Listen des Alex Curtis finden sich so unter anderen auch die inhaftierten deutschen Aktivisten Kay Diesner und Jens Arpe, Sänger der Skinband »Kraftschlag«. Auch sie werden als Opfer der »arischen Revolution« gegen die »Zionistisch Okkupierte Regierung« (kurz: ZOG) angesehen und verehrt.

Von der amerikanischen extremen Rechten wird in letzter Zeit der Einsatz von kleinen biologischen Waffen für Anschläge propagiert, für deren Herstellung Alex Curtis auf seiner Webseite unter der Rubrik »Tactics« Instruktionen gibt. Gegenwärtig sitzen Mitglieder der ARYAN NATIONS wegen des Besitzes von Milzbranderregern unter dem Ver-

dacht, diese in einem Anschlag verwenden zu wollen, in Haft.

Neben konkreten ideologischen und taktischen Anregungen sowie minutiösen Anleitungen zur Gewalt wirken amerikanische Rechtsextremisten vor allem durch die Vermittlung ihres unerschütterlichen Selbstvertrauens – transportiert durch das Medium Internet – auf die deutsche Szene ein. Das Internet hat Rechtsextremismus endgültig zu einem globalen Phänomen gemacht und vor allem ihre transatlantische Vernetzung wird immer wichtiger.

---

HARALD BERGSDORF

### »Mit Le Pen ist immer mächtig was los«

Wie sich rechtsextreme Politiker im Fernsehen präsentieren

In Debatten über Rechtsextremismus wird selten gefragt, inwieweit das Fernsehen dazu beigetragen hat, dass rechtsextremistische Politiker wie Jörg Haider, Jean-Marie Le Pen, Bruno Mégret, Rolf Schlierer und Franz Schönhuber politische Erfolge erringen konnten? Wie behandeln Fernsehverantwortliche also rechtsextremistische Populisten? Umgekehrt: Wie präsentieren sich rechtsextremistische Politiker im Fernsehen? Schließlich: Wie sollten rechtsextremistische Parteien und Politiker behandelt werden – und wie nicht?

Im Unterschied zu Schlierer und Schönhuber hatten Le Pen, Mégret und Haider häufig die Chance, sich im Fernsehen zu präsentieren. Am Anfang von Le Pens großen Fernsehauftritten stand 1984 ein Auftritt in *L'heure de vérité*, dem französischen Pendant zu »Was nun Herr/Frau XY?«. Die Chance zu diesem ersten ausführlichen Auftritt verdankte Le Pen vor allem Francois Mitterrand. Der damalige Staatspräsident hatte Le Pen die staatliche Fernseh Bühne mitgeöffnet, um den bürger-

lichen Parteien einen Konkurrenten heranzuziehen. Offiziell berief sich Mitterrand dabei allerdings auf das Prinzip des »Pluralismus«. Später, das sei angemerkt, konnte und musste der Sozialist Mitterrand indes beobachten, wie sich der *FRONT NATIONAL* (FN) zu der Partei in Frankreich entwickelte, die mehr Arbeiterstimmen errang als jede andere. In *L'heure de vérité* ist Le Pen bislang häufig aufgetreten. Der Anführer des FN war dort über Jahre Stammgast. Seine Auftritte adelten ihn zum Spitzenpolitiker von nationaler Bedeutung. Bis heute hält Le Pen den Einschaltquotenrekord von *L'heure de vérité*: Rund 17 Millionen Zuseher bei seinem zweiten Auftritt in dieser Sendung. Nach 1984 ist Le Pen darin neun Mal aufgetreten. Insgesamt zählt Le Pen mittlerweile in Frankreich zu den medienpräsentesten Politikern. Zugleich bezeichnet der FN Journalisten als »Terroristen der vierten Gewalt im weißen Kragen«.

Anders als Haider und Le Pen hatte Schönhuber selten die Gelegenheit, sich im Fernsehen zu präsentieren. Die freiheitliche Demokratie gründet aber gerade auch auf Parteienpluralismus und Meinungsvielfalt; beide mögen zwar mitunter unbequem sein, sind aber in der freiheitlichen Demokratie unverzichtbar, zumindest grundsätzlich. Nach einem »antifaschistischen« Brandanschlag gegen die Wochenzeitung *JUNGE FREIHEIT* verteidigte daher – neben Peter Gauweiler – insbesondere Daniel Cohn-Bendit die »Freiheit der Medien«: »Wenn ich gegen die Todesstrafe bin, muss ich auch gegen die Todesstrafe für Eichmann sein ... Wer wirklich für ein Prinzip eintritt, muss es auch tun, wenn es schmerzt. Die Blindheit nach jeweils einer Seite haben Rechte und Linke gemeinsam.«

Anders als die populistisch-rechtsextremistischen *REPUBLIKANER* präsentiert sich die linkspopulistische *PDs* mit ihren Leitfiguren häufig in Fernsehdebatten. Brigitte Seebacher-Brandt bemerkt dazu: »Mit den Rechten will man nicht in Berührung kom-

men und dies auch deutlich machen. Mit den Linken will man Umgang gerne haben, aber es nicht zugeben.« Schönhuber wiederum konnte nach einem Talkshow-Auftritt des Altkommunisten von Schnitzler monieren: »Das Mikrofon, das man mir immer verweigert, gibt man bereitwillig einem Zerstörer unserer demokratischen Gesellschaft.«

Ähnlich wie Seebacher-Brandt und Cohn-Bendit gehört Peter Glotz zu jenen, die für eine auch direkte, offene politische Auseinandersetzung mit den REP's plädieren – nach dem Motto: »Wir sind in allem verschiedener Meinung, ausgenommen die gegenseitige Achtung und Fähigkeit, unsere Differenzen zu erörtern.« Auch Claus Leggewie warnt: »Vor lauter gutem Willen, den Propagandisten des starken Staates kein Forum bieten zu wollen, wird dann der mediale Aussperrung das Wort geredet ... Aufklärung ohne Risiko des Scheiterns ist nie echt.«

Auch der Intendant des WDR, Fritz Pleitgen, warnt, Journalisten seien keine »Ersatzpolitiker«. Klaus Bresser betont die Informationspflicht der Massenmedien: »Unsere Aufgabe ist es, die Wirklichkeit darzustellen. Dazu gehört möglicherweise auch das dumme Zeug, das Spitzenkandidaten ... absondern. Wir können uns nicht zum Richter aufspielen, was ein einzelner Kandidat sagt, sondern wir müssen den Kandidaten so darstellen, wie er ist.«

Keinesfalls können, so Ernst Benda, »Intendanten aus noch so guten Absichten ... eine eigene Bewertung vornehmen. Das steht ihnen als Staatsbürger frei, aber sie können eine solche Bewertung der Parteien nicht dem Wähler aufnötigen. Der Wähler, den wir so gerne den mündigen Wähler nennen, entscheidet selbst. Wir sollten bei rechtsradikalen Parteien nicht weggucken, sondern vielleicht noch sehr viel genauer hinschauen und darauf vertrauen, dass der Bürger ausländerfeindliche Propaganda durchschaut. Wenn wir kein Vertrauen mehr in die Bürger haben, dann sind wir am Ende mit der Demokratie.«

### »Fernsehbestie« Le Pen

In Frankreich dagegen weigern sich zwar auch Politiker der verfassungstreuen Parteien, *mit* – statt nur *über* – Le Pen zu debattieren. Medienvertreter jedoch haben anders als in Deutschland bereits häufig politische Debatten mit Vertretern des FN bestritten. Allerdings ist der FN bei Wahlen bislang erfolgreicher als die REP. Mit der Frage, ob es legitim ist, rechtsextremistische Parteien und Politiker aus dem Fernsehen zu verbannen, hat sich in Frankreich insbesondere François-Henri de Virieu beschäftigt. Der Gastgeber in der Sendung *L'heure de vérité* meint, es sei illegitim, Le Pen genau die Türen zu verschließen, die man dem Kommunisten Marchais jahrelang geöffnet habe. Der langjährige Chef des PCF sei immerhin ein »brennender Verfechter sowjetischer Methoden« gewesen. Vor allem betont de Virieu, die Presse- und Meinungsfreiheit dürfe in einer freiheitlichen Demokratie keineswegs grundsätzlich gegen politische Kräfte eingeschränkt werden, die nicht verboten sind. Man habe sich vielmehr gleichsam auf ein Diktum Voltaires zu besinnen: »Ich hasse Ihre Ideen, aber ich ließe mich töten, damit Sie das Recht haben, sie auszudrücken.« Andere Beobachter monieren, das Fernsehen zensiere sich selbst: Le Pen sei eher mehr als weniger ins Fernsehen einzuladen und zu durchleuchten; näher zu analysieren sei zum Beispiel sein Verhalten im Algerienkrieg.

Öffentliche Auseinandersetzungen mit Le Pen im Fernsehen rückten diese aufgeklärten Ideale jedoch bald in ein anderes Licht. Rasch zeigte sich, wie zutreffend die Beobachtung ist, bei Fernsehauftritten von Le Pen stehe mitunter weniger das im Vordergrund, was der FN-Chef sage, sondern die Art, wie dieser sich äußere: Le Pen erwies sich schnell nicht nur als geschickter Volkstribun, sondern auch als ein begabter Fernseh-Unterhalter, der sich in Debatten unter anderem ungewöhnlicher Metaphern zu bedienen versteht. Mit einem viel zitierten



**Der neue Medienstar der Rechtsextremen? Horst Mahler demonstriert an der Seite des Vorsitzenden Udo Voigt gegen das angestregte NPD-Verbot.**

Satz warnte Le Pen zum Beispiel vor Immigranten: »Morgen werden sich die Immigranten bei Ihnen einrichten, Ihre Suppe essen und mit Ihrer Frau sowie Ihrer Tochter oder Ihrem Sohn schlafen.« Später, nach dieser Äußerung befragt, erklärte der Populist Le Pen: »... die Politik ist eine Kunst der Kommunikation, die darin besteht ... die Schwere der politischen Probleme in Formulierungen zu übertragen, die für alle verständlich sind.«

Nach all diesen Erfahrungen im Umgang mit dem FN-Chef bezeichnen manche Beobachter Le Pen gar als Fernseh-Bestie. Solche Urteile müssen indes berücksichtigen, dass Fernsehverantwortliche umgekehrt gerade die Auftritte Le Pens durch ausführliche Vorankündigungen und detaillierte Nachbereitungen zuweilen regelrecht inszeniert haben. Die Sympathien mancher Zuschauer konnte Le Pen wohl auch infolge des oft aggressiven Stils gewinnen, den einige Journalisten in Auseinandersetzungen mit dem FN-Chef

praktizierten. Aggressives Verhalten von Journalisten im Umgang mit Le Pen mag zwar zuweilen verständlich und legitim erscheinen. Doch dadurch kann der FN-Chef die Chance nutzen, sich als Opfer zu gerieren. Dabei schien der Gipfel erreicht, als Le Pen meinte, Medienvertreter behandelten ihn, wie einst Deutsche Juden im »Dritten Reich« behandelt hatten. Ein anderes Mal sah sich der FN-Chef von einer »Diktatur der Antirassisten« bedroht.

Le Pen tritt wohl von Zeit zu Zeit sogar planmäßig mit allerdings begrenzt tabuverletzenden Entgleisungen an die Öffentlichkeit, um sich und den Front National wieder ins Gespräch bzw. in die Medien zu bringen, um damit wiederum möglicherweise seinen Bekanntheits- bzw. sogar Beliebtheitsgrad zu erhöhen. Auch den REP's war es 1989 in Berlin gelungen, mit einem provozierenden, viel diskutierten Fernsehspot überhaupt erst auf sich aufmerksam zu machen – und damit kurzfristig die mangelnde Schlagkraft

der Partei zu kompensieren. Schließlich versuchen Haider, Schönhuber und Le Pen auch deshalb, mit mehrdeutigen Anspielungen und Provokationen Aufsehen zu erregen, weil sie hoffen, sich so klarer als angeblich einzig wahre Alternativen zu den »etablierten« Parteien präsentieren zu können, die ihrerseits angeblich ununterscheidbar seien.

Der momentane REP-Chef, Rolf Schlierer, der sich von Schönhuber inhaltlich kaum unterscheidet, hofft demgegenüber offenkundig, eine von den Medien wenig beachtete und von Skandalen unbelastete Partei sei eher imstande, erfolgreich zu sein. Auch der langjährige Weggefährte Le Pens und spätere FN-Dissident, Bruno Mégret, meint, mit verbaler Mäßigung der Teilhabe an exekutiver Macht näher zu kommen.

Insgesamt gelingt es Haider, Le Pen und Schönhuber oft, so Wolfgang Kowalsky, »wie das Haupt der Medusa viele Blicke auf sich zu ziehen ...« Alle drei wissen, wie Fritz Plasser festgestellt hat, worauf es bzw. was ankommt: »Instinktiv hat der Gladiator die Lust der Medien an der griffigen Phrase, der wohlkalkulierten Provokation, der durch Witz gemilderten Schärfe der Attacke voll erfasst. Der Gladiator weiß, was von ihm erwartet wird, dass er alles darf, bloß eines nicht – sein Publikum langweilen.«

Dagegen haben Journalisten und Medienanstalten, wie auch unterstellt wird, zuweilen ihrerseits gleichfalls kein geringes Interesse daran, zur Steigerung des eigenen Marktwertes im französischen Medienwettbewerb, einen ohnehin fürs Fernsehen prädestinierten »Negativpol« wie Le Pen immer wieder zu Aufsehen erregenden Bekenntnissen zu bewegen. Albert du Roy bekennt: »Mit Le Pen ist immer mächtig was los!«

### **Wie Gottschalk sich gegen Schönhuber blamierte**

Abschreckend auf deutsche Medienverantwortliche wirkte möglicherweise allerdings gerade der Auftritt Schönhubers im Fern-

sehsender RTL im November 1992. Seinerzeit hatte der Entertainer Gottschalk im Rahmen seiner Unterhaltungssendung dem Chef der REPUBLIKANER am späten Abend im Gespräch die Gelegenheit geboten, sich einem Millionenpublikum zu präsentieren: Rund 1,6 Millionen Menschen. Während seines Auftritts erklärte Schönhuber unter anderem, er verabscheue Gewalt und Nationalismus. Die REPUBLIKANER bekämpften sogar Ausländer-Hass und seien Garanten von Recht und Ordnung. Angeblich gebe es auch keine »Antisemiten« bei den REPUBLIKANERN. Leider aber rückten die Medien die rechtsextremistische Partei gerne in ein falsches Licht.

Gottschalk versagte davor, ältere und jüngere Äußerungen Schönhubers zu thematisieren und zu entschlüsseln. Beispielsweise hatte sich Schönhuber in seinem Buch *Ich war dabei* apologetisch über das »Dritte Reich« und den »europäischen Faschismus« geäußert. In einer anderen Schrift hatte er behauptet, Hitler habe sich in den Zweiten Weltkrieg treiben lassen. Zudem hatte er einmal gesagt, Juden seien »wirklich Stinker«. Im Interview mit Gottschalk hatte der REP-Chef in einer mehrdeutigen Formulierung betont, er verabscheue die millionenfache Ermordung von Juden im Dritten Reich deshalb, weil diese Deutschland in eine »Katastrophe« geführt habe und »Antisemitismus« heute zum »Untergang« Deutschlands führen werde. Dennoch befand Gottschalk, die Äußerungen Schönhubers hätten zumindest einen »demokratischen« Klang. Im Übrigen konnte Schönhuber im Verlauf des Gesprächs mit Gottschalk unwidersprochen behaupten, auch »die« Franzosen forderten »la France d'abord«. So lautet jedoch zunächst der Titel eines Buches, das Le Pen verfasst hat.

Auch DER SPIEGEL hatte sich in einem Interview mit Schönhuber 1994 als unfähig erwiesen, dessen mehrdeutige Formulierungen als solche zu enthüllen. Ähnlich wie Hitler, der die Attentäter des 20. Juli 1944 als



Die BfG ist jetzt die SEB.

**SEB**

More than a bank

»kleine Clique ehrgeiziger ... Offiziere« bezeichnet hatte, befand Schönhuber in jenem Interview, seine innerparteilichen Gegner bildeten lediglich »eine kleine Clique ehrgeiziger Funktionäre«. Im übrigen diffamiert Schönhuber gerne auch sonst die Attentäter des 20. Juli 1944.

Ein anderes Beispiel: Redakteure des SPIEGEL haben Anfang des Jahres 2000 Haider interviewt und den FPÖ-Chef gefragt, ob Franz Josef Strauß zu seinen Vorbildern zähle. Haider bejahte das und ergänzte, auch Helmut Schmidt sei für ihn Vorbild. Damit war das Thema für die SPIEGEL-Redakteure im Interview mit Haider erledigt. So blieb ein weiterer Versuch Haiders, zu beschönigen und Unterschiede zu verwischen, unwidersprochen. DER SPIEGEL half, die Grenze – hier die verfassungstreuen Politiker Strauß und Schmidt, dort Haider – einzunebeln.

### Wie Böhme sich gegen Haider blamierte

Gerne entgegnet Haider überdies, wenn ihm vorgehalten wird, mit dieser oder jener Äußerung Ausländer diskriminiert oder das »Dritte Reich« beschönigt zu haben, die Urheber solcher Vorhaltungen hätten schlecht »recherchiert«. Dies traf zum Teil sogar zu, wie in der NTV-Diskussion mit Erich Böhme Anfang 2000. Sein Gast aus Österreich sei gerade 50 Jahre alt geworden, hieß es in der Vorstellung. Kurze Zeit später konfrontierte der ehemalige SPIEGEL-Chef-Redakteur Haider mit einer Äußerung, die der FPÖ-Star angeblich in den 50er Jahren gemacht haben soll.

Wie Haider gestrickt ist, lässt sich auch an folgender Begebenheit verdeutlichen: Der Rechtspopulist wurde von einem Diskutanten im Gespräch bei Böhme nach einem FPÖ-Politiker gefragt, der geäußert haben soll, man müsse Kindern verbieten, den Film *Schindlers Liste* zu schauen. Es solle sich dabei um den FPÖ-Mann Walter Rauter gehandelt haben. Haider nun entgegnete, diesen Walter Rauter gebe es nicht in der FPÖ und habe es in der FPÖ nie gegeben. Damit war dieses

Thema in der Sendung erledigt. Es schien, als habe Haider spektakulär gepunktet. Tatsächlich stammt die inkriminierte Äußerung von einem Herrn Rauter, aber nicht vornamens Walter, sondern Wolfgang. Dieser ist tatsächlich Fraktionsvorsitzender im Burgenland. Wesentlich ist: Auf solche Halbwahrheiten und Tricks muss vorbereitet sein, wer in Debatten mit Extremisten und Populisten bestehen will.

Thomas Gottschalk hatte in seiner *Late-Night-Show* die Fernseh-Auseinandersetzung mit Schönhuber nach Morden an drei Türken gesucht. In direkter Konfrontation wollte der Entertainer ein Zeichen setzen gegen minderheitenfeindliche Gewalt. Doch sein hehres Ziel verfehlte er deutlich: Er sei schlecht vorbereitet gewesen, hieß es in der Kritik, habe außer »Betroffenheit«, »charmanter Ahnungslosigkeit« und »hilflosen Appellen an die Menschlichkeit« dem »Medienprofi« Schönhuber kaum etwas entgegen gehalten.

Der Entertainer verkannte vor allem, dass Schönhuber sich innerparteilich anders zu äußern pflegt als im Fernsehen: Um seinen Anhängern zu signalisieren, er müsse sich verbal mäßigen, pflegte Schönhuber dann, wenn er die seltene Gelegenheit hatte, im Fernsehen zu debattieren, darauf hinzuweisen, seine Fernsehauftritte seien »kein Heimspiel«. Damit versuchte Schönhuber, in eine Opferrolle zu entkommen.

Peter Glotz befand: »Im Rahmen einer Unterhaltungssendung werden Schönhuber und seine Politik verharmlost.« Immerhin, das sei auch erwähnt, hatte Gottschalk in der Sendung offen eingestanden: »Wir wollen doch hier nicht politisch diskutieren. Das kann ich nicht.« Schönhuber bedankte sich schließlich für den »Glücksfall dieser Sendung«. Die Beispiele zeigen, dass Demagogen wie Haider, Le Pen und Schönhuber, wenn sie nach ihren Wahlerfolgen ins Fernsehen eingeladen werden, wohl vorbereitet, sachlich und präzise befragt werden sollten – gleichermaßen jenseits von Banalisierung und Dramatisierung.

KERSTIN SCHNEIDER

### Am Ende der Skala

»Radio MultiKulti«

Ach, die Musik! Alle Stile des Erdballs scheinen hier Platz zu haben: Pop aus dem Senegal, Flamenco, Klezmer, arabische Superstars, karelische Musik aus Finnland, anatolische Klänge. Die Weltmusik im RADIO MULTIKULTI bringt zum Träumen, macht gute Laune, nervt auch manchmal, doch sie lässt nie kalt. »Wir können ganz schnell zwischen den Welten springen«, freut sich Moderatorin Jeanne Grünstein im Nachmittagsmagazin Akte M und kündigt nach arabischen Klängen kubanische Rhythmen an. Eine Welt, viele Welten und dazwischen MULTIKULTI?

RADIO MULTIKULTI ist der David unter den Berliner Radioprogrammen. Am Ende der Radioskala auf UKW 106,8 finden Hörer ein 24-Stunden-Programm, das die Musik der Völker der Welt präsentiert und sich konsequent vom musikalischen Mainstream fern hält. Dazu kommen Wortbeiträge, Diskussionen und Features, die über das Zusammenleben der Kulturen berichten. MULTIKULTI war das erste Programm in Deutschland mit Informationen für ausländische Mitbürger, das sich auch an deutsche Hörer wendete. Von 6 bis 17 Uhr wird in deutscher Sprache gesendet. Dann heißt es kurz und knapp: »Jetzt ist der deutsche Teil beendet.« An Wochentagen folgt bis 18 Uhr die türkische Sendung, danach Serbisch bzw. Bosnisch. Ab 18.30 Uhr gibt es im 30-Minuten-Abstand Magazine in Kroatisch, Russisch, Polnisch, Arabisch bzw. Kurdisch. Die italienischen, griechischen und spanischen Sendungen werden von der ARD übernommen. Am Wochenende kommen noch weitere Sprachen hinzu.

Babylonisches Stimmengewirr ist es jedoch nicht, was uns am frühen Nachmittag

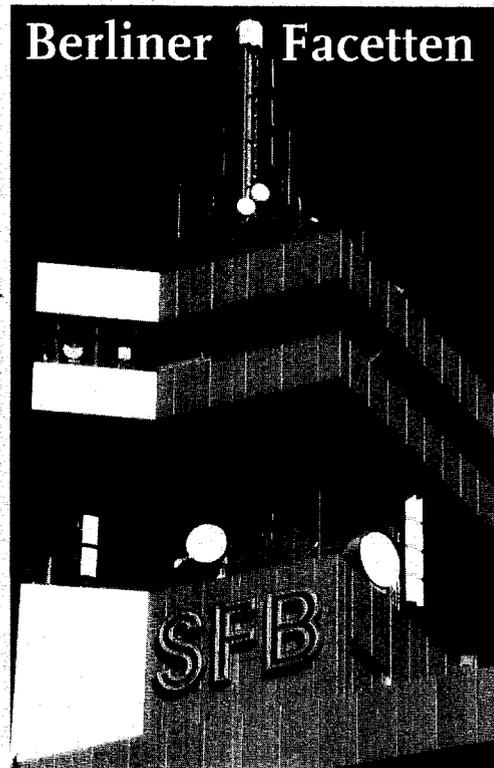


Foto: Andreas Froese/Caro

auf den Fluren im zweiten Stock des HAUS DES RUNDFUNKS an der Masurenallee erwartet. Hier residiert RADIO MULTIKULTI. Einträchtig nebeneinander liegen die polnische, türkische und arabische Redaktion. Wer einen Blick auf die Arbeit des vielsprachigen Teams werfen möchte, wird enttäuscht. Die Türen zu den Redaktionszimmern sind fast alle geschlossen. Es wird hart gearbeitet: Die fremdsprachigen Mitarbeiter bereiten ihr Programm vor, die deutschen Sendungen laufen gerade. Lebhafter geht es im Studio T13 zu, wo die türkischen Journalisten gerade ihre einstündige Abendsendung *Türkce Programmi* besprechen.

»Heute abend treffen wir uns zum monatlichen Jour fixe in der Kneipe. Da sollten Sie uns mal sehen«, sagt Dr. Friedrich Voß, der 58jährige Wellenchef des RADIO MULTIKULTI und stopft sich eine Pfeife. Er ist stolz auf sein buntes Völkchen aus Deutschen, Polen, Arabern, Türken, Kurden, Italienern und vielen anderen Journalisten aus (fast) allen Teilen der Welt. 189 Leute arbei-

ten heute als fest angestellte und freie Mitarbeiter für das Programm. 91 von ihnen sind Ausländer aus 32 Nationen.

Bis dahin war es ein weiter Weg. Als Modellprojekt hat RADIO MULTIKULTI 1994 in den Containern auf dem Gelände des HAUSES DER KULTUREN DER WELT begonnen. Nach den ausländerfeindlichen Übergriffen in Mölln und Solingen wollten die Programm-Macher des SENDER FREIES BERLIN (SFB) ein Zeichen gegen Ausländerfeindlichkeit setzen. 440.000 Ausländer aus 184 Nationen leben in Berlin, die größte Gruppe sind 140.000 Menschen aus der Türkei. Für diese Migranten, wie Voß sie politisch korrekt nennt, und deren Nachkommen, die häufig schon in Deutschland aufgewachsen sind, sendet MULTIKULTI. Zur Zielgruppe gehören aber auch politisch interessierte Deutsche. Vereine werden vorgestellt, Religionsgemeinschaften porträtiert. Die Idee, die dahinter steckt, ist anspruchsvoll: Ausländische Mitbürger sollen Mitgestalter der Medien sein, nicht nur deren Objekte. Das Programm bietet Service und Hilfen zur Integration. »Der Berliner Alltag soll in seiner Multikulturalität dargestellt werden«, so Voß. Weg kommen wollte man auch von den sogenannten Ausländerprogrammen, die nur in einer Sprache senden. Der Wellenchef, der RADIO MULTIKULTI am Grünen Tisch mitentwickelt hat, sagt: »Damals gab es kein vergleichbares Programm in Europa.«

Heute ist RADIO MULTIKULTI etabliert, einige Magazine werden von anderen Sendern wie dem FUNKHAUS EUROPA des WDR übernommen. Die Finanzierung ist nach schwierigen Anfangsjahren gesichert, auch durch die Unterstützung der LANDESMEDIENANSTALT BERLIN-BRANDENBURG und des BUNDESMINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALORDNUNG. Aber das Budget ist klein. Auf kostspielige Features muss häufig verzichtet werden. Doch Sorgen macht dem MULTIKULTI-Chef vor allem der Sendeplatz. »Die ganze Welt am Ende der Skala«: Was die Radiomacher zu ihrem Slogan gemacht haben, ist

genau ihr Problem. RADIO MULTIKULTI hat mit UKW 106,8 den schwächsten Sendeplatz unter den Berliner Hörfunkprogrammen. Der Wellenchef fühlt sich seit drei Jahren von der LANDESMEDIENANSTALT übergangen. Wenigstens kann man das Programm jetzt im Internet unter [www.multikulti.de](http://www.multikulti.de) empfangen.

Doch wie viele Leute hören eigentlich RADIO MULTIKULTI? Wer von den Migranten schaltet sich in das deutsche Programm ein? Die Einschaltquoten sind so gering wie bei vielen anderen Kulturwellen. Bei RADIO MULTIKULTI ist die Lage aber noch schwieriger: Es gibt keine genauen Einschaltquoten, die Aufschluss über alle Hörer geben könnten. Denn die Medienanalysen der Sender erfassen nur deutsche Haushalte. Friedrich Voß wertet Briefe, Faxe und Anrufe aus und schätzt, dass etwa 60 Prozent der Hörer Ausländer sind. Genau weiß das niemand. Das deutsche Durchschnittsalter liegt bei 48 Jahren. Deshalb haben Voß, sein Wortchef Wolfgang Holler und die Chefin vom Dienst, Ilona Marenbach, dem Programm eine Verjüngungskur verordnet. Es wurden neue Magazine wie die *Akte M* entwickelt, die Hörer über aktuelle Themen des Tages informieren. Längere Wortsendungen sind seit Januar aufs Wochenende verbannt. Sendungen wie *Topf Secret*, eine Mischung aus Weltmusik und internationaler Kochkunst, präsentiert von der Italienerin Elisabetta Gaddoni, sollen jüngere Leute anlocken. Anziehungspunkt für junges Publikum sind auch die zahlreichen Veranstaltungen wie der DRUM&TRIBE CLUB im Berliner Club OXYMORON sowie die Weltmusik-Konzerte.

Jeden Morgen um 10.30 Uhr werden die Themen des deutschen und fremdsprachigen Programms in der Redaktionskonferenz diskutiert. Dennoch: »Jede Redaktion ist unabhängig«. Darauf legt Voß Wert. Alle Sendungen haben ihr eigenes Profil. »Die türkischen Redakteure berichten darüber, was für die Türken in Berlin und Deutschland interessant ist«, sagt Ilona Marenbach. »Die Ser-



Foto: SFB

Die Redaktion von Radio »MultiKulti«.

ben und Kroaten bringen dagegen stärker die Meldungen aus dem eigenen Land«. Jacek Tyblewski, der Redakteur der polnischen Sendung, sieht sein tägliches Magazin *MultiKulti pro Polsku* für die 100.000 polnischstämmigen Menschen in Berlin nicht als »Brücke zur Heimat, vielmehr als Fenster.«

Haroun Sweis, der nach seinen Angaben die »einzige arabische Sendung in Deutschland« moderiert, vergleicht sein Themenspektrum mit einer Pyramide: »Zuerst kommen deutsch-arabische Themen, dann die Ereignisse in der arabischen Welt, dann die ganze Welt«, sagt der gebürtige Palästinenser, der vor zwanzig Jahren zum Studium der Theaterwissenschaften nach Berlin gekommen ist. Ausgewogene, aber kritische Berichterstattung ist sein Credo, denn »sonst habe ich 22 arabische Staaten am Hals.«

Jeder muss akzeptieren, dass die Redaktionen verschieden an Themen rangehen, sagt die Chefin von Dienst. Der polnische Redakteur Tyblewski erzählt, wie er sich mit seinen russischen Kollegen abstimmt: »Wenn die russische Redaktion einen Beitrag über

russische Touristen bringt, die auf der Durchreise in Polen angeblich schlecht behandelt werden, müssen wir uns damit auseinandersetzen.« Vor allem die Diskussion über das Wort »Multikulti« sei ein Dauerbrenner im Radioteam, sagt Ilona Marenbach. Der Begriff hat es schwer, nachdem ihn selbst grüne Politiker wie Renate Künast aus ihrem Parteiwortschatz gestrichen haben. Auch das Team von Wellenchef Voß will aus der Multikulti-Ecke heraus. Geht es nach ihm, entwickelt sich der kleine Ableger des SFB zum Berliner Lokalsender, der seinen multikulturellen Anspruch beibehält, aber die aktuellen Informationen ausbaut. Ziel bleibe weiterhin, die Fremdheit zwischen den Kulturen zu überwinden, doch ohne moralischen Zeigefinger. »Wir werden erst überflüssig, wenn alle unsere Themen in den Mainstream-Programmen aufgegriffen werden«, sagt Voß.

Eines hat RADIO MULTIKULTI auf jeden Fall erreicht: Ausländische Journalisten haben hier eine Chance, sich auch im deutschen Programm zu profilieren. Viele von ihnen moderieren Sendungen oder liefern

Beiträge für die deutsche Sendestrecke. Ihr Rat ist im gesamten SFB gefragt. Auch Jacek Tyblewski findet die Multikulti-Perspektive unverzichtbar: »Vor RADIO MULTIKULTI war es undenkbar, dass jemand mit einem polnischen oder einem anderen Akzent eine deutsche Sendung moderiert.«

---

## Das Gespräch

### WOLFGANG FRITZ HAUG »Zivilgesellschaft bildet sich, indem wir uns einmischen«

*Der Philosoph Wolfgang Fritz Haug hat sich mit dem Begriff »Zivilgesellschaft«, wie er von Gerhard Schröder in die Debatte geworfen wurde, als Herausgeber und Lehrender seit langem beschäftigt. Haug, geb. 1936, hat gerade seine Abschiedsvorlesung als Professor für Philosophie an der FREIEN UNIVERSITÄT BERLIN gehalten. Im überfüllten Hörsaal stellte Haug seine letzte Vorlesung unter das Motto von Marxens elfter Feuerbachthese »... es kommt darauf an, sie zu verändern.« Haug ist Mitherausgeber der im ARGUMENT-VERLAG erschienenen Gesamtausgabe von Antonio Gramscis »Gefängnisheften«. Gramsci hat den Begriff der »società civile« in seinen Aufzeichnungen immer wieder diskutiert.*

*Mit Wolfgang Fritz Haug sprach Kersten Knipp.*

**NG/FH:** Gerhard Schröder, so scheint es, hat eine sehr weite Auffassung von den Aufgaben des Staates. Zu ihnen zählt er in seinem Thesenpapier nämlich auch die, »Antworten auf die Hoffnungen und Ängste des Menschen zu suchen«. Geht das nicht etwas weit? Brauchen wir einen pädagogisch ambitionierten Staat?

**Wolfgang Fritz Haug:** Um mit Gramsci zu antworten: Eine funktionierende Demokratie braucht einen im demokratischen Sinn

funktionierenden integralen Staat, *stato integrale*. Das ist weit mehr als der Staat im engen Sinn, der Behördenstaat. »Antworten auf die Hoffnungen und Ängste des Menschen zu suchen«, als praktische Schritte der Zukunftssicherung, ist selbstverständlich Aufgabe des »integralen Staates«. Die Anstrengung, sie zu entwerfen und zur Geltung zu bringen, ist ein fundamentaler Akt politisch-kultureller Führung. Der Versuch, viele gespürte Notwendigkeiten in einen Zukunftsentwurf zu verflechten, die Notwendigkeit dieses Projekts verständlich zu machen und dafür Zustimmung zu gewinnen, ist das Mark der Politik. Nicht »der Staat« im umgangssprachlichen engen Sinn tut das, sondern eine politische Führung, und sie tut es unabhängig davon, ob sie regiert oder opponiert.

**NG/FH:** Was genau müssen wir uns unter dem Konzept eines »integralen Staates« vorstellen?

**Haug:** Gramsci verwendet den Ausdruck Staat in einem auf interessante Weise von der Umgangssprache abweichenden, ja dem gesunden Menschenverstand zunächst widerstreitenden Sinn: Was man normalerweise »Staat« nennt, worauf man schimpft, woran man Forderungen stellt, ist nach seiner Einsicht nur die Spitze des Eisbergs. Zum »integralen Staat« gehören wir alle, sobald wir über den Tellerrand des bloß Privaten oder der partikularen Gruppeninteressen hinausblicken. »Zivilgesellschaft« bildet sich, indem wir uns einmischen, eine politische Meinung bilden und ihr Gehör verschaffen, erst recht wenn wir uns in der einen oder anderen Weise engagieren, mit anderen assoziieren oder vernetzen. Wie Brecht unterscheidet er Argument von Verordnung, Führung von Leitung. Der integrale Staat umfasst beides, Zivilgesellschaft und Staatsapparate, politisches Leben der Gesellschaft und Verwaltung.

**NG/FH:** In seinem Papier spricht Schröder davon, den Staat den Spielregeln der Wirtschaft anzugleichen, gegen den »omnipräsenten Staat« vorzugehen. Skeptiker be-

haupten, derartige Worte bezeugten die Kapitulation der Politik vor dem Diktat einer übermächtigen Wirtschaft.

**Haug:** Würde Schröder das tun, zerstörte er den Staat und erwiese der Wirtschaft, die diesen braucht, einen Bärendienst. Er versucht wohl, aus der Not eine Tugend zu machen. Es ist nun einmal so, dass in Zeiten der Globalisierung nationalstaatliche Einzelläufe nicht mehr möglich sind. Das hängt bekanntlich damit zusammen, dass die entscheidenden wirtschaftlichen Akteure transnational handeln. Sie mögen zwar noch in einem Land ihren Hauptsitz haben, haben Niederlassungen aber auf allen Kontinenten und können sich den Zugriffen einer nationalstaatlichen Regierung bis zu einem gewissen Grade entziehen. Dabei unterliegen sie ihrerseits den Zwängen, die ihnen die Konkurrenz am Weltmarkt desto ungebremster aufherrscht, je mehr die Regierungen wiederum im Banne der neoliberalen Freihandelspolitik und des »Marktfundamentalismus« die politischen Überformungen zurücknehmen. Die »Nationalökonomie« und die auf sie gerichtete nationalstaatliche Wirtschaftspolitik ist in der Klemme. Fast panisch überbieten die Regierungen sich wechselseitig seit nun schon zwei Jahrzehnten darin, staatliche Regulierungen abzubauen und ihren Staat »den Spielregeln der Wirtschaft anzugleichen«.

**NG/FH:** Den Appell an »mehr Zivilgesellschaft« finden Sie also prinzipiell richtig?

**Haug:** Prinzipiell ja, aber leider dient er oft als bloßes Feigenblatt für den Abbau von Sozialstaat und Kulturpolitik. Zudem geben sich viele Wohlmeinende der Illusion hin, Zivilgesellschaft sei etwas an sich Gutes und Demokratisches. Es rächt sich, Gramsci nur vom Hörensagen zu kennen. Für die Zivilgesellschaft gilt, was Kant von der Philosophie gesagt hat: Sie ist ein Kampfplatz. Sie hat alle möglichen Gesichter, ist weder demokratisch noch undemokratisch, weder links noch rechts, sondern ganz einfach – Gesellschaft.

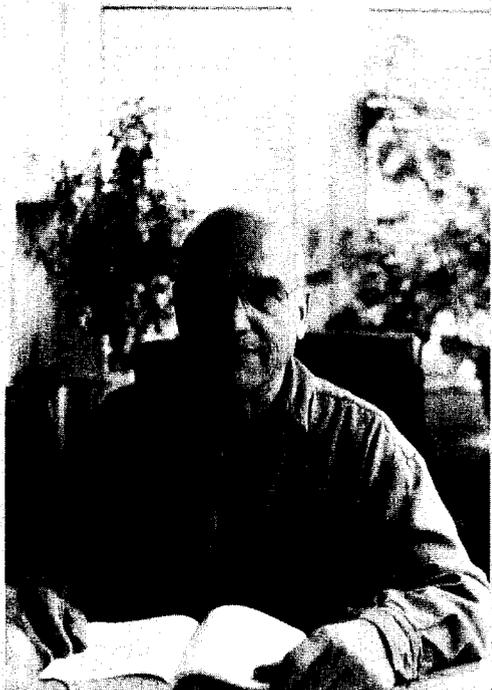


Foto: Kersten Knipp

**Wolfgang Fritz Haug:** »Die Zivilgesellschaft ist ein Kampfplatz.«

**NG/FH:** Dann gehören rechtsextreme Gruppierungen auch zur Zivilgesellschaft?

**Haug:** Ich fürchte, ja. Die von der taz und anderen gestartete Aktion »Z«, die ich als Aufruf zu demokratischer Zivilcourage gegen rechte Gewalt und rassistische Menschenverachtung natürlich begrüße, ist unerlaubt naiv, wenn sie Zivilgesellschaft für sozusagen von Hause aus demokratisch hält. Gramsci bestimmt sie ganz realistisch als die Sphäre, in der Politikentwürfe um Hegemonie ringen. Der Appell an die Zivilgesellschaft kann also nur bedeuten, die verschlafenen Demokraten aufzuwecken, damit sie den Kampf führen.

**NG/FH:** Schröders Appell an die Zivilgesellschaft, sich gegen rechts zu engagieren, müsste dann ganz in Ihrem Sinne sein.

**Haug:** An sich ja. Ein Problem habe ich mit dem Wie. Wenn Gerhard Schröder Zivilgesellschaft beschreibt als – ich zitiere: »Teilnahme am Haben und Sagen«, dann ist das eine Formel, die gefährlich ausgedünnt ist. Die Teilnahme am Haben: Das ist eine

Gerechtigkeitsforderung, aber sie kann nicht ausschließlich Sache der Zivilgesellschaft sein, etwa im Sinne privater Armenfürsorge: Dass etwa die Reichen freiwillig etwas abgeben oder die Armen kollektiv betteln gehen. Was soll das sein? Das ist entweder Aufgabe des Staates – oder es ist nichts. Diese Art von Teilnahme am Haben ist vielleicht wirklich ein Zynismus. Und Teilnahme am Sagen: Da müsste gesagt werden, worum es beim Sagen geht. Da war Willy Brandt mit seinem »Mehr Demokratie wagen« klarer. Die Förderung gesellschaftlich-politischer Teilhabe entlässt nun aber den Staat nicht aus der Pflicht, das große Problem aller modernen Gesellschaften, die fast gesetzmäßige Vermehrung von Armut auf der einen, Reichtum auf der anderen Seite als politisches Problem zu akzeptieren und etwas dagegen zu tun.

**NG/FH:** Beklagt wird derzeit die Anonymisierung der Politik, ihre Auflösung in einen immer aufgeblähteren Apparat. Symbol dieser unsichtbar gewordenen Verantwortung ist Brüssel. Ist angesichts derartiger Entwicklungen der Begriff der Zivilgesellschaft nicht schlicht Verbalkosmetik?

**Haug:** Das sehe ich nicht. Man kann der Brüsseler Behörde vieles vorwerfen, dass sie die Länge der Gurken normiert und glaubt definieren zu müssen, wie gerade oder krumm diese sein sollen – das sind bürokratische Scherze, aber das hat mit der Zivilgesellschaft nichts zu tun. Etwa der Forderung nach Lokalradios, die nicht von Konzernen, sondern aus dem Kreis der möglichen Empfänger gestaltet werden, steht Brüssel nicht im Wege, um nur dieses Beispiel zu nehmen. Jede Förderung demokratisch-zivilgesellschaftlicher Projekte dieser Art wäre ein konkreter Schritt zu mehr Zivilgesellschaft. Eines der größten Probleme der Gegenwart besteht in einer strukturell die Demokratie unterhöhenden Tatsache: In der Menschheitsgeschichte hat es Diktaturen schrecklichster Art gegeben, doch noch nie so viel konzentrierte und global wirksame Macht über so viele Menschen wie heute.

**NG/FH:** Wir leben in einer beispiellosen Blütezeit der Medien mit zahllosen Programmen, Angeboten, Botschaften. Lässt diese Vielfalt überhaupt ein tragfähiges zivilgesellschaftliches Bewusstsein zu? Brauchen wir einen gemeinverbindlichen Wertekanon? Der um sich greifende Vandalismus lässt ihn ja manchmal angeraten erscheinen.

**Haug:** Was tun die Medien? Einerseits befriedigen sie vor allem offenkundig Publikumsbedürfnisse: Die regelnde Größe ist die Einschaltquote – denn das System ist ja werbefinanziert. Entsprechend werden bei der Programmgestaltung aus der Masse der Menschen mit ihren vielen Interessen und Möglichkeiten nur die monetarisierbaren ins Auge gefasst – eine Reduktion der Gesellschaftsmitglieder auf Konsumenten. Von den monetarisierbaren Gelüsten wiederum werden diejenigen bevorzugt, die die größte Einschaltquote bringen. Das sind zumeist die brutalsten.

**NG/FH:** Sie meinen, Konsumismus und Zivilgesellschaft liegen im Clinch miteinander?

**Haug:** Da ist auf jeden Fall ein Antagonismus. Je konsumistischer, desto gleichgültiger gegenüber dem Privatübergreifenden, desto »unziviler« ist letztlich die Gesellschaft. Und der Vandalismus ist eine Art sprachlos-zynisch enttäuschter Kritik, ein »Ich-scheiße-auf-Alles«, Anti-Zivilgesellschaft von unten, wenn man so will. Das fordert zum zivilgesellschaftlichen Widerstand heraus. In der Zivilgesellschaft bilden sich, wenn überhaupt, die Motive und Formen gesellschaftlichen Zusammenhalts, dessen, was man etwas altmodisch die »Werte« nennt. Im Übrigen kündigt sich die Auseinandersetzung um die Nutzung des Internets als eine der nächsten Fronten an, an der sich die Frage der Zivilgesellschaft wiederholen wird.

**NG/FH:** Eine einfache Formel: Zivilgesellschaft gegen Mediengesellschaft. Wie könnte das Duell ausgehen?

**Haug:** Man kann eigentlich nur wieder mit der bekannten Formel Gramscis antwor-

ten: Mein Intellekt ist pessimistisch, aber von Herzen wünsche ich mir, dass ordentlich gekämpft wird, dass die Leute aufwachen, bevor es zu spät ist. Denn wenn sich das System schließt, wie das Mediensystem in den USA, sind die Chancen für die Demokratie geschwunden. Mein Verstand sagt: Arme Demokratie. Aber die Hoffnung sagt: Gehen wir auf die Barrikaden, erobern wir uns die Gesellschaft zurück. Das ist unsere Gesellschaft.

**NG/FH:** Die Demonstrationen beim IWF in Seattle beispielsweise waren also mehr als ein kurzfristiges Schaulaufen des Protests? Mehr als ein Geist von zwei, drei Tagen? Und was die Krawalle betrifft: Sehen Sie darin eine entwicklungsfähige Form der Politik?

**Haug:** Vorsicht mit dem unterschiedslosen Gebrauch dieses Wortes. War die Bewegung von 1848 auch »Krawall«? Die von 1968? Was den mit Recht so genannten Krawall betrifft: Ich habe mit finsterner Genugtuung zur Kenntnis genommen, dass unter den randalierenden englischen Hooligans während der Fußball-Europameisterschaft Rechtsanwälte und Ingenieure waren. Das war also nicht etwa eine Aktion von Arbeitslosen oder irgendwelcher Randgruppen. Nein, am Krawall als solchem sehe ich nun wirklich überhaupt nichts Gutes – eher so etwas wie Gewalt als Luxus, Gewalt als Gegenstand des Konsums. Also da mache ich schon einen riesigen Unterschied zu den Ausbrüchen der *no-future-generation*, der Vielen, die das Gefühl haben, wir sind nicht erwartet, wir sind nicht gewollt, wir kriegen keine Chance, ergo scheißen wir auf das alles. Das kann ich eher verstehen. Auch wenn ich weiß, dass das eine sinnlose Sackgasse ist. Ich kann nur hoffen, dass diese Gruppierungen irgendwann in Kämpfe verwickelt werden, die einen Sinn haben. Sie müssen um die Aneignung des öffentlichen Sektors, um seine Stärkung kämpfen anstatt zu zerstören, was da ist.

**NG/FH:** Herr Professor Haug, wir danken Ihnen für das Gespräch.

## Berlin-Bücher

CLAUDIA ALDENHOVEN

### Wo bleibt Leibniz?

Das »Theater der Natur und Kunst«  
jetzt als Essayband

Gleich 75 Prominente standen Spalier. Aufgereiht in Reih und Glied im Lichthof des Berliner GROPIUS-BAU konnte der Besucher sie abschreiten: die weltumsegelnden Humboldts, die Philosophen Hegel und Fichte, die Gebrüder Grimm oder die Mediziner Sauerbruch, Virchow und Koch. Die Portraitbüsten verstorbener Gelehrter gehörten zu einer der hundert Einzelsammlungen aller Fachrichtungen der Humboldt-Universität, die in der Ausstellung *Theater der Natur und Kunst* erstmalig präsentiert wurden.

Inzwischen ist die Ausstellung abgebaut. Was bleibt, sind der Katalog und eine umfangreiche Essaysammlung, die stellvertretend – im Auftrag des Präsidenten der HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN – von Horst Bredekamp, Jochen Brüning und Cornelia Weber herausgegeben werden. Genau so ehrenhaft akademisch hölzern, wie das Impressum klingt, sind bis auf einige gelungenere Ausnahmen auch die Essays. Selbst das schönste Wissen lässt sich durch zähe Fachaufsätze nicht vermitteln. Denn schließlich fallen dem Leser dann die Augen zu. Das wusste schon Leibniz.

Er setzte auf unterhaltsame Wissensvermittlung. Mit seinem Projekt *Theatrum naturae et artis* verfolgte Leibniz über Jahrzehnte »eine tief greifende Reform der Wissenschaft, die nicht auf den Ernst, sondern (auf) das Spiel und das Vergnügen setzte«, so Bredekamp im ersten Kapitel. Leibniz' Traum von einem Theater aller nur denkbaren Dinge ließ sich aber weder zu Lebzeiten noch später verwirklichen: »Menagerie. Garten von einheimischen Kräutern, Labor, anatomisches Theater, Raritätenkabinett. Alle Wiss-



Foto: Katalog

**Das Meeresmuseum, Biologische Sammlung und Fischereisammlung, »Deutsches Technikmuseum.«**

begierigen können sich hierher wenden. Dies wäre das Mittel, diese Dinge zu verbreiten. Man würde Akademien, Kollegien, Ballspielhäuser und andere hinzufügen; auch für Konzerte und Gemäldegalerien. Konversationen und Konferenzen.«

Vermittelt werden sollte das schöne Sammelurium durch »Personen von Verstand: Mathematiker, Ingenieure, Gaukler, Scharlatane, Musiker, Dichter, Bibliothekare, Schriftsetzer und Stecher«. Eine ähnlich heterogene Truppe an Autoren hätte auch dem Essayband genützt. Vielleicht lag es an den knapp bemessenen drei Monaten: »Dass diese zunächst hoffnungslos kurz wirkende Zeitspanne ausreichte, um das vorliegende Kompendium zur Geschichte und Bedeutung der Sammlungen zusammenzustellen, kann als Beleg dafür gewertet werden, dass die Universität in ihrer Verbindung von Kultur- und Naturwissenschaft nach wie vor über eine Substanz verfügt, die von keiner Institution ersetzt werden kann.«

Wer auf Dichterisches, Scharlatanöses oder Lustiges hofft, tut dies allerdings vergebens. »Weil hier ein komplexes und teils selbst für Fachleute unbekanntes Material thematisiert wird, sind die Texte weniger als Resümee denn als Basis für zukünftige Überlegungen und Unternehmungen gedacht«, erfährt der Leser im Vorwort und weiß, dass keine leichte Aufgabe auf ihn zukommt. Seine Studiererei ist aber nicht vergeblich: Die Gänge durch Sammlungen und Museen öffnen selbst Museumsmuffeln die Augen: für die Schönheit und vor allem Vergänglichkeit ihrer Objekte. Er trauert um das nicht mehr existierende Hygienemuseum Robert Kochs, um die Gerichtsmedizinische Sammlung, die nach schweren Beschädigungen im Zweiten Weltkrieg heute nur noch Spezialisten zugänglich ist, oder um das Museum für Meereskunde, dessen übrig gebliebene Schätze im DEUTSCHEN TECHNIKMUSEUM zu sehen sind. Wer sich durch den Band durchgearbeitet hat, lernt nicht nur Ausstellungen besser zu schätzen, sondern auch die Menschen, die sie erst ermöglichen: die Sammler, die Mäzene und die wissenschaftlichen Gestalter. Das gilt im Besonderen für das *Theater der Natur und Kunst* als Schirmherrin des Ganzen.

»Die Ausstellung«, räumt ihr Leiter Bredekamp ein, »vermag die Verbindung mit dem Theater, wie Leibniz es vorschwebte, nicht einzuholen; sie bleibt utopisch.« Doch warum ließ sich der Leibniz'sche »Vergnügungspark« nicht wenigstens im Essayband verwirklichen? Auch den Erfinder der spielerischen Wissensvermittlung suchte man in der kleinen »Hall of Fame« der Ausstellung vergeblich. Ernste Wissenschaft schmuggelt nichts in eine Sammlung, auch keinen Leibniz.

*Theater der Natur und Kunst. Wunderkammern des Wissens an der Humboldt-Universität zu Berlin. Bd. 1: Die Essays. Hg.: Humboldt-Universität u. Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften. HENSCHEL, Berlin, 2000, 256 Seiten, DM 49,90.*

## Kritik

### a. Politisches Buch

OLAV MÜNZBERG

#### Nostalgische Leistungsschau Literatur zum Preußenjahr

300 Jahre Preußen – ein Jubiläum nicht ohne politischen Hintersinn. Friedrich Dieckmanns Diktum am Ende des Buches: »Ihn den Großen zu nennen, wäre leichtfertig« (gemeint ist Friedrich II.), erscheint wie eine späte Einsicht, nicht Dieckmanns, sondern eines kleinen Teils der konservativen Geschichtsschreibung in Deutschland, die an dem Attribut »der Große« bei Friedrich II. seit über zwei Jahrhunderten festhält, in der Tradition, Machterweiterungen und Fürstenmacht zu verklären und nostalgisch Gewesenes größer zu zeichnen, als es in Wirklichkeit war und ist, statt Geschehenes und dessen Folgen kritisch zu hinterfragen.

Sein Diktum könnte den Eindruck erwecken, es handele sich um ein kritisches Buch. Das Gegenteil ist der Fall. Dennoch: Sein Artikel ist ein interessanter Schlussstein für ein Buch von Bahners und Roellecke, das sich wie andere Publikationen im Jahre 2001 nach den Preußen-Ausstellungen von 1981 in Westberlin und Potsdam aufmacht – damals noch in beiden Teilen Deutschlands in einer frappierenden Ähnlichkeit von Verklärung –, Preußens Geschichte seit 1701 nicht ohne aktuell politischen Hintersinn neu zu bestimmen. Dies findet jedoch ohne durch den deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrag von 1991 gebotene vorgängige Anfrage oder Mitwirkung des EU-Mitgliedanwärters Polen statt, auf dessen Kosten wirtschaftlich, politisch und personell die seit 1701 eingefädelt preußische und später deutsche Politik bis Frühjahr 1989 gelaufen ist, als SOLIDARNOSC zum ersten Mal halbwegs freie Wahlen im kommunistischen Polen erzwang.

Ein Buch stellt sich methodisch selbst in Frage, das glaubt – um nur ein Beispiel zu nennen –, zur Neubestimmung Preußens im heutigen europäischen Kontext, in dem es um innereuropäische Integration, interkulturelle Assimilation und Fragen der Globalisierung geht – ohne einen Blick auf die teilweise verzweifelte Teilungs- und Selbstbehauptungsgeschichte der Polen von 1772 – 1918 und von 1939 – 1989 auskommen zu können. Kein Artikel zu »Polnisch Preußen«, zur Geschichte der polnischen Minderheit in Preußen. Kein Ansatz zur Aufarbeitung des Verhältnisses Preußens zu Polen. Der Hintergedanke dieser Neubestimmung und der vielen Ausstellungen und Veranstaltungen ist, in Brandenburg und Berlin eine Stimmung zu erzeugen, beide Bundesländer nach einigen Jahren zu einem Bundesland zu vereinen und wieder Preußen zu nennen.

Der sozialdemokratische Ministerpräsident von Brandenburg, Manfred Stolpe, benutzt dieses Erinnerungsunternehmen mehr als wirtschaftliches Instrument, um Touristen und damit mehr Geld in die Kassen des finanzschwachen Brandenburg zu bekommen. Der christdemokratische Regierende Bürgermeister von Berlin Diepgen dagegen eher als Mittel einer pragmatisch kontrollierten politischen Mission konservativer Restauration. Braucht eine »Berliner Republik im Aufbau« für ihre Identitätsbildung derartig verquere Korsettstangen? Der polnische Außenminister, der als »Festredner« zur Eröffnung im Schauspielhaus eingeladen war, hat höflich abgesagt. Vielleicht auch deshalb, weil ein Drittel der Karten für den Adel reserviert war, der weitgehend die Verantwortung für die Politik gegen Polen bis 1918 getragen hat.

Das Buch wird jedoch für einen Leser, der genügend kritische Begriffe hat, interessant, der konservatives Denken kennen lernen und verstehen will. Es klammert nämlich den Zusammenhang von wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Interessen aus und bewegt sich auf der Ebene bloßer politi-

scher und geistesgeschichtlicher Selbstrechtfertigungszusammenhänge und der Erarbeitung einer Leistungsbilanz. Kritische Fragestellungen bilden die Ausnahme. So formuliert wenigstens Monika Wienfort anlässlich ihres Artikels »Das Allgemeine Landrecht im neunzehnten Jahrhundert« ein als allgemein zu unterstellendes Erkenntnisinteresse, wenn man sich schon mit Preußen befasst: »Das Kardinalproblem lautet: Wie konnte es zur Machtübernahme durch die Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 kommen?« Eine Beantwortung dieser Hauptfrage ist von diesem Buch nicht zu erwarten.

Die meisten Artikel sind von diesem Fragehorizont weit entfernt. Nur einige sind von ihm unterirdisch berührt. Die meisten überbetonen die angebliche »Modernität« Preußens, aber ohne Vergleiche zu anderen Ländern heraus zu arbeiten, und basteln nostalgisch und geschichtsklitternd an einer bloßen Leistungsschau. Einige suchen den Unterschied der Nationalkonservativen zu Positionen des Nationalsozialismus im Interesse einer Reinwaschung von Verantwortung. Sie klären nicht den Widerspruch auf, warum, wenn es gerade so große »Leistungen« Preußens auf dem Gebiet des Rechtes, der Philosophie, der Politik etc. gegeben hat, es zu diesem moralischen und rechtlichen Bankrott Deutschlands kommen konnte.

Man kann diese Hilflosigkeit nur verstehen, wenn man wenigstens darauf verweist, wo ihre uralten Verdrängungen bis heute bestehen: u.a. in den Debakeln um die Methoden des Deutschherrenordens und dessen Staat, der sich auf dem militärisch erbarungslos herbeigeführten Untergang von Frühkulturen, u.a. den »Pruzen«, aufbaute, in der schon genannten Opfergeschichte Polens, zu der sie bis auf Ausnahmen merkwürdigerweise bis heute nicht vorgestoßen sind, in der Kritiklosigkeit gegenüber Methoden Friedrichs II. Wenn ein Land keine größeren materiellen Ressourcen hat und sich nicht auf eine dementsprechend bescheidenere Rolle in der Geschichte einrichten

will, dann wird man eben Räuber, wie schon Herder kritisierte, rüstet auf Kosten der Bevölkerung auf und holt sich die Ressourcen mit militärischen Mitteln draußen, am einfachsten beim Nachbarn. Oder später die Kritiklosigkeit gegenüber Methoden Bismarcks, ferner in der Ausgrenzung von inner- und außerpreußischen Kritikern. Und im mangelnden Eingeständnis des Anachronismus autoritärer Konzepte und Strukturen, an deren »Leistungsfähigkeit« sie bis heute festhalten.

Lesenswert sind einige Artikel, auch wenn man ihren Positionen nur teilweise folgen kann. So zum Komplex der »Reformen« in Preußen von Gerrit Walther und Paul Nolte, zum Begriff des Bürgers der Artikel von Andreas Fahrmeir »Die erste Bürgerpflicht ist Ruhe«, zur Frage der Befugnisse des Militärs von Christoph V. Albrecht, Dieter Bartetzkos architekturhistorischer Diskurs entlang Arthur Moeller van den Bruck sowie zu theologischen Begründungsversuchen von konservativen Denkmustern der Beitrag von Hans-Christof Knaus über »Innere Emigration und preußische Idee – Das Beispiel Jochen Kleppers«.

Kritiker müssten in demselben Band zu Wort kommen und ebenso der Blick des Nachbarn, damit der Leser in den Stand gesetzt wird, zwischen Betrachtungsweisen abzuwägen und sich sein eigenes Urteil zu bilden. Ein zweiter Band sei nicht fertig geworden – so der Verlag KLETT & COTTA –, aber es ist zu bezweifeln, ob er letztlich herauskommt.

Auch der von Julius Schoeps herausgegebene Band *Preußen – Geschichte eines Mythos* versammelt Wissenschaftler – hauptsächlich aus Potsdam – und reflektiert in elf Artikeln die Geschichte Preußens zeitlich noch weiter gehend, also von den Anfängen an. Methodisch beschränkt man sich hauptsächlich auf Persönlichkeitsprofile von Kurfürsten und nimmt eindrucksvolles Bildmaterial zu Hilfe. Aber man verbleibt intellektuell und darstellerisch in einem weitge-

hend positivistischen Rahmen. Auch dieses Buch hat nicht den Mut, im neu entstandenen europäischen Geist, die alte Geschichte Preußens zu entrümpeln, indem man Altlasten eingesteht und sich dadurch von ihnen durch ideelle und praktische Wiedergutmachungsimpulse befreit. So nahe liegen Berlin und Brandenburg an Polen. Polen ist interessiert, den Nachfahren des alten Preußen die Hand zu reichen. Aber warum ist kein Artikel zur Unterdrückungspolitik gegenüber den Polen in sprachlicher, religiöser, bildungspolitischer, kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht während der Teilungsgeschichte von 1772 bis 1918 möglich? Preußen und der Umgang mit Minderheiten? Wo verlässt Geschichtsschreibung eigentlich den Boden der Objektivität und wird unwahr trotz guten Willens und der sprachlichen Anstrengung?

*Patrick Bahners / Gerd Roellecke (Hg.), Preußische Stile – Ein Staat als Kunststück, Stuttgart 2001, KLETT & COTTA VERLAG, 576 S., DM 58,-;*

*Julius H. Schoeps (Hg.) Preußen – Geschichte eines Mythos, Berlin 2001, BE.BRA VERLAG, 232 S., 243 farbige Abbildungen, DM 59,90.*

---

INGEBORG HECHT

## Das Geschehene ist nicht abwesend

### I. Wetten am Tor – ein nationalsozialistisches Bühnenbild

Ildi war elf Jahre alt, als sie 1944 nach Bergen-Belsen kam, allein: Aus der behüteten Kindheit in einer deutsch sprechenden Arztfamilie im jugoslawischen Betschkerat herausgerissen – die Eltern waren ermordet worden – haben die Umstände sie gezwungen, sehr schnell reif genug zu werden, um ungeheures Elend umzuwandeln in etwas, das sie zu ertragen und zu bewältigen hatte – auf eine uns oft erschreckende Weise. Ihre Umgebung nennt sie das »Bühnen-Bild«: »Die Pritsche war

mein Beobachtungsposten, mein Kinderzimmer ...«. Ihre Akteure suchte sie unter den dreihundert Menschen der Baracke, auf hundertfünfzig aufgestockten Pritschen verteilt. Da ist z. B. die Ärztin, die dem geschorenen Kind rät, sich als Bub zu verkleiden. Sie erzählt von den Männern, die sogar im Sabbath um ein Sakko *handeln*, das um alles in der Welt keine Läuse haben durfte: Läuse übertrugen Krankheiten, man starb dort an Hunger, Entkräftung, Flecktyphus. Das alles war für Ildi alltäglich, nichts Besonderes. Sie hatte zwei Freundinnen. »Wir gingen von Zeit zu Zeit ... bevor es dunkel wurde, zum großen Tor. Da hatten wir eine besondere Unterhaltung ... Auf Karren lagen, ordentlich aufgeschichtet, die täglich frischen Toten. Die Häftlinge, von denen die Karren geschoben wurden, mussten sich ... sehr anstrengen, sodass sie manchmal ganz einfach umfielen. Da blieb die ganze Karawane stehen. Die Gefallenen wurden eine Zeit lang geschüttelt und wenn man festgestellt hatte, dass es keine Hoffnung mehr gab, sie aufzurichten, zogen sie die Mithäftlinge aus, eine der noch lebenden Leichen warf sich die Kleider über die Schulter und die Karawane setzte ihren Weg fort. Unser Spiel bestand darin, dass wir miteinander wetteten, wer von den schiebenden Leichen das Ende des Weges erreichen würde ...«.

Alfred Grosser hat einmal gesagt, »Nein, das Geschehene ist keineswegs abwesend, nur weil es vergangen ist.« – Eines Tages erschien im Lager das gesamte deportierte Ensemble eines Budapester Kabarets. Der Leiter Rubi brachte dem kleinen Mädchen bei, »dass man auch in den schrecklichsten Dingen immer etwas Komisches finden müsse«.

Ildi liebte ihn dafür ... Als vom »jugoslawischen Rettungskomitee« mit Himmler und Eichmann der makabre Freikauf von Juden vereinbart wurde, gehörten auch die Jugoslawen von Bergen-Belsen dazu. Am 16. April 1945 setzte man sie in einen Zug nach Theresienstadt, wo sie dem Roten Kreuz übergeben werden sollten. Die Deutschen aber hatten Frachtwaggons mit Panzern und

Kanonen angehängt – der Zug wurde bombardiert. Die Häftlinge liefen in den Wald und dort sah Ildi ihren trostreichen Freund Rubi sitzen – leblos ... Wer den Film »Das Leben ist schön« ausgehalten hat, hält auch diese brillante autobiografische Erzählung aus.

## II. Wo andere Leute wohnen ...

Auch Lore Segal war erst zehn Jahre alt, als sie mit einem Kindertransport aus Wien nach England kam, im Dezember 1938. Sieben Jahre lang wurde sie bei verschiedenen Gastfamilien aufgenommen, bei Reichen, bei Armen, bei kühlen, bei herzlichen Leuten. Aber niemals bekam sie das Gefühl, wieder ein Zuhause zu haben. Zwar kamen ihre Eltern nach. Aber: »Sie waren für zusammen ein Pfund in der Woche im Illford House beschäftigt. Oder genauer gesagt: Meine Mutter war für ein Pfund pro Woche beschäftigt, mit dem Zusatz, dass mein Vater im Hause wohnen durfte und als Gegenleistung für seine Dienste als Butler Essen erhielt. Sie hatten, wie alle englischen Hausangestellten, Donnerstag Nachmittag und jeden zweiten Sonntag Nachmittag frei«. Was für eine Situation für eine gutbürgerliche europäische Familie; daraus haben sich, wie Lore beobachten konnte, ausreichende Deformationen ergeben ... Auch sie übrigens hatte anfangs, als sie in der Fremde ankam, mit Schulfreundinnen gewettet: darum, wer zuerst Post von zu Hause bekäme ... Früh hat sie gelernt, ihre Zukunftsvorstellungen durchzusetzen. Man musste sich zwar anpassen, sich den unausgesprochenen Spielregeln jener fremden Umgebung, »wo andere Leute wohnen«, zu beugen. Aber sie gehörte zu jenen Jugendlichen, die die Stärke aufgebracht haben, sich in der Fremde zu bewähren.

Nach einem Literaturstudium in London ging sie mit den Eltern in die Dominikanische Republik, wo schon ein Teil der Familie lebte. Anfang der fünfziger Jahre ging sie in die USA, wo sie den Verleger Segal heiratete. Der letzte Satz ihrer klugen Erinnerungen, in

denen von vielen unterschiedlichen Menschen und Situationen des Emigrantenlebens berichtet wird, lautet: »Kriege gibt es immer noch. Keine meiner Leute ist zurzeit krank. Jeden Tag gibt es Stunden, in denen ich schreiben kann und wir haben unsere Freunde. Mein Mann ist auch Jude, aber in Amerika geboren und diese normale Zeit in unserem Leben ist für ihn keineswegs alarmierend. Aber ich, wo ich jetzt Kinder habe und in dem Alter bin, in dem meine Mutter war, als Hitler kam, bewege mich behutsam und voller Staunen auf dieser Insel meiner Behaglichkeit, denn ich weiß, dass sie auf allen Seiten umgeben ist von Katastrophen.«

## III. Dies Kind soll leben

Von zwei Kindern, die überlebt haben, war die Rede – und das dritte, das dem Buch den Titel gegeben hat, wurde im litauischen Kaugas geboren. Es geriet in eine Welt, die solche Kinder, deren Eltern, deren Religionszugehörigkeit nicht mehr dulden wollte. Im Juni 1941 ist die Deutsche Wehrmacht in Litauen einmarschiert, und unmittelbar danach setzten die Vernichtungsaktionen ein. Die 1891 in Jena geborene und in Litauen lebende christliche Malerin, Kunst- und Deutschlehrerin Helene war verheiratet mit dem jüdischen Maler und Buchhändler Max Holzmann; man lebte im Ghetto. Er und die älteste Tochter wurden ermordet. Helene setzte ihre Verzweiflung um in tätige Hilfe. Sie konnte die kleine Tochter aus dem Ghetto schmuggeln – »dies Kind soll leben!« ... Und da sie Christin war, befand sie sich in einer verhältnismäßig guten Situation, die ihr erlaubte, zu beobachten. Und so wurde sie zu einer präzisen Chronistin dieser Jahre voller Angst. Sie konnte die Atmosphäre unendlicher Verbrechen, Grausamkeiten, Überheblichkeiten und Bestialitäten schildern, indem sie von den aufreibenden Details berichtete, den Hilfsaktionen, in denen es gelang, Menschen aus dem Ghetto zu schmuggeln, Verstecke zu finden, Lebensmittel zu beschaffen, Warnungen weiterzu-

Ingeborg Hecht wurde am 1. April 80 Jahre alt. Seit Jahren leistet die Autorin wichtige Erinnerungsarbeit. In ihrem Buch »Als unsichtbare Mauern wuchsen« (1984) erzählt sie ihre Lebensgeschichte als »Mischling ersten Grades« unter den Nürnberger Gesetzen. Die Autorin lebt seit 1954 in Freiburg/Br.



Foto: privat

geben vor plötzlichen Aktionen, auch vor Spitzeln.

Die Kraft nahm sie aus der Hoffnung, dass das alles eines Tages vorbei sein werde. Im Jahre 1944 eroberte die Rote Armee Litauen. Es begann für die Chronistin und ihre Tochter ein verhältnismäßig normales Leben. Normal? »Die Toten begegnen mir oft im Traum!«, schreibt sie, die inmitten des unendlichen Elends einen bereits schon so objektiven Überblick hatte. Zudem sind die Schilderungen von hoher literarischer Qualität und machen die drei litauischen Jahre unter den Deutschen vorstellbarer, als Dokumente oder Statistiken es vermögen. Mutter und Tochter zogen später nach Gießen, 1968 ist die Autorin bei einem Autounfall ums Leben gekommen. Die Tochter und der in Frankfurt lebende Schriftsteller Reinhard Kaiser haben diese Erinnerungen jetzt herausgegeben. Kaiser, durch sein eigenes Schicksal (*Königskinder*, 1996 erschienen)

mit der Familie in Kontakt geraten, hat in seinem Nachwort Stationen des Lebens der Holzmanns ergänzend deutlicher gemacht. Die vorzügliche Edition mit den zahlreichen Zwischentiteln, den Fotos und Stadtplänen erlauben es dem Leser, den Überblick zu behalten.

#### IV. Frauen im Krieg – Krieg der Frauen

Die Autorin ist viel herumgekommen, und wo immer sie hinkam, erfuhr sie von Schicksalen, wie sie sich unsere jüngeren Generationen nicht vorzustellen vermögen. Rosemarie Killius hat Frauen u. a. in Deutschland, Frankreich, Polen und in der ehemaligen Sowjetunion besucht – Töchter, die meist ohne Väter aufgewachsen sind, oder im Schatten von deren Schicksalen. Diese jetzt alten Damen führten sie in Ghettos, Gefängnisse, Konzentrations- und Zwangsarbeitslager, an Fronten und in gefährvolle Exile. Die 1943 in Karlsruhe

geborene Autorin, die selbst ihren im Krieg vermissten Vater niemals kennen lernen durfte, hat die Folgen dieses Verlustes in vielen Gesprächen auch bei anderen als gravierend erlebt. »Sei still, Kind, Adolf spricht jetzt!«, haben ihr Urgroßmutter, Großmutter und Mutter aufgeregt-gespannt zugerufen und so hat sie »den Mann mit der schreienden Stimme« für ihren »Kriegspapa« gehalten. Ein Trauma, das sie dazu veranlasste, sich auf die Spuren solcher Leidensgenossinnen zu begeben. Mit ihnen erlebte sie nachträglich deren Angst, Leid, Hunger, Krankheit, Kälte, Einsamkeit, Hass – aber auch Hoffnung und Tapferkeit.

Sie hat zum Beispiel mit zwei Scharfschützinnen gesprochen: einer aus Deutschland, einer aus Russland. Sie sprach mit einer Polin, die aus dem Ghetto Lodz über Auschwitz nach Bergen-Belsen kam, und für deren Schicksal prägte sie das Wort: »Vergangenheitsinferno«. Sie sprach mit den Kindern der Väter des 20. Juli; mit den Frauen, deren Väter spät aus der Gefangenschaft kamen (»Wer ist der alte Mann?«). Sie sprach mit Töchtern, deren Väter zum NATIONALKOMITEE FREIES DEUTSCHLAND gehört hatten, ein bis heute brisantes Thema, dessen Tragik zu den unendlichen variationsreichen Konflikten der zwölf Jahre des Nazireiches gehören.

Ildi Ivanji: *Wetten am Tor. Aus dem Serbokroatischen von Milo Dor*. PICUS VERLAG, Wien 2000, 96 Seiten, DM 24,80.

Lore Segal: *Wo andere Leute wohnen. Roman*. PICUS VERLAG, Wien 2000, 320 S., DM 39,90.

*Dies Kind soll leben. Die Aufzeichnungen der Helene Holzmänn 1941 – 1944*. Hg. von Reinhard Kaiser und Margarete Holzmänn. SCHÖFFLING & CO.; Frankfurt a. M. 2000. 384 S., Fotos und Stadtpläne von Kaunas. DM 44,-.

Rosemarie Killius: »Sei still, Kind, Adolf spricht.« *Gespräche mit Zeitzeuginnen*. 256 S., 27 Abb. MILITZKA-VERLAG, Leipzig 2000. DM 38,-.

JOHANO STRASSER

## **Gegen die Barbarei einer totalitären Ökonomie** Jeremy Rifkins Kritik des digitalen Paradigmas

Seit 1996 sein Buch *Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft* im CAMPUS-VERLAG erschien, ist Jeremy Rifkin auch in Deutschland eine beachtete Stimme im intellektuellen Diskurs über die Chancen und Risiken des globalen Kapitalismus. Nun liegt ein weiteres gewichtiges Werk aus seiner Feder vor, und wieder geht es um die Frage, was die turbulenten Veränderungen in der Sphäre der Ökonomie bedeuten, die sich vor unseren Augen vollziehen. »Access«, der englische Titel des Buches, ist zugleich auch der Titel der deutschen Übersetzung, wohl weil das deutsche Wort »Zugang« auch nicht viel aussagekräftiger gewesen wäre. Dafür ist der Untertitel von geradezu dramatischer Deutlichkeit: *Das Verschwinden des Eigentums*.

Worum geht es? Die auf vierhundert Seiten an einer Fülle von Beispielen erläuterte These lautet: Im sich herausbildenden modernen Kapitalismus geht es immer weniger um den Austausch von Gütern als um den Erwerb von Zugangsrechten. Eigentum, so der Autor, spiele eine immer geringere Rolle; worauf es für den wirtschaftlichen Erfolg ankomme, sei der Zugang zu Wissen und Märkten, seien Nutzungsrechte von Strukturen und Ressourcen. Im Ergebnis laufe alles auf eine historisch neue Form des Kapitalismus hinaus, in der immaterielle Güter mehr und mehr die materiellen verdrängten und die Kategorie des Eigentums nur noch eine periphere Bedeutung habe.

Ob es sich tatsächlich um ein generelles Verschwinden des Eigentums handelt, wie es der Untertitel der deutschen Ausgabe suggeriert, wird noch zu erörtern sein. Sehen wir uns zunächst die Belege an, die Rifkin für seine These von der radikalen Neustrukturierung der Wirtschaft präsentiert: »Die Entwicklung einer Wirtschaft der Netzwerke, die

stetige Entmaterialisierung der Waren, die schwindende Bedeutung von Sachkapital, der Bedeutungszuwachs von immateriellem Vermögen, die Metamorphose von Gütern in reine Dienstleistungen, der Übergang von einer Produktions- zu einer Marketingperspektive, die Übersetzung von zwischenmenschlichen Beziehungen und Erfahrungen in Waren und Geschäfte sind Elemente der radikalen Neustrukturierung, die in der hochtechnisierten globalen Wirtschaft vor sich geht...«

Was Rifkin hier beschreibt und was nach ihm in der Summe auf eine »radikale Neustrukturierung« der Weltwirtschaft hinausläuft, scheint tatsächlich ein Grundzug der jüngsten ökonomischen Entwicklung zu sein. In den fortgeschrittensten Bereichen der Ökonomie, besonders in der *New Economy*, spielt es heute in der Tat keine Rolle mehr, ob jemand Büros, Produktionshallen, Rohstofflagerstätten und Transportkapazitäten besitzt. Alle diese Dinge kann man, sofern man sie überhaupt noch braucht, von Fall zu Fall »leasen« oder sich anderweitig verfügbar machen. In den USA sind schon heute fast ein Drittel aller Maschinen, Betriebsanlagen und Transportflotten geleast, d.h. sie befinden sich nicht im Eigentum der Firmen, die sie nutzen. In immer größerem Umfang werden Unternehmensbereiche im Zuge von *Outsourcing* und *Franchising* nach außen verlagert. Was früher die materielle Substanz und Gestalt des Unternehmens ausmachte, die Immobilien, Produktionshallen, Büros, Maschinen, all das ist heute oft nebensächlich. Entscheidend ist allein das geistige Kapital in den Köpfen der Mitarbeiter, ist die Fälligkeit, kooperative Netze zu knüpfen, eine erfolgreiche Marketing-Strategie. In einem Wort: »Konzepte, Ideen und Vorstellungen – nicht Dinge – sind in der neuen Ökonomie die Gegenstände von Wert.«

### **Der Verfall öffentlicher Räume**

Dieselbe Flexibilität, die die modernen Unternehmer ihren Mitarbeitern verordnen, wird auch dem Unternehmen als ganzem abverlangt. Moderne Unternehmen sind immer

häufiger ortlos, sie wechseln ihre Gestalt, breiten sich netzartig aus, gehen strategische Partnerschaften ein oder ziehen sich je nach Bedarf auf einen Kernbestand zusammen, um sich den jeweiligen Aufgaben und der jeweiligen Marktlage optimal anpassen zu können. Dass bei so viel selbstverordneter Beweglichkeit umfangreicher Immobilienbesitz, ein eigener Fuhrpark; große Lagerhallen und vielköpfige Belegschaften nur noch als störender Ballast empfunden werden, ist nicht schwer einzusehen. Es sei denn – das wäre an dieser Stelle nun doch anzufügen –, man macht seine Geschäfte eben gerade damit, anderen Unternehmen Immobilien und Transportkapazitäten bereitzustellen, ihre Lagerhaltung und ihren Vertrieb zu organisieren und ihnen je nach Bedarf die erforderlichen Arbeitskräfte zu vermitteln.

Aber nicht nur die Organisation der Produktion verändert sich, es verändern sich auch die Produktionsinhalte. Nicht selten sind es sogar die veränderten Produktionsinhalte, die die Veränderung der Produktionsstruktur und der Produktionsprozesse erst erzwingen. Im Zentrum des modernen Kapitalismus stehen nicht mehr die materiellen Güter, sondern immaterielle Güter, die wir zumeist mit dem unscharfen Ausdruck »Dienstleistungen« bezeichnen. Mit klug konzipierten umfassenden Dienstleistungsangeboten, so der ökonomische *commonsense*, lässt sich heute in aller Regel mehr Geld verdienen als mit der Produktion von Gütern, und wo man weiterhin Güter produziert und auf den Markt bringt, tut man gut daran, die Güterproduktion mit einem Kranz von Dienstleistungen zu umgeben. Nicht der Verkauf von Handys ist das Geschäft, in dem das große Geld gemacht wird, sondern der Verkauf all jener immateriellen Produkte, auf die mittels des Handys zugegriffen werden kann. Und um dieses Geschäft anzukurbeln, kann es sich sogar auszahlen, die Handys selbst zu verschenken.

Nach Rifkin ist die Industrialisierung der Kultur das deutlichste Zeichen für die Imma-

terialisierung der Produktion und der abnehmenden Bedeutung des Eigentums. Denn ganz besonders in diesem Bereich tritt an die Stelle des Austausches von Waren immer häufiger der Verkauf von Zugangsrechten. Die früher zentrale Operation auf den Märkten, die zwischen Käufer und Verkäufer ausgehandelte Übertragung von Eigentumsrechten, verliert hier ganz offensichtlich an Bedeutung gegenüber dem gegen Gebühr erworbenen Recht auf Zugang zu den Kulturprodukten, wobei die neuen digitalen Kommunikationstechniken eine entscheidende Rolle spielen. Was sich damit ändert, fasst Rifkin so zusammen: »Zur Ware werden nicht die Dinge, sondern die Beziehungen zwischen den Verhandlungs- oder Vertragsparteien.«

Dass dies so ist, hat seinen tieferen Grund in der Natur der Produkte selbst. Das Problem, das Rifkin selber nicht erörtert, ist aus der Diskussion um die sogenannte »Wissensökonomie« bekannt. Information, Wissen, überhaupt alle nicht materiellen Güter können nicht in der gleichen Weise den Besitzer wechseln wie materielle Güter. »Information«, schreibt Geoffrey M. Hodgson in seinem 1999 erschienenen Buch *Economics and utopia*, »ist eine besondere Ware, weil der Verkäufer sie zugleich verkaufen und behalten kann«. Es kann hier also gar nicht um exklusiven Besitz und Übertragung von Eigentum im traditionellen Sinn gehen, sondern nur um zeitlich begrenzte oder dauerhafte Nutzungsrechte.

Diejenigen, die in einer solchen Ökonomie auf den Zugangsportalen sitzen und die Bedingungen der Nutzung der neuen Produkte festlegen, sind laut Rifkin die neuen Mächtigen. »In einer um Zugangsbeziehungen herum organisierten Gesellschaft bestimmt derjenige, der über Kommunikationskanäle verfügt und den Zugang zu den Netzwerken kontrolliert, wer mitspielen darf und wer ausgeschlossen wird.« Wer einen Internet-Anschluss hat und sich die Zugangsgebühren leisten kann, dem steht die ganze Palette digital vermittelter Informationen und

Erlebnisse zur Verfügung. Aber mehr als die Hälfte der Menschheit hat nicht einmal Zugang zu einem Telefon, geschweige denn zu einem Internet-Anschluss. Diese Menschen und die vielen, die sich die Zugangsgebühren nicht leisten können, sind von den Segnungen der *New Economy* von vornherein ausgeschlossen. Sie sind die modernen Parias.

Wäre diese sogenannte »digitale Kluft« das ganze Problem, wäre also, mit Anthony Giddens zu sprechen, die Inklusion der Ausgeschlossenen die alles entscheidende politische Aufgabe des 21. Jahrhunderts, dann müsste die Lösung wohl darin gesucht werden, möglichst alle Menschen zu möglichst gleichen oder, wie Politiker heute lieber sagen: fairen Bedingungen an die digitalen Netze anzuschließen. Und genau das ist es dann auch, was sozial denkende moderne Politiker allenthalben propagieren: Computer in die Schulen und Weiterbildungseinrichtungen, Inklusion als Inbegriff moderner Sozialpolitik.

Aber für Rifkin greift diese unter Gerechtigkeitsgesichtspunkten naheliegende praktische Schlussfolgerung zu kurz. Der Zugriff des modernen Kapitalismus auf das Wissen, die Erfahrung, die Phantasie, die Verwandlung aller geistigen Produkte, ja, des Lebens selbst in Waren, ist es, was ihn alarmiert.

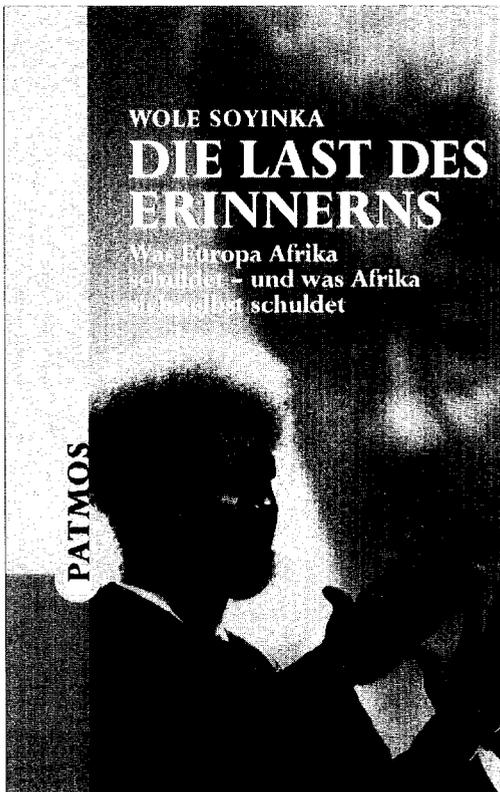
### **Die Entgrenzung des Ökonomischen als tödliche Bedrohung**

Die »Absorption des Privaten durch den Markt«, der Verfall öffentlicher Räume, in denen die Menschen nicht als Konsumenten, sondern als Inhaber demokratischer Rechte und Pflichten miteinander in Beziehung treten, die immer tiefere Durchdringung der menschlichen Lebenswelt mit der Logik und den Ansprüchen der Ökonomie ist die eigentliche, die existentielle Herausforderung, mit der wir heute konfrontiert sind. Die menschlichen Beziehungen und Erfahrungen werden zum Gegenstand ökonomischen Interesses, jeder freie Moment unseres Lebens wird zunehmend mit ökonomischen Signalen, Verknüpfungen, Transaktionen

PATMOS  
Verlagshaus



**Das neueste Buch des Literaturnobelpreisträgers  
Wole Soyinka über historische  
Schuld als Erbe des  
Kolonialismus**



Die Folgen des Kolonialismus, der Mitte des 20. Jahrhunderts in Afrika zu Ende ging, sind nach wie vor verantwortlich für die ungeheuren Probleme, denen sich dieser Kontinent gegenüber sieht. Wole Soyinka, eine der wichtigsten Stimmen Afrikas, macht deutlich, dass historische Schuld für die Europäer, zumal die Deutschen, nicht erst mit dem Holocaust begann. Soyinka blendet dabei auch afrikanische Mittäterschaft nicht aus.

**Wole Soyinka**

**Die Last des Erinnerns**

Was Europa Afrika schuldet –  
und was Afrika sich selbst schuldet  
152 Seiten

Gebunden mit Schutzumschlag

DM 29,80 öS 218,- sFr 27,40

ISBN 3-491-72444-9

**Patmos**

angefüllt. »Sie bohren sich«, schreibt Rifkin, »wie Würmer ihren Weg in unser Bewusstsein, beanspruchen einen großen Teil der Zeit, in der wir wach sind, okkupieren viele unserer Gedanken und gönnen uns kaum eine kleine Ruhepause.«

Die Entgrenzung des Ökonomischen könnte sich als tödliche Bedrohung der modernen Zivilisation, von Demokratie, kultureller Vielfalt und Zivilität erweisen. Es spricht manches dafür, dass wir es hier, nachdem der politische Totalitarismus abgewirtschaftet hat, mit der neuen Totalitarismusgefahr zu tun haben. »... wenn praktisch alle Beziehungen zu kommerziellen Beziehungen werden«, schreibt Rifkin, »und das Leben eines jeden Menschen 24 Stunden täglich zum Gegenstand des Kommerzes wird, was bleibt dann für nichtkommerzielle Beziehungen übrig – für Beziehungen, die auf Verwandtschaft, Nachbarschaft, gemeinsamen kulturellen Interessen, religiöser Zugehörigkeit, ethnischer Identifizierung und brüderlichem oder staatsbürgerlichem Engagement beruhen? ... Was passiert mit dem Wesenskern der menschlichen Existenz, wenn sie von einem allumfassenden Netz kommerzieller Beziehungen aufgesaugt wird?«

Die Dramatik der Entwicklung, die Rifkin beschreibt, liegt darin begründet, dass der moderne Kapitalismus immer tiefer in das Leben der Menschen, in ihre Beziehungen, ihre Gedanken, ihre Wünsche und Phantasien eindringt, könnte es zu einer Instrumentalisierung und Selbstinstrumentalisierung des Lebens kommen, an deren Ende die Verkümmernung jenes Potenzials kultureller Selbsterneuerung steht, ohne das Humanität und Freiheit, kulturelle Vielfalt und Entwicklung nicht denkbar sind.

Mit »Access« – »Zugang« – hat der Autor in der Tat eine Kategorie ins Zentrum seiner Überlegungen gerückt, die viel über die neue Formen der Organisation und Verteilung ökonomischer Macht aussagt. Freilich darf bezweifelt werden, dass die wachsende Bedeutung der Zugangskontrolle mit

einem generellen Verschwinden des Eigentums gleichzusetzen ist. Wenn auch zunehmend auf den neuen Märkten nicht mehr Eigentum im herkömmlichen Sinn übertragen wird, sondern gegen Gebühr Zugang gewährt wird, so fußt doch die Kontrolle über die Zugangsportale und damit die Möglichkeit, das große Geld zu verdienen, nach wie vor auf Eigentum. Nur die Personen und Organisationen, die über immense Geldreserven und ein großes Anlagekapital verfügen, setzen sich, wie wir gerade jetzt wieder beobachten können, am Ende auch in der *New Economy* durch.

Daran, dass Eigentum Macht bedeutet, hat sich grundsätzlich nichts geändert. Die Tatsache, dass Eigentum heute weniger oft zur Produktion materieller Güter und häufiger zur Produktion immaterieller Güter und zur Etablierung gebührengesicherter Zugangssysteme genutzt wird, mag auf den ersten Blick den Eindruck erwecken, dass Eigentum nun keine beherrschende Rolle mehr spiele. In Wahrheit aber hat sich nur die dominierende Form kapitalistischer Akkumulation verändert; denn auch hier geht es nach wie vor nur darum, das eingesetzte Kapital und damit eben das Eigentum möglichst schnell zu vermehren. Der Grundkonflikt zwischen der Durchökonomisierung des Lebens und dem modernen Leitbild freier und selbstbestimmter Menschlichkeit, ist in der Tat die politische und soziale Frage unseres Jahrhunderts. Denn: »Wenn die Kultur ihre Verankerung in der Gemeinschaft verliert und auf kommerzielle Unterhaltung reduziert wird, dann ›versiegt‹ der immanente Wert.« Die von Gerhard Schröder geförderte und in den *FRANKFURTER HEFTEN* diskutierte »Aktivierung der Bürgergesellschaft« könnte sich in der Tat als der entscheidende Hebel erweisen, um die Barbarei einer totalitären Ökonomie abzuwehren.

*Jeremy Rifkin: Access: »Zugang haben«, oder: Vom Verschwinden des Eigentums in der Neuen Ökonomie, CAMPUS VERLAG 2000, 542 S., DM 49,80.*

MICHAEL BRÖNING  
**Gegen den Strom:  
Chomsky und der Neoliberalismus**

Für die *NEW YORK TIMES* ist er der »vielleicht bedeutendste lebende Intellektuelle«. Auf der Rangliste der meist zitierten Werke der Geisteswissenschaften läuft er Hegel und Cicero als Nummer acht deutlich den Rang ab. Die Rede ist von Noam Chomsky, dem Urvater der modernen Linguistik.

In seinem jüngsten Werk behandelt Chomsky in vier Aufsätzen Fragen des Neoliberalismus, der Neuen Weltordnung und der politischen Meinungskontrolle und präsentiert seine – zuvor lediglich einzeln erschienenen – Aufsätze einem breiterem Publikum. Es sind dies typische Chomsky Themen. Der Aktualität seiner Analysen tut das jedoch keinen Abbruch. Leitmotivisch durchziehen die Aufsatzsammlung dabei entwicklungspolitische Fragen. Voller Leidenschaft, dann wieder sarkastisch distanziert, rechnet Chomsky mit orthodoxen Modernisierungstheorien, mit *Laissez-faire* und mit Advokaten eines *Trickle Down*-Effekts ab, der in der Dritten Welt seit Jahrzehnten auf sich warten lässt. In klaren Worten werden dabei heilige Kühe des Neoliberalismus gekult.

Der Autor untersucht die Voraussetzungen und Bedingungen wirtschaftlichen Wachstums und überführt den industrialisierten Westen einer institutionalisierten Doppelmoral. Für Chomsky ist wirtschaftliche Entwicklung in Staaten der »Dritten Welt« nur durch Abkehr von dogmatischen Freihandelsprinzipien denkbar. Der Westen und insbesondere die USA hätten als »Vorreiter des Protektionismus« einst systematisch Marktprinzipien durch Handelsbarrieren, staatliche Subventionen und Investitionen umlaufen und erst so ihre ökonomisch dominierende Position einnehmen können. Die implizite Konsequenz: Nun muss auch den wirtschaftlich unterentwickelten Ländern der südlichen Hemisphäre eine zeitweise Abschottung vom »Turbokapitalismus« der glo-

balisierten Wirtschaft (*Edward Luttwak*) eingeräumt werden. Eben hierzu aber seien die entwickelten Staaten – so Chomsky – nicht bereit. Im Gegenteil: das Freihandelsprinzip gelte lediglich selektiv und werde von den industrialisierten Staaten im Interesse einflussreicher Eliten verbogen und verzerrt. Das Motto laute »Marktdisziplin für *dich* aber nicht für *mich*«.

Werden an dieser Stelle Parallelen zu Walter Rodney und den *Dependencia* Theorien der 60er und 70er Jahre offensichtlich, so ist das kein Zufall, denn auch Chomskys Interesse an den globalen polit-ökonomischen Eliten erinnert an neomarxistische Maxime. Die Entwicklung des globalen Systems wird dabei primär als Prinzip divergierender Klasseninteressen begriffen, die von multinationalen Konzernen mit dem Mantel des »nationalen Interesses« bedeckt werden. Dadurch, dass das »nationale Interesse« »nichts oder nur wenig« mit dem Interesse der breiteren Bevölkerung zu tun habe, fördere der Neoliberalismus die Pauperisierung der Massen, während er den Besitzenden zugleich explodierende Profite beschere.

Chomskys Werk macht es dem Leser nicht leicht, denn bei aller Sympathie für das Anliegen des Autors und die oft berechtigte Kritik bleibt ein fader Beigeschmack. Fehlende Literaturangaben des ersten Aufsatzes und ein teilweise fehlerhaftes Glossar am Ende des Werkes werden auch durch den sympathisch unpräzisen Stil des Sprachwissenschaftlers nicht akzeptabler. Schwerwiegender jedoch erscheint die fast schon klassische Sünde der linksoppositionellen kritischen Literatur: Der Leser wird mit einer Fülle von Negativbeispielen alarmiert, muss dann aber auf jede schlüssige Alternative zur derzeitigen Ordnung verzichten. Bei Chomsky finden sich lediglich vage Rufe nach »mehr Demokratie«.

*Noam Chomsky: Profit over People. Neoliberalismus und Globale Weltordnung.* EUROPA VERLAG, Hamburg & Wien 2000. 158 Seiten. DM 24,50.

## b. Literatur

WIELAND FREUND

### Literaturforum:

#### Tschechows Ring an Sebalds Finger

»Ich glaube daran«, so sagte es Tschechow, »dass nichts vergeht und dass der kleinste unserer Schritte von Bedeutung für unser gegenwärtiges und künftiges Leben ist.« Dass nichts vergeht! Das könnte über dem Tor stehen zur Unendlichen Bibliothek, die alle Literatur und mit ihr alles Leben verwahrt. Da hat alles Fordern schließlich nichts geholfen. Die totale Gegenwart klagte jene literarische Bewegung ein, die man sich »Pop« zu nennen angewöhnt hat. Sie ist damit gescheitert. Als Christian Krachts Roman *Faserland* erschien, Beschreibung des leeren Moments, erschienen eben auch Marcel Beyers *Flughunde*, Tonprotokolle aus dem Führerbunker. Es gibt keine Gegenwart ohne Vergangenheit, lautet die Lektion, und selbst ein Schreiber wie Frank Goosen, der sich bewusst in die Tradition Nick Hornbys stellt (und damit doch »Pop« sein müsste), lotet in diesem Frühjahr die Vergangenheit der 80er Jahre aus. *Liegen lernen*, EICHBORN, 304 S., DM 39,80.

Währenddessen wird Leander Scholz' RAF-Roman *Rosenfest* (HANSER, 247 S., DM 35,-) vor allem seiner Ausführung wegen heftig kritisiert. Der Befund aber bleibt: Pop ist vorbei, und die junge deutsche Literatur ist dabei, ihre Vergangenheit zu erreichen. Sie kann, sie soll das Spurenlesen lernen bei einem, der nie Teil war des Gewimmels in Literaturdeutschland. Denn W. G. Sebald gehört selbst zu den Ausgewanderten, zu jenen, denen er 1993 vier Erzählungen in einem Band widmete. Seit mehr als dreißig Jahren lebt er im englischen Norwich, deutsche Literatur lehrend, vor allem aber schreibend, und spätestens seit seiner »englischen Wallfahrt« *Die Ringe des Saturn* (1995) zählt er zu den gewichtigsten deutschen Autoren der Gegenwart. Programmatisch beschreibt dieser Titel Sebalds Werk: So wie die Schwer-

kraft die Bruchstücke eines vergangenen Mondes immer wieder um den Planeten der Melancholie schickt, bewahrt auch Sebald so sonderbar leichte Prosa die Reste der Zeit in eigentümlicher Traurigkeit. Keine Romane schreibt Sebald, keine Erzählungen, seine Texte sind Museen vielmehr, in denen Biografien, Geschichten und Dinge bewahrt und ausgestellt werden.

Auch sein neues Buch, *Austerlitz* (HANSER, 416 S., DM 46,-), hat W. G. Sebald ohne das Etikett »Roman« auf die Reise geschickt. Ein Roman sein aber könnte es trotzdem, erstmals. Denn jener Jacques Austerlitz, um dessen Geschichte der Text kreist, ist deutlicher eine fiktive Figur als sonst wohl irgendjemand im Werk Sebalds. Deuten auch dem Buch beigegebene Fotografien hin auf ein reales Vorbild der Figur, die Erzählsituation macht sie zur fiktiven. Ein namenloses Ich nämlich, den bisherigen Ich-Erzählern Sebalds verwandt, ist zwischen die Erzählinstanz Austerlitz und den Leser gestellt. Spricht Austerlitz, dann durch den Mund dieses Ich. Austerlitz' Geschichte ist so notwendig eine erzählte.

Sie beginnt in Wales, wo Austerlitz, ohne dass ihm das bewusst wäre, unter falschem Namen aufwächst. Erst nach dem Tod seiner vermeintlichen Mutter und mit Beginn der Demenz seines angeblichen Vaters, erfährt Austerlitz von seinem wahren, so unheimlich europäischen Namen. Statt aber nun mit der Suche nach den eigenen Ursprüngen zu beginnen, flieht Austerlitz jede mögliche Erkenntnis. Er wird zu einem Historiker mit einem blinden Fleck. Deutschland, Ursprungsland des Verbrechens an seiner Identität, spart er ebenso aus wie die Geschichte der Jahre 1933 bis 1945. Zwar weiß er »von den Schmerzensspuren, die sich in unzähligen feinen Linien durch die Geschichte ziehen«, ein Bewusstsein für die eigene Wunde aber entwickelt er lange nicht. Bis er die Tür aufreißt, »hinter der die Schrecken der Kindheit verborgen sind«. Jacques Austerlitz ist ein Prager Jude. Die Spur seiner Mutter verliert sich

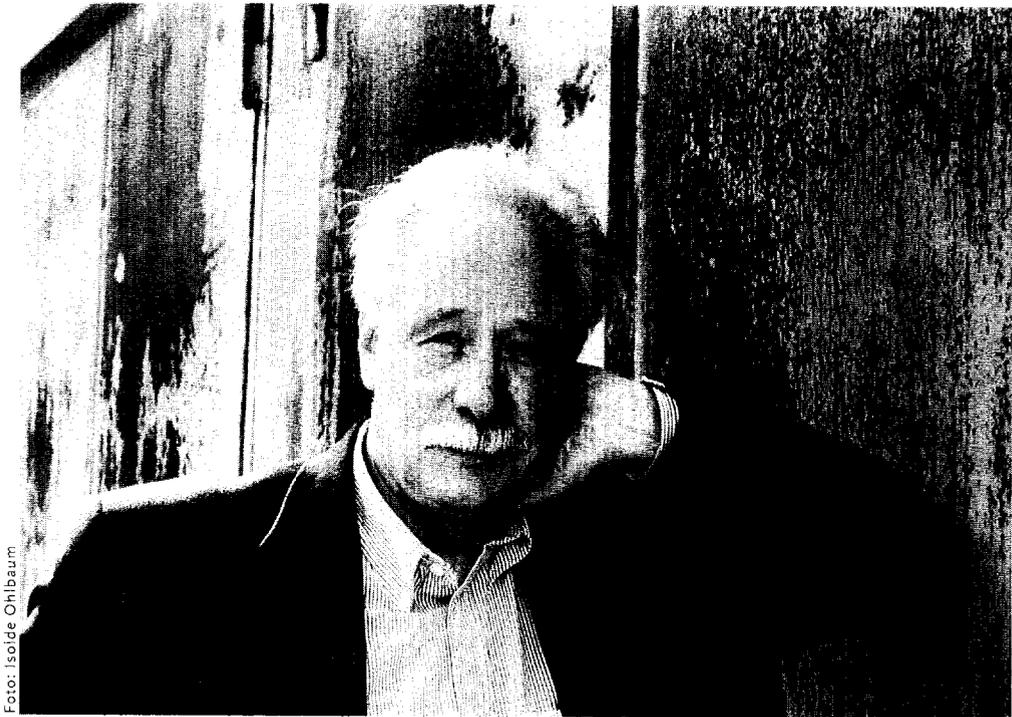


Foto: Isolde Ohlbaum

**Sonderbar leichte Prosa in eigentümlicher Traurigkeit: W. G. Sebalds neues Buch »Austerlitz«.**

in den Lagern, die des Vaters in Paris, nachdem die Deutschen dort einmarschiert sind.

Dieser Jacques Austerlitz, dem der Erzähler das erste Mal im Bahnhof von Antwerpen, im *Salle des pas perdus*, begegnet, man wird ihn fürderhin zu den zentralen Figuren der deutschsprachigen Literatur zählen müssen. So konsequent ist er ausgestaltet, dass er manches Mal wie eine fantastische Figur anmutet. Austerlitz ist ein Wanderer im Raum der Zeit, die ihre Gültigkeit für ihn verloren hat. Sechs Uhr genau sei es gewesen, berichtet er einmal, als er, in einem Lesesaal der neuen französischen Nationalbibliothek, eine Fotografie der Registratur in Terezin in die Hände bekam. Auf dem Bild selbst aber – » nach Sebalds Manier abgebildet im Buch Austerlitz« – zeigt eine Uhr ebenfalls die Zeit an: Eine Minute nach sechs, und es ist, als hätte Austerlitz den Raum gewechselt. Von der Gegenwart des Lesesaals, in dem er sitzt, ist er gesprungen in die Vergangenheit des Bildes. »Eine Schrecksekunde«, so lautet ein Satz, der sich anderswo im

Werk W. G. Sebalds findet, »und ein ganzes Zeitalter ist vergangen.«

Vielleicht lässt es sich so sagen: W.G. Sebald hat in Austerlitz mit Austerlitz sich selbst einen beeindruckenden Stellvertreter geschaffen. »Es war für mich von Anfang an erstaunlich«, so sagt es der namenlose Erzähler über Austerlitz wie es der Leser über Sebald sagen möchte, »wie er sozusagen aus der Zerstreuung heraus die ausgewogensten Sätze entwickeln konnte, und wie für ihn die erzählerische Vermittlung seiner Sachkenntnisse die schrittweise Annäherung an eine Art Metaphysik der Geschichte gewesen ist, in der das Erinnernte noch einmal lebendig wurde.«

»Nichts ist vergänglich«, das wollte Tschechow in einen Ring ritzen lassen, falls er einmal das Bedürfnis haben sollte, einen Ring zu bestellen. Wer weiß, ob er es je hatte, dieses Bedürfnis, und wer weiß, wo dieser Ring, gibt es ihn denn, heute ist. Gewiss ist nur eines: W.G. Sebald würde ihn finden. Vorausgesetzt, er trägt ihn nicht schon am Finger.



**Marielouise Janssen-Jurreit erzählt von einer unglücklichen Liebe inmitten der Politik.**

## TILMAN FICHTER Eine hoffnungslose Liebe am Vorabend der Freiheit

Fast zwanzig Jahre nachdem General Jaruzelski in Warschau das Kriegsrecht gegen *SOLIDARNOSC* verhängte, erscheint bei ROWOHLT eine bittere Tragödie über Polen und Deutsche im vergangenen Jahrhundert. Marielouise Janssen-Jurreits Entwicklungsroman erzählt von der schwierigen und letztlich hoffnungslosen Liebe zwischen der Bonner Historikerin Nori Laezius und dem Intellektuellen von *SOLIDARNOSC*, Adam Letowski, im Sommer 1981. Zugleich erinnert die Erzählerin daran, wie vorurteilsbeladen die *Status-quo*-Kultur in Westdeutschland und West-Berlin noch Anfang der 80er Jahre auf die Freiheitsbestrebungen der Polen reagiert hat. Denn nicht nur auf dogmatische Kommunisten wirkten damals die Amulette der Schwarzen Madonna von Tschenschou an den Revers der *SOLIDARNOSC*-Aktivisten höchst befremdlich. Erinnert sei nur an Egon Bahr, der noch im Januar '82 im *VORWÄRTS* versprengte deutsche *SOLIDARNOSC*-Sympathisanten – etwa in der Gewerkschaftsjugend oder unter Frankfurter Spontis – belehrt hatte: »Kein Ziel rechtfertigt den Krieg; Weder

die deutsche Freiheit noch die Freiheit für Polen ... Im atomaren Zeitalter regiert das Prinzip Verantwortung vor dem Prinzip Recht und vor dem Prinzip Hoffnung.« Doch kaum zehn Jahre später wurde die Bonner Tabukultur durch die Wirklichkeit widerlegt. Mit ihrem Freiheitskampf veränderten die Polen die Bedingungen für Recht und Freiheit in Mitteleuropa.

Diese anti-freiheitliche Stimmung im westdeutschen Teilstaat vergegenwärtigt eindrucksvoll Janssen-Jurreits Roman. So sagt die Heldin Nori im Sommer 1981 während eines Streitgesprächs mit polnischen Studenten in West-Berlin: »Wissen Sie, wie Bismarck Ihre Politik charakterisierte. Die Polen hätten schon immer eine poetische Politik und eine politische Poesie gemacht. Sie verwechselten in ihrer Begeisterung Politik und Poesie. Aber wir sind nicht im 19. Jahrhundert, und wir sind auch nicht in einer romantischen Tragödie.« Die Historikerin fühlte und dachte zunächst durchaus realpolitisch. Ihre Perspektive verändert sich erst, als sie einem polnischen Außenseiter begegnet.

Adam erlebt zur gleichen Zeit West-Berlin als eine einzige mit kommunistischen Psalmen übersäte riesige Wandzeitung. In der Umgebung seiner Souterrainwohnung am Winterfeldplatz halten aus Westdeutschland zugereiste Studenten etliche Häuser besetzt. Die Hauseingänge sind mit Nato-Stacheldraht verbarrikadiert. Aus den Fenstern hängen Parolen wie »Weg mit dem Bullenstaat«. Doch Solidaritätsadressen für seine *SOLIDARNOSC* sind nicht darunter. Nur einmal im Europacenter findet er *SOLIDARNOSC* gesprayt: »Es stand klein und unbemerkt neben einem hilflosen Liebesschwur ›Petra, ich liebe Dich für immer‹«. Eher ein trauriges Omen.

Die Autorin erzählt gleichzeitig von den umstürzenden Erfahrungen einer etablierten westdeutschen Intellektuellen in der Liebe zu einem polnischen Anti-Leninisten, der sich nie um »Realpolitik« gekümmert hat.

Im Sommer 1981 fährt Nori zunächst nach Polen, um ihren Geburtsort Kolberg (*Kolobrzeg*) zu besuchen. Dort trifft sie Adam und gerät in seinen Bann: Ihre Liebe gleicht einer Naturkatastrophe, die ihre Bonner Existenz zum Einsturz bringt.

Zunächst schrecken sie noch vor der körperlichen Liebe zurück. « Nori flieht nach Bonn zu Leonhard. Aber ihr Gatte – Beamter im Bundespresseamt – widmet sich neben seiner Pressearbeit ausschließlich seiner Sammlung kostbarer Bordeaux- und Burgunderweine. Er hatte die Weine auf verschiedenen Auktionen gekauft und erkleckliche Schulden gemacht. Jeder Schluck ein »kleines Vermögen«.

Doch besessen von ihrer Liebe zu Adam, kämpft sie gegen ihre offenen und verdrängten Ängste an. Einmal erscheint das Matratzenlager in Adams Souterrainwohnung als Liebesnest, ein anderes Mal als Kampfplatz zweier extrem kommunikationsgestörter Außenseiter aus unterschiedlichen Kulturen. Die geleerten Sektflaschen, die Nori nicht wegräumen mag, umrahmen wochenlang den Ort ihrer Leidenschaft.

Die erste Nacht mit Adam, endet für Nori allerdings mit einem Alptraum: »Im Traum war ich in ein dunkles Zimmer gekommen und mit dem Kopf an etwas gestoßen. Dann hörte ich Schritte, es wurde taghell, und ich sah den riesigen Körper eines Erhängten über mir, der auf mich herabzufallen und mich zu begraben drohte.« Kurze Zeit später – Adam ist überstürzt nach Polen abgereist, um dort gegen Jaruzelskis Panzer anzurennen, erfährt Nori vom Selbstmord ihres Großonkels Moritz – eine der vielen düsteren Geschichten, die parallel zur Haupthandlung erzählt werden.

Die Schilderung von Noris Liebesleben mit Adam gleitet leider manchmal ins etwas verkitscht Feministische ab: »Ich fühlte, wie sich ein Tümpel von Sperma unter mir gebildet hatte, jedes Mal wenn Adam meinen Körper verließ, lief eine Unmenge von männlicher Flüssigkeit aus mir heraus, bei jeder Bewegung mehr, in meinem Bewusstsein

war es wie eine Überflutung, ein Ozean, gegen den ich mich nicht wehren konnte.«

Dennoch – Janssen-Jurreits Roman bleibt eine spannend erzählte Liebesgeschichte mit offenem Ende inmitten des Unrechtes in Polen wie des westdeutschen Desinteresses. Das Buch sei allen alten und neuen Realpolitikern und Liebhaberinnen von gegenwartsnaher politischer Unterhaltungsliteratur empfohlen.

*Marielouise Janssen-Jurreit, Das Verbrechen der Liebe in der Mitte Europas. Roman. ROWOHLT, Berlin 2000, geb., 317 S., DM 39, 80.*

---

STEPHAN KRASS

## In den Abgründen der Ideale

T.C. Boyles misanthrope Erzählungen

Wer Boyle liest, muss wissen, dass der Autor vom gemeinen Menschen keine hohe Meinung hat. Ganz zu schweigen von denen, die es gut meinen. Immer wieder sind es die edlen Seelen, die der Erzähler lustvoll in die Abgründe ihrer eigenen hochgesteckten Ideale stürzen lässt. Sind sie erst einmal von der Mission erfüllt, ein wertvolles Mitglied der menschlichen Gemeinschaft zu werden und als wache Erdenbürger Verantwortung für das große Ganze zu übernehmen, kann der Leser sicher sein, dass Boyle rechtzeitig zur Stelle ist, um die hehren Ziele als selbstsüchtige Inszenierungen oder nur als naives Gutmenschentum zu entlarven.

Dass die Fallhöhe hoch genug angesetzt wird, um den Kandidaten nach dem Schaden auch noch dem Spott anheim zu stellen, gehört zur handwerklichen Grundausstattung dieser literarisch allemal produktiven Misanthropie. Wie die meisten Menschheitsverächter ist auch Boyle ein heimlicher Moralist. Hat der »Atem der Heiligkeit« die zum Guten entschlossenen Protagonisten seiner Erzählungen einmal gestreift, werden sie sich mit tödlicher Sicherheit in dem Netz der negativen Anthropologie, das der Autor

zwischen den Zeilen ausgelegt hat, verfangen. Die Malaise des Scheiterns ist ein zuverlässigerer Zuchtmeister des Lebens als alles Pathos des Gelingens. Um diese Perspektive für die Literatur anschlussfähig zu machen, bedarf es eines Moments, das Boyles Erzähltechnik in vielen Spielarten bereithält: Komik. Die einstürzenden Neubauten werden eben erst dann richtig interessant, wenn gerade Richtfest gefeiert wird.

### Freisetzung des Truthahnbestandes

In der Titelerzählung *Fleischeslust* macht ein 30-jähriger Werbetexter am Ufer des Pazifik die Bekanntschaft einer »ebenmäßig gebauten« Strandläuferin. Diesen glücklichen Umstand verdankt er der Inkontinenz ihres Hundes, der den Anorak des eingenickten Beachboys mit seinen Blasensekret verunreinigt. Diese spezifische Schwäche des Hundes – so erfährt der Geschädigte – entstammt einer Serie von Tierversuchen, aus der die Joggerin den geschändeten Vierbeiner befreit hat. Seither buchstabiert der Name des Hundes ALF die Initialen der ANIMAL LIBERATION FRONT, der die schöne Hundehalterin als aktives Mitglied angehört. Als der Anorak wenig später in der Waschmaschine der militanten Tierschützerin gleichmäßig rotiert und sein Träger sich mit der »Süße ihrer Gemüsezüge« und der »Gelenkigkeit ihrer Gliedmaßen« vertraut macht, ahnt er bereits, dass seine Biografie einen Knick bekommen hat.

Nachdem die ALF-Aktivistin ihn gänzlich zum Vegetarier-Dasein bekehrt hat und der ehemalige Werbetexter als ausdauernder Demonstrant vor Pelzgeschäften seine Initiation als Tierschützer empfangen hat, kann er sich für seinen ersten Großeinsatz gegen den »Artenfaschismus« bereit machen. Kurz vor *Thanksgiving* soll er den Truthahnbestand einer Geflügelfarm freisetzen. Als der siegreiche Held schließlich wie ein »Mosaik von Schrammen« und besudelt mit »Truthahnkacke« zu seiner Angebeteten zurückkehrt, muss er erfahren: »Zwischen uns läuft nichts. Hier geht es nur um Tiere.«

In einer anderen Episode führt Boyle die Großmannssucht eines Immobilienhändlers vor, der sich mit Frau und Tochter in einem Wildtiergehege einfindet, das ein cleverer Unternehmer am Rande der kalifornischen Metropolen in die Landschaft gesetzt hat. Serengeti lässt grüßen. Hier kann der zivilisationsmüde Stadtneurotiker seine geheimen Verwilderungswünsche austoben. Hier darf er auf alles schießen, was sich in der künstlichen Naturkulisse bewegt: Löwen, Gazellen, Wasserbüffel, Elefanten. Die Frau des Immobilienmaklers hat schon mal Pläne gemacht: Die Gazellen sind für das Büro bestimmt, die Zebras für die Skihütte, aber für die Eingangshalle ... naja, da sollte doch »etwas Größeres« her. Die Thomson-Gazellen bringt der Freizeit-Cowboy aus 200 Meter Entfernung mit sauberem Schuss zur Strecke, doch der Elefant mit seinen sieben Tonnen Lebendgewicht hat das Blut in der Luft gewittert und weiß, dass der Jeep der Großwildjäger seinetwegen gekommen ist. Als der erste Schuss fällt, greift er an.

Nicht in allen Geschichten schreibt Boyle von Tieren und Menschen, aber wenn er es tut, geht es selten gut aus für die Menschen. Ob die Szene in greller Komik erstarbt, in den Abgrund der Absurdität stürzt oder in leiser Ironie verklingt, immer bleibt Gottes Tiergarten ein zoologisches Phänomen, das der Hominisierung noch harrt. In den gelungensten Momenten seiner Erzählkunst wird Boyle, den der Furor des Entlarvens nicht immer vor durchsichtigen Pointen bewahrt, zu einem furiosen Beobachter dieses Experiments. Seinen Erzähler lässt er einmal sagen, es gehe um die »subtilen Veränderungen in der Struktur der Dinge«. In einer eher unauffälligen Geschichte mit dem Titel *Der Nebelmann* gerät ein 12-jähriger Junge, der einer properen Vorstadtsiedlung des Ostens entstammt, in den Sog des Rassismus, ohne selbst noch einen Begriff dafür zu haben.

In Folge einer Art Gruppen- oder Nachbarschaftsloyalität wird er plötzlich mit einem zerstörerischen Impuls in sich selbst

konfrontiert, der den introvertierten Jungen zum Täter werden lässt. Obwohl sein Delikt nicht schwer ist, sind es gerade die ziellosen Aufwerfungen seines labilen Seelenhaushalts, die ihn zu dieser Tat prädestinieren. Wie Boyle diese psychische Instabilität in ihrem lautlosen Unglück erzählerisch auslotet und in scheinbarer Beiläufigkeit das familiäre und soziale Umfeld in all seiner trostlosen Aufgeräumtheit beschreibt, das gehört schon zu den geglückten Augenblicken dieser Lektüre.

### **Resonanzkörper seiner besten Einsichten**

Leider schreibt der Meister nicht immer mit so schlanker Feder, sondern muss bisweilen größeres Gerät bemühen, um sein Konfliktszenario regelrecht herauszumeißeln.

Dann verleitet ihn sein helles Sensorium für die Paradoxien des Alltags zu Überzeichnungen, in denen das Beobachtungsinstrumentarium für die »subtilen Veränderungen in der Struktur der Dinge« auf dem Altar seiner Pointenverliebtheit geopfert wird. Die Lust am Decouvrieren verführt ihn dazu, Alarm zu schlagen, wo ein ironisches Augenzwinkern gereicht hätte. So wird der Autor zum Resonanzkörper seiner besten Einsichten.

Das ist freilich kein Grund, diese in den USA bereits 1994 erschienenen Erzählungen zu verschmähen. Wer Boyles obsessiven Blick für die signifikanten Widersinne des Lebens kennt und zudem weiß, welch sprachsicheren Übersetzer seine Werke in Werner Richter gefunden haben, der wird sich das Vergnügen dieser Lektüre nicht entgehen lassen. Im Übrigen wissen Boyle-Leser längst: Um zum Gelben vom Ei zu kommen, muss man sich manchmal durch einen *overegged* pudding essen. Aber dann ist Ostern.

*T. Coraghessan Boyle, Fleischeslust, Erzählungen. Aus dem Amerikanischen von Werner Richter, CARL HANSER VERLAG, München 2000, 295 Seiten, DM 36,-.*

SØREN HARMS

### **Jahrzehnte im Wohnzimmer Alexander Osang legt seinen ersten Roman vor**

Gonnnggg. »Hier ist das Erste Deutsche Fernsehen mit der Tagesschau«. Fanfare.

Jeder zehnte Deutsche hört diesen Djingle. Heute abend, morgen abend und übermorgen. Die Nachrichten im Ersten: ein Garant für Präzision und Quote; und ihre Hofers und Hermanns vielgesehene Gäste zum Abendbrot. »Wir sind die prominentesten Anonymen in Deutschland« sagte einst Karl-Heinz »Mister Tagesschau« Köpcke. Diese einmaligen Allerweltsgesichter verwandeln für uns noch das unfassbar Neueste in etwas Vertrautes: seriös, kompetent, unbestechlich. Was aber, wenn einer von ihnen für die Stasi gespitzelt hätte?

Der Journalist Alexander Osang konstruiert diesen Fall, um eine hoch realistische Ost-West-Geschichte zu erzählen. Sein Held Jan Landers ist 34, hübsch anzuschauen und im Begriff, ein Loft über der Elbe für 3000 Mark anzumieten. Wieder geht ein Stapel Autogrammkarten zur Neige. Sieben Jahre braucht ein Sprecher der ersten deutschen Nachrichten, um berühmt zu werden. Landers fühlt sich auf einem guten Weg.

Nur manchmal ist da ein hohles Gefühl in Landers: wenn er auf den Partys in Hamburg erst raucht, sobald die Mehrheit raucht; wenn er beim Ratespiel westliche Filmtitel nennen soll und nicht kann; wenn er nicht weiß, ob er Frauenwangen zwei- oder dreimal küssen muss. Denn Landers ist ein Ostler, und er kennt sich nicht aus, im neuen Leben noch nicht und nicht mehr im alten. Die DDR ist ganz weit weg in diesen Hamburger Sommertagen von 1994. »Er schien sein eigenes Land nicht mehr zu kennen. Die Geschichten, die er in ihren Zeitungen über seine Heimat las, schienen detaillierter zu sein als seine Erinnerungen. Witze, Anspielungen, Vergleiche funktionierten nicht, weil sie Pawel Kortschagin, Adolf Hennecke und

Gojko Mitic nicht kannten. Sie kannten nicht mal die Olsenbande. Er kam sich vor, als habe er nichts erlebt. Als habe er achtundzwanzig Jahre lang im Wohnzimmer gesessen.«

Dieser Heimatlose fällt aus seiner neuen Welt heraus, als er »freigestellt« wird: Blöger, der selbstgereehte Herr der Akten in Berlin, hat Landers Chef angerufen. Es gebe eine Karteikarte in der STASI-Behörde. Landers versteht diese »Nachricht« nicht, neue und alte Freunde lesen sein Unverständnis als Eingeständnis und wenden sich ab. Er fährt nach Berlin, in seine Geschichte zurück. »Er war unschuldig. Aber er wusste noch nicht woran.«

Auf diese Reise nimmt uns Osang mit. Denn Landers erinnert sich nun, sieht mit Abstand auf die Menschen und Dinge, die ihn damals umgaben, ekelt sich und erfährt Feindschaft, auch die seines Vaters: »Was glaubst du eigentlich, wer du bist? Kommst hier nach Jahren das erste Mal rein, bringst eine teure Whiskeyflasche mit, eine teure Schachtel Pralinen und denkst, alles ist gut.« Auch ein Wessi versteht: Hier bricht alte Heimat zusammen und ist neue noch nicht entstanden.

Das alles beschreibt uns Osang mit den Elementen eines Spionageromans: Journalisten hetzen nach der STASI-Akte um die Wette, Informanten legen Fährten, am Ende liegt unterm Plattenbaufenster ein Toter. Der Autor setzt ein ganzes Tableau von Figuren ein und schneidet sie schnell aneinander: von der SPIEGEL-Journalistin im skrupellosen Jagdfieber bis zum Nachrichtenchef mit Haar- und Zahnausfall, vom Tagebuchschreibenden Mitarbeiter der »Blöger-Behörde« bis zum Ex-MFS-Führungsoffizier, dessen Fernseher, als Privileg seliger DDR-Zeiten noch der Farben mächtig, nun Grauwerte sendet, weil das BRD-System auch die neue Technik bestimmt. Die Figuren begegnen und spiegeln sich in rascher Folge, manche ticken ähnlich in professioneller Eitelkeit und sprechen dann auch so.

Überhaupt, diese Porträts: Hier zeigt sich Osangs Stärke. Schon seit Jahren gibt es sie

zwischen Buchdeckeln zu kaufen, zuletzt als *Best-of-Version* im FISCHER-Taschenbuch »Hannelore auf Kaffeeahrt« gedruckt zwispaltig und so Zeitung imitierend. Denn Osang, 38, ist Journalist und ein bekannter dazu: Seit Ostzeiten Reporter der BERLINER ZEITUNG, erhielt er für seine Porträts gleich zweimal den Kisch-Preis. 1999 wollte ihn darum DER SPIEGEL und schickte ihn zum Geschichten-Angeln nach Amerika.

Ein Journalist als Romancier? Schon Egon Erwin Kisch daselbst wagte sich ins fiktive Genre, als vorerst letzter Kisch-Preisträger Dirk Kurbjuweit (»Schussangst«). Nun also noch ein Dichterreporter. Doch ist es ein »Werk reiner Fiktion«, wie Osang betont? Diesen Hinweis musste er nicht geben, sein Buch ist schließlich ein Roman; und dann doch wieder, denn der Journalist Osang hat penibel recherchiert und Tagesschauer wie SPIEGEL-Leute mit spitzer Feder realistisch nachgezeichnet; dort sollen, hört man, nicht alle über sein Buch gelacht haben.

So lässt sich das Buch auch als Reportage aus der Medienwelt lesen. Doch eigentliches Thema, wenn nicht Osangs Lebensthema überhaupt ist das Bewegen zwischen alter und neuer Welt. Im Berliner Osten ist Osang ein Popstar; doch was er schreibt, liest man auch in Hamburg-Eppendorf. Oder Köln. Oder München. Vielleicht musste einer kommen, der schreiben und diese Geschichte von außen erzählen kann. Ein Wossi, der die DDR im November '89 nicht abschaffen wollte und heute in New York lebt. Der ohne Ostalgie auf die Heimat zu blicken vernag. Der authentisch ist in diesen Brüchen.

PS: Pawel Kortschagin ist der Held des russischen Schriftstellers Nikolai Ostrowski, der seine Liebe der Weltrevolution opferte. Der Bergmann Hennecke überschritt im Oktober 1948 das SBZ-Plansoll um 387%. Und Gojko Mitic schauspielerte den Ost-Winnetou.

Alexander Osang: *die nachrichten. Roman*, s. FISCHER, Frankfurt/M. 2000, 448 S., DM 39,90.

## Autorenverzeichnis

**Claudia Aldenhoven**, geb. 1964, ist Biologin und lebt als Wissenschaftsjournalistin in Berlin.

**Harald Bergsdorf**, geb. 1966, Politikwissenschaftler, lebt in Erfurt.

**Michael Bröning**, geb. 1976, früherer FES-Stipendiat, lebt als freier Journalist in Kiel.

**Thomas Grumke**, geb. 1970, Lehrbeauftragter am J.F. Kennedy-Institut Berlin, FES-Stipendiat.

**Søren Harms**, geb. 1968, lebt als Reporter und freier Rezensent in Hamburg.

**Ingeborg Hecht**, geb. 1921, Buchautorin, lebt in Freiburg/ Br.

**Kersten Knipp**, geb. 1966, lebt als freier Publizist in Köln.

**Stephan Krass**, geb. 1951, SWR-Kulturredakteur in Baden-Baden.

**Volker Kröning**, geb. 1945, SPD-Bundestagsabgeordneter aus Bremen.

**Olav Münzberg**, geb. 1938, Honorarprofessor an der HDK in Berlin.

**Thomas Pfeiffer**, geb. 1970, Dipl.-Journalist und Doktorand aus Dortmund.

**Joachim Riecker**, geb. 1963, Berliner Parlamentskorrespondent der MÄRKISCHEN ALLGEMEINEN.

**Udo Scheer**, geb. 1951, lebt als freier Publizist in Klosterlausnitz/ Thüringen.

**Kerstin Schneider**, arbeitet als freie Kulturjournalistin und ist Mitglied der KULTURBOTSCHAFT in Berlin.

**Olaf Scholz**, geb. 1958, MdB seit 1998, Hamburger SPD-Vorsitzender.

**William Totok**, geb. 1951, rumänien-deutscher Schriftsteller und Publizist, lebt in Berlin.

### Das Thema des Mai-Heftes: **Die Zukunft der Religionen**

Mit Texten von Johannes Brosseder, Daniel Deckers, Eberhard Jüngel, Johannes Kandel u.a.

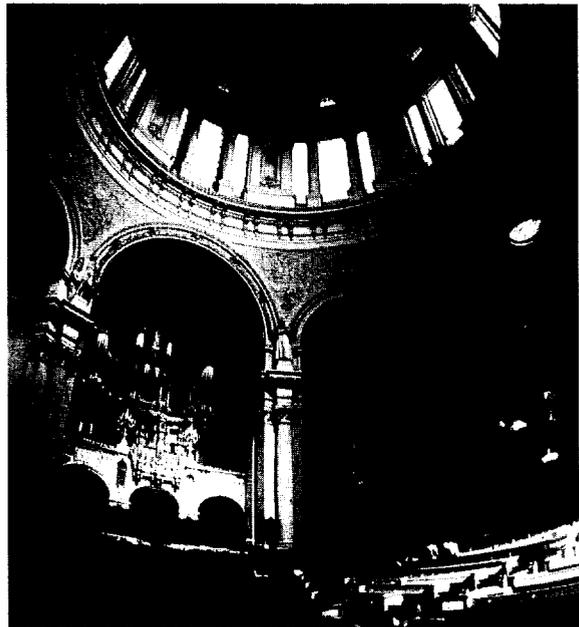


Foto: Vision Photos/Axel Kull

# Die Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte

Herausgegeben für die *Holger Börner, Klaus Harpprecht,*  
Friedrich-Ebert-Stiftung von *Carola Stern und Hans-Jochen Vogel*

**Redaktion** *Peter Glotz (Chefredakteur)*  
*Norbert Seitz (verantwortlich)*  
*Sonja Thränert (Assistenz)*  
*Elke Schubert (Berliner Facetten)*

**Redaktionskreis** *Tilman Fichter, Wieland Freund, Rainer*  
*Münz, Hans-Joachim Schabedoth, Burkhard*  
*Reichert, Uli Schöler, Dierk Spreen, Tina*  
*Stadlmayer und Johano Strasser*

**Redaktionsbeirat** *Frank Benseler, Jürgen Burckhardt,*  
*Gottfried Erb, Iring Fetscher,*  
*Horst von Gizycki, Martin Greiffenhugen,*  
*Norbert Greinacher, Tomas Kosta,*  
*Ferdinand W. Menne, Thomas Meyer,*  
*Susanne Miller, Siegmars Mosdorf,*  
*Peter von Oertzen, Richard Schröder,*  
*Wolfgang Thierse und Christoph Zöpel*

**Anschrift der Redaktion** c/o Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin  
Hiroshimastraße 17 10785 Berlin  
Telefon 030 / 26 93 58 18-21  
Telefax 030 / 26 93 58 55

**Verlag und Anzeigenverwaltung** Verlag J.H.W. Dietz Nachfolger GmbH  
In der Raste 2 53129 Bonn  
Telefon 02 28 / 23 80 83  
Telefax 02 28 / 23 41 04

**Anzeigenpreisliste**  
Nr. 27 vom 1.1.2000

**Anzeigenverwaltung:**  
*Susanne Weinck*

**Umschlag- und Innenkonzept**  
Groothuis + Malsy, Bremen

**Satz und Lithografie:** Dr. Mänken GmbH, Bonn

**Druck und Verarbeitung:** satz+druck gmbh, Düsseldorf

**Bezugsbedingungen**

Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte erscheint monatlich wobei die Hefte 1/2 und 7/8 im Januar bzw. Juli als Doppelheft erscheinen. Bezug durch den Buch- und Zeitschriftenhandel oder den Verlag. ISSN 0177-6738  
Einzelheft DM 14,80/sFr 14,80/öS 108,00 frei Haus;  
Doppelheft DM 29,60/sFr 29,60/öS 216,00 frei Haus;  
Jahresabonnement DM 99,00/sFr 92,00/öS 723,00 frei Haus. Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Kalenderjahr, wenn die Kündigung nicht bis zum 31. Oktober erfolgt (Lieferende mit Heft 12). ÖS = empfohlener Richtpreis In den Bezugspreisen sind 7% Mehrwertsteuer enthalten.